www.bayernkurier.de

Deutschland 7,00 Euro • Österreich 7,90 Euro Ausgabe 4 | 2015

BAYERNKURIER

Das Magazin für Orientierung

30.000 FLÜCHTLINGE IM MONAT:
Die Lage in Bayern ist dramatisch
Interview mit Christian Bernreiter

Er ging seinen Weg für Bayern ...

100 Jahre Franz Josef Strauß – eine Jubiläumsbilanz

Mit Beiträgen von:

Horst Seehofer, Theo Waigel, Edmund Stoiber, Hans Michelbach, Otto Wiesheu, Hans-Dietrich Genscher und Thomas Bauer

Knauf ist ein Global Player. Aber auch ein Familienunternehmen. Deshalb denken wir heute schon an die Generationen von morgen. Um ihnen eine intakte Umwelt zu hinterlassen, achten wir auf ganzheitliche Nachhaltigkeit. Und die beginnt schon bei der Gewinnung des natürlichen Rohstoffs Gips. Vom schonenden Abbau über den gezielten Arten- und Biotopschutz bis hin zu modernen Recycling-Verfahren.

www.knauf.de/nachhaltigkeit

KNAUF

www.bayernkurier.de

Deutschland 7,00 Euro • Österreich 7,90 Euro Ausgabe 4 | 2015

BAYERNKURIER

Das Magazin für Orientierung

… und Bayern geht seinen Weg weiter

Horst Seehofer: So verbinden wir Tradition und Moderne

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde des Bayernkuriers,

das Jahr 2015 ist zweifelsfrei ein ganz besonderes für den Bayernkurier! Am 3. Juni feierte er sein 65-jähriges Bestehen, zeitgleich startete die durch den Medienwandel bedingte Umstellung des Traditionsblattes auf ein monatlich erscheinendes Magazin mit einem tagesaktuellen Online-Angebot. Und nun steht schon das nächste große Jubiläum an: „100 Jahre Franz Josef Strauß" – der Erfinder des Bayernkuriers wäre am 6. September 100 Jahre alt geworden.

Bereits Ende vergangenen Jahres blickte der Bayernkurier auf den bevorstehenden Ehrentag und widmete seinem Gründungsherausgeber eine umfangreiche Sonderausgabe. Unter dem Titel „Wer war Franz Josef Strauß wirklich?" beleuchteten langjährige Weggefährten und herausragende Persönlichkeiten sein Leben und Wirken.

Selbstverständlich steht auch dieses Monatsmagazin – es ist bereits das vierte in der neuen Aufmachung – ganz im Zeichen des Jubilars: Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer erläutert, warum Franz Josef Strauß für ihn bis heute das große politische Vorbild ist, Dr. Edmund Stoiber würdigt FJS als den „Vater der Volkspartei", und Dr. Theo Waigel erkennt in ihm den „liberal-konservativen Modernisierer", der immer auf der Höhe der Zeit war. Und wo stünde der Freistaat heute ohne die aktive Wirtschaftspolitik von Franz Josef Strauß? Der Präsident des Wirtschaftsbeirats Dr. Otto Wiesheu beleuchtet die Rolle des damaligen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden bei der Entwicklung Bayerns vom Agrarstaat zum Hightech-Land.

Die soziale Marktwirtschaft lag Franz Josef Strauß besonders am Herzen. So beschäftigen wir uns in diesem Heft auch mit der Situation des Mittelstands in Bayern sowie den Diskussionen um Mindestlohn und Erbschaftsteuerreform. Ein Thema überlagert derzeit allerdings alle anderen: die massiv gestiegenen Flüchtlingszahlen in Deutschland. Der Deggendorfer Landrat und Präsident des Bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter, schildert uns die zunehmend prekäre Situation in den bayerischen Kommunen. Abschließend werfen wir einen Blick auf das schon wieder unmittelbar bevorstehende größte Volksfest der Welt – im Interview mit dem zweiten Münchner Bürgermeister und Wiesnchef Josef Schmid.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen!

Ihr Marc Sauber
Chefredakteur

INHALT

Ausgabe 04 | 2015

5 **Editorial**

8 **Das Schöne**
25 Jahre Wiedervereinigung
In Utting am Ammersee reisen Besucher in einem Labyrinth durch das vereinte Deutschland

10 **Das Gute**
Dem Herrgott ein Stück näher
Berggottesdienst mit Alphörnern auf dem Oberstdorfer Fellhorn

12 **Das Wahre**
US-Dynastien Bush vs. Clinton?
Der Machtkampf um das Weiße Haus ist eröffnet

14 **Demoskopie**
Wie ginge es aus, wenn am Sonntag Wahlen stattfänden?
Die Sommerergebnisse

TITEL

16 **Zum 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß (1915–1988)**

18 **Der Schöpfer des modernen Bayern**
Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer

22 **Vater der Volkspartei**
Edmund Stoiber, Ministerpräsident a. D. und CSU-Ehrenvorsitzender

26 **Ein liberal-konservativer Parteigestalter**
Theo Waigel, Bundesfinanzminister a. D. und CSU-Ehrenvorsitzender

28 **Vom Agrarstaat zum High-tech-Land – die Rolle von Franz Josef Strauß bei der Modernisierung Bayerns**
Otto Wiesheu, bayerischer Staatsminister für Wirtschaft a. D. und Präsident des Wirtschaftsbeirats der Union

30 **Herrscher und Rebell**
Horst Möller zieht eine historische Bilanz zu Franz Josef Strauß

32 **Erinnerungen, Würdigungen und viel Dankbarkeit**
Auszüge aus dem Sonderheft „100 Jahre Franz Josef Strauß"

34 **Sakko anziehen, Herr Sigl!**
Josef Sigl, langjähriger Fahrer von Franz Josef Strauß, erinnert sich an Erlebnisse mit seinem Chef

SPEZIAL

36 Der Mittelstand, das Rückgrat der Wirtschaft

38 **Der Mindestlohn bleibt ein Bürokratie-Monster**
Mittelstandsunion-Chef Hans Michelbach im Interview

42 **Wir brauchen mehr Start-ups!**
Ein Zwischenruf für eine neue Gründerzeit von Katrin Albsteiger und Robert Pfeffer

44 **Papier von Welt**
Die Gmunder Büttenpapierfabrik im Tegernseer Tal ist in vierter Generation in Familienbesitz und liefert sehr erfolgreich Papier in alle Welt

48 **Die Erbschaftsteuer würde ich völlig anders gestalten!**
Im Interview spricht der Unternehmer und CSU-Landesschatzmeister Thomas Bauer über die Risiken der Erbschaftsteuerreform und fordert Nachbesserungen im Gesetzentwurf

54 ESSAY
Für eine realistische Russland-Politik
Oliver Rolofs, Leiter Kommunikation der Münchner Sicherheitskonferenz, fordert auch in Krisenzeiten einen Dialog mit Moskau

59 **Kopfnoten für Jubilare**

60 **Einspruch**
Das würde Ihnen so passen!
Andreas Scheuer kommentiert ein Interview der Grünen-Chefin Simone Peter in der „Augsburger Allgemeinen" zur Flüchtlingsproblematik

62 BAYERN
Dramatisch und erschöpft
Die Unterbringungskapazitäten für Flüchtlinge sind beinahe ausgeschöpft, fast überall ist schon ein Notfallplan in Kraft. Ein Gespräch mit dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags und Deggendorfer Landrat, Christian Bernreiter

66 **Positionscheck**
Warum Grüne Gentechnik in Bayern unerwünscht ist

68 **Und immer wieder Berliner Luft**
Gerda Hasselfeldt, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, zwischen sommerlichen Begegnungen im Wahlkreis und Berliner Herausforderungen

70 **Der Chef der Wiesn**
Josef Schmid, Zweiter Bürgermeister Münchens, leitet das Referat für Arbeit und Wirtschaft. Ein Gespräch.

74 RAMPENLICHT
In Bayreuth trafen sich die Größen aus Show und Politik zur Premiere im Festspielhaus

78 **Schnappschüsse des Monats**
Ob Business-Alltag oder Sommerfest in Schleißheim oder Regensburg, auch diesen Monat hat der Bayernkurier wieder hinter die Kulissen geschaut und Überraschendes entdeckt …

82 **Leserbriefe/Impressum**

84 **Die besten Karikaturen des Monats**

25 Jahre Wiedervereinigung

Das wohl spektakulärste Kornlabyrinth findet sich derzeit in Utting am Ammersee. Anlässlich des Jubiläums „25 Jahre Deutsche Wiedervereinigung“, das im Oktober stattfindet, ist in den zurückliegenden Monaten das Kunstwerk auf einer Fläche von rund 18.000 Quadratmetern gewachsen. Aus der Luft sind die Umrisse der Bundesrepublik Deutschland mit den 16 Bundesländern und den großen Flüssen deutlich sichtbar. Auch das Konterfei von Bundeskanzlerin Angela Merkel, gestaltet durch eine Pflanzenmischung aus Sonnenblumen, Hanf, Mais und Wilder Malve, ist zwischen den verschiedenen Grüntönen zu erkennen. Jedes Jahr entwirft das Team des Veranstalters „Ex Ornamentis“ ein überdimensionales Labyrinth, das auch in diesem Jahr mit einer Länge von 3,1 Kilometern als Such- und Wissensspiel angelegt ist. Besucher haben die Möglichkeit, sich auf eine Informationsreise zu begeben: Anhand von 50 Tafeln können sich Interessierte über die Geschichte, die großen Städte, Flüsse, Inseln und Berge informieren – auch über die Trennung und Wiedervereinigung des Landes. Eine große Attraktion ist der Deutschland-Aussichtsturm inmitten des Feldes, der beliebte Kürbistunnel, der den Nord-Ostsee-Kanal darstellt, und das Berliner Brandenburger Tor aus Strohballen am Eingang. Die Anlage ist noch bis zum 27. September täglich geöffnet. ■

DAS GUTE

Dem Herrgott ein Stück näher

Alljährlich finden in den Sommermonaten in aller Regelmäßigkeit Berggottesdienste statt. Sie gehören zu den Alpen wie die Skispringer oder der Wintersport. Von Mai bis Oktober gibt es jede Woche je einen evangelischen und einen katholischen Gottesdienst, wie hier zum Beispiel auf verschiedenen Oberstdorfer Gipfeln. 40 Alphornbläser, Musiker der Alphorngruppe Euregio, begleiten an der Mittelstation Schlappoldsee auf dem Fellhorn bei Oberstdorf die traditionelle „Berglar-Kirbe“, einen Berggottesdienst zu Ehren des Heiligen Jakobus. Ob hier oder bei einem anderen Gottesdienst: Für Tausende Besucher ist es ein Erlebnis ganz besonderer Art, ein Ritual, „dem Herrgott so nah“ zu sein. Eigentlich danken damit die Bergbauern für einen guten Aufenthalt auf den Almen und gesundes Vieh. Aber es zieht auch immer mehr Touristen in die majestätische Erhabenheit der Natur, um für die Schöpfung und den Segen bei allem menschlichen Tun zu beten. Für viele Besucher spielt es dabei keine Rolle, ob es regnet oder die Sonne scheint, viele von ihnen nehmen sogar extra Urlaub, um bei den feierlichen Gottesdiensten mit Alphörnern, Chor und Blasmusik dabei zu sein. Die Frage nach dem Sinn des Lebens – für viele erschließt sich diese in der Spiritualität und in der noch unberührten Natur.

US-Dynastien: Erneut Clinton gegen Bush?

Am 8. November 2016 wählt Amerika einen neuen Präsidenten. Der Wahlkampf um das Weiße Haus läuft bereits auf Hochtouren. Schon jetzt ist er der spannendste und teuerste, und er könnte in die Geschichtsbücher eingehen. Mit der Demokratin Hillary Clinton (67), der früheren US-Außenministerin und Frau von Ex-Präsident Bill Clinton (68), und dem Republikaner Jeb Bush (62), Sohn und Bruder der beiden amerikanischen Ex-Präsidenten George Bush Senior und George W. Bush, treffen die beiden größten Namen der US-Politik der jüngeren Geschichte aufeinander. Erst Mitte Juni hatte Jeb Bush seine Kandidatur bekannt gegeben und bereits über 114 Millionen Dollar für seinen Wahlkampf gesammelt. Dennoch gilt derzeit Clinton, die Herausforderin von Barack Obama 2008, laut Umfragen als die aussichtsreichste Bewerberin um die Nachfolge von Präsident Obama. Sie würde mit ihrer Politik für die kleinen Leute alle republikanischen Kontrahenten und Herausforderer schlagen. Sie wäre die erste Frau an der Spitze Amerikas. Auch wenn Jeb Bush ins Weiße Haus einziehen würde, wäre dies eine Premiere. Denn zum dritten Mal wäre ein Familienmitglied der Bush-Dynastie Präsident, und der Präsidentenvater hätte dann gleich zwei Präsidentensöhne.

DEMOSKOPIE

Großer Erfolg

47 Prozent würden für die CSU in Bayern, 43 Prozent für die Union im Bund votieren

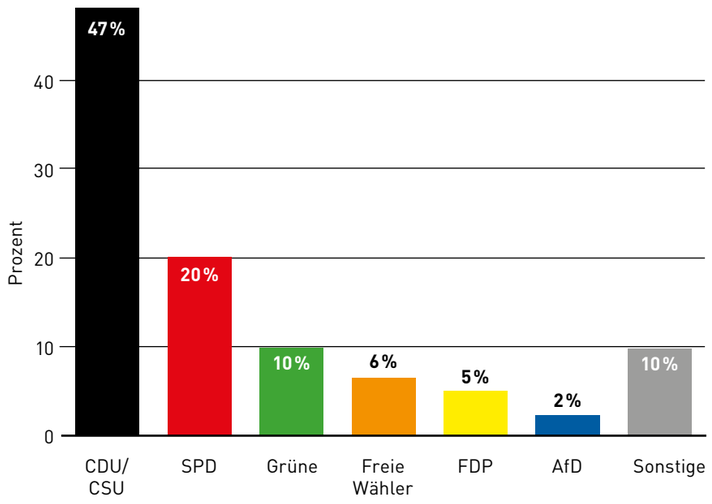
Die Meinungsforscher der unterschiedlichen Institute sind während der Sommerferien zwei Fragen nachgegangen. Sie stellten die „Sonntagsfrage“, also die Frage nach der aktuellen Wahlabsicht der Bürger, für eine Landtags- und eine Bundestagswahl. Stichtag für die Umfrage war der 16. August 2015.

Für die Unionsparteien sehen Emnid und Forsa einen starken Aufwärtstrend, SPD und Grüne sind eher im Sinkflug.

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am Sonntag **Landtagswahl** wäre?

Das Marktforschungsinstitut GMS Dr. Jung fragte im Auftrag des Fernsehsenders Sat.1 nach dem Wählerverhalten in Bayern.

Im Fall einer Landtagswahl würde sich die absolute Mehrheit für die CSU abzeichnen. Die Partei von Ministerpräsident Horst Seehofer käme demnach auf 47 Prozent. Für die SPD sprächen sich der Umfrage zufolge 20 Prozent aus, die Grünen liegen bei zehn und die Freien Wähler bei sechs Prozent. Die FDP könnte mit fünf Prozent den Wiedereinzug in den Landtag schaffen. Die AfD ist mit zwei Prozent weit abgeschlagen. Sonstige kommen auf zehn Prozent.

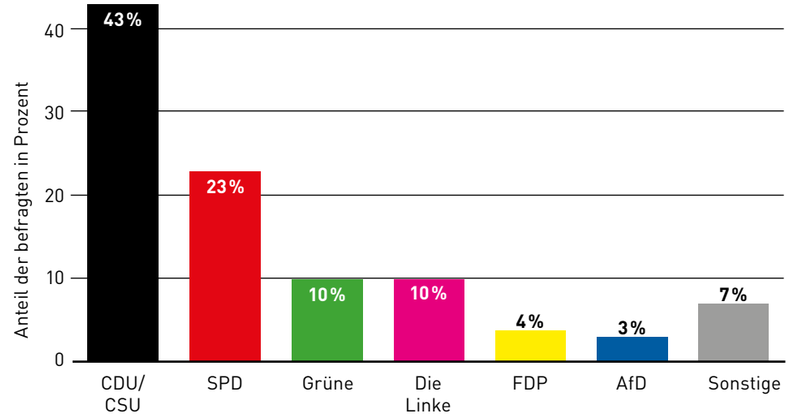


©Statista 2015

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am Sonntag **Bundestagswahl** wäre?

Das Meinungsforschungsinstitut Forsa stellt jede Woche im Auftrag des „Stern“ und des Fernsehsenders RTL die Sonntagsfrage im Bund.

Laut RTL/„Stern“-Wahltrend würden 43 Prozent der befragten Personen die CDU/CSU wählen, wenn Mitte August Bundestagswahl gewesen wäre.



©Statista 2015

100 JAHRE FJS

100 JAHRE

Franz Josef Strauß

(6.9.1915 – 3.10.1988)

Horst Seehofer in den modernen Räumlichkeiten des neuen Franz-Josef-Strauß-Hauses im Münchner Norden, in das die CSU Ende des Jahres umziehen wird.

100 JAHRE FJS

„Strauß ist der SCHÖPFER des modernen Bayern“

Ministerpräsident und CSU-Chef **Horst Seehofer** zum **100. Geburtstag** von Franz Josef Strauß

Franz Josef Strauß ist bis heute mein großes politisches Vorbild. Seine Büste steht in meinen Büros in der Staatskanzlei und in der CSU-Landesleitung. Vor wichtigen Entscheidungen als Parteivorsitzender und Ministerpräsident frage ich mich oft: Was hätte Strauß in dieser Situation getan? Wie hätte er das Problem gelöst? Wohin hätte er dieses einzigartige Land geführt? Es ist ein gutes Gefühl, nach all den Jahren sagen zu können: Wir haben die Weichen für Bayern und die CSU richtig gestellt. Und wir haben damit das reiche Erbe von Franz Josef Strauß bewahrt und gemehrt.

„Bayern ist unsere Heimat, Deutschland ist unser Vaterland, Europa ist unsere Zukunft.“ Mit seinem politischen Lebensmotto hat Franz Josef Strauß auch den Gestaltungsanspruch der CSU zum Ausdruck gebracht. Die Heimat Bayern – sie kam für diesen leidenschaftlichen Politiker und Menschen immer zuerst. Wo auch immer er für seine Partei unterwegs war, er vertrat vehement und wuchtig bayerische Interessen. Man wird dafür im Rest der Republik nicht immer geliebt. Aber Bayern und seinen Menschen zu dienen ist unser Auftrag und unsere Verpflichtung als CSU.

Strauß hat diesen Auftrag mit ganzer Kraft erfüllt. Er war mit Leib und Seele Bayer. Er würde deshalb heute sicher voll Freude auf seine Heimat schauen. Denn wir können heute feststellen: Bayern blüht, Bayern boomt. Noch nie ging es uns so gut wie heute.

Die Grundlage dafür hat Franz Josef Strauß gelegt. Er ist der Schöpfer des modernen Bayern. Strauß hat Bayern vom armen Agrarland zum aufstrebenden Industrieland gemacht. Edmund Stoiber hat darauf aufgebaut und Bayern zu einem weltweit führenden Hightech-Standort fortentwickelt. Meine Mission ist es, die digitale Revolution in Bayern voranzutreiben und so die herausragende Rolle Bayerns in der Welt zu sichern und auszubauen. Wir sind auf einem guten Weg!

„Konservativ sein heißt, an der Spitze des Fortschritts marschie-

ren.“ Dieser legendäre Spruch von Franz Josef Strauß leitet auch heute unsere Politik für Bayern. Strauß verstand darunter nicht Fortschritt um jeden Preis, sondern „Fortschritt mit menschlichem Maß und Ehrfurcht vor dem Schöpfer“. Deshalb bin ich froh, dass es uns bei vielen Entscheidungen vom sanften Donauausbau bis hin zur Energiewende gelungen ist, den größten Schatz, den wir in Bayern haben, unsere wunderschöne Natur und Landschaft, zu schützen. Auch bei dieser Grundentscheidung für unser Land spricht der Fortschritt bayerisch.

„Die Politik der CSU beruht auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, zu deren Vätern Franz Josef Strauß gehörte“

Die Politik der CSU beruht auf den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, zu deren Vätern Franz Josef Strauß gehörte und die sich allen anderen Gesellschaftsordnungen als weit überlegen erwiesen hat. „Zutrauen statt Misstrauen“ – das ist das Motto, das auf die Überzeugungen von Strauß zurückgeht. Andere sehen in der Gesellschaft millionenfach Probleme, die der Staat lösen soll. Wir sehen in der bayerischen Bevölkerung millionenfach Lösungen.

Strauß stand für eine aktive Wirtschaftspolitik, zum Beispiel bei der Ansiedlung der Luft- und Raumfahrtindustrie in Bayern. Es gehört zu den Erfolgsgeheimnissen unseres Landes, dass wir diese Politik von Strauß bis heute fortführen. So haben wir uns auf die Fahnen geschrieben, mit einer wohlüberlegten Strukturpolitik Arbeitsplätze zu den Menschen zu bringen und nicht umgekehrt – auch durch die Verlagerung von Behörden. Denn gleichwertige Lebenschancen in allen Regionen Bayerns sind ein überragendes Ziel von CSU und Staatsregierung.

Der CSU-Vorsitzende und Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer in seinem Büro in der Staatskanzlei in München. Im Hintergrund eine Büste von Franz Josef Strauß.

„Zum Markenkern der CSU gehören seit Franz Josef Strauß solide Finanzen“

Zum Markenkern der CSU gehören seit Franz Josef Strauß solide Finanzen. Franz Josef Strauß hat 1969 den letzten ausgeglichenen Bundeshaushalt verantwortet, bis die heutige Bundesregierung dem Vorbild Bayerns folgte und inzwischen ebenfalls ohne neue Schulden auskommt. Strauß wusste: Richtige Finanzpolitik ist kein Selbstzweck, sondern dient den Arbeitsplätzen und dem Wohlstand in unserem Land.

Die Schuldenkrise in Griechenland hat es uns vor Augen geführt: Nur die finanziell Soliden sind die wirtschaftlich Starken. Deshalb bin ich stolz darauf, dass wir in Bayern auch in den schwierigen Zeiten des Flüchtlingszustroms Kurs halten und weiter Schulden tilgen können. Unsere Vision eines schuldenfreien Bayern wird Wirklichkeit!

Zu unserer politischen Grundphilosophie gehört es, dass wir, wo es geht, diejenigen belohnen, die mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass es in Deutschland aufwärtsgeht. Strauß hat immer gesagt: „Ein Staat, der den Menschen von einer Lohnerhöhung mehr als die Hälfte wegnimmt, handelt unmoralisch.“ Deshalb bekämpfen wir jetzt die kalte Progression. Strauß würde sicher auch gefallen, dass wir uns 25 Jahre nach der Wiedervereinigung die Abschaffung des Solidaritätszuschlags auf die Fahnen geschrieben haben.

„Seine Volksnähe war sprichwörtlich“

Franz Josef Strauß wusste sehr genau, wo die kleinen Leute der Schuh drückt. Der Metzgerssohn aus Schwabing, der intellektuell die meisten seiner Zeitgenossen weit überragte, hat sich in der Leberkäs-Etage immer wohlgefühlt. Seine Volksnähe war sprichwörtlich. Er mochte die Menschen, und die Menschen mochten ihn. Die Arbeitnehmer, die Handwerker, die Freiberufler, die Mittelständler – sie alle wussten, dass sie ihm vertrauen und sich auf ihn verlassen konnten. Wir führen dieses Erbe heute in meiner Koalition mit den Bürgern fort. „Dem Volk aufs Maul schauen, aber nicht nach dem Mund reden“, hieß es bei Strauß. Mein politisches Motto lautet: Zuhören. Nachdenken. Entscheiden – und zwar so, dass es dem Gemeinwohl dient.

So wie Strauß der Schöpfer des modernen Bayern ist, so ist er auch der Vater der modernen Volkspartei CSU. In seinen Erinnerungen schreibt er: „Die Zusammenführung aller christlichen, konservativen, liberalen, nationalen und antisozialistischen Kräfte in einer Partei, der CSU, war von Anfang an mein Ziel.“ Seine CSU sollte eine Partei für alle Bürgerinnen und Bürger sein, die ausgehend vom christlichen Menschenbild auf Eigenverantwortung und Solidarität in der Gesellschaft setzt. Die Offenheit für alle, die unsere bayerischen Werte und Ziele bejahen, gehört bis heute zur DNA der CSU.

Dazu zählt auch die demokratische Rechte. Wir haben beherzigt, was Strauß immer wieder als Auftrag an die CSU formuliert hat: dass es rechts von uns keine demokratisch legitimierte Partei geben darf. Deshalb ist es so wichtig, dass wir mit unserer Flüchtlingspolitik dafür sorgen, dass die Volksverführer vom rechten Rand keinen Zulauf bekommen. Entscheidend dabei ist, die offensichtlichen Probleme nicht totzuschweigen, sondern anzusprechen und zu lösen.

Deshalb ist es ein zentrales Anliegen der CSU, den massenhaften Asylmissbrauch durch Zuwanderer ohne Bleibeperspektive einzudämmen und möglichst zu stoppen. Manch einer erinnert sich noch an das Aufkommen der rechtsradikalen Republikaner Ende der 80er-Jahre, die damals in mehrere Landtage eingezogen sind. Der Spuk war erst vorüber, als sich die Politik hier als handlungsfähig erwiesen hat. Damals hat die CSU durchgesetzt, dass mit einer Grundgesetzänderung der Zustrom unberechtigter Asylbewerber auf ein erträgliches Maß verringert werden konnte.

Seit Strauß ist die CSU die breite Bürgerbewegung für und in Bayern. Er hat es einmal so auf den Punkt gebracht: „Wer im Zusammenhang mit Bayern den Namen einer Partei nennen sollte, käme gar nicht auf den Gedanken, etwas anderes als CSU zu sagen.“ Wir sind die moderne Volkspartei der bürgerlichen Mitte, die wir in den vergangenen Jahren zur Mitmachpartei für unsere Mitglieder und alle gesellschaftlichen Kräfte fortentwickelt haben. Diese Partei ist hoch motiviert und bärenstark, der goldene September 2013 hat es gezeigt. Und wie zu Zeiten von Franz Josef Strauß hat die CSU heute an ihrer Spitze ein Wurzelgeflecht an starken Persönlichkeiten, die ihr und damit auch Bayern eine gute Zukunft versprechen.

Das Wort der CSU hat Gewicht wie eh und je – nicht nur in Bayern, sondern auch in Berlin und Brüssel. Wie oft ist uns nach dem Tod von Franz Josef Strauß und erst recht nach der von ihm mit herbeigeführten Wiedervereinigung vorhergesagt worden, der Einfluss der CSU würde schrumpfen. Nichts davon ist Realität geworden. Am Kabinettstisch in Berlin wird bis heute nichts gegen die CSU entschieden, wir setzen die bayerischen Anliegen durch. Und in Brüssel stellt die CSU zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Vorsitzenden der größten Parlamentsfraktion, der Europäischen Volkspartei (EVP).

Übervater und Erbe: Franz Josef Strauß und Horst Seehofer 1983.

„Der lang anhaltende Erfolg der CSU gründet auf unserer Fähigkeit, trittsicher und überzeugend den Weg zwischen Tradition und Innovation zu gehen“

Es ist kein Zufall, dass die Christlich-Soziale Union seit mehr als 60 Jahren in Bayern regiert. „Der lang anhaltende Erfolg der CSU gründet auf unserer Fähigkeit, trittsicher und überzeugend den Weg zwischen Tradition und Innovation zu gehen“, hat Strauß zutreffend festgestellt. Der frühere Bundespräsident Roman Herzog hat es mit den wunderbaren Worten ausgedrückt, Bayern sei die einzigartige Kombination von „Laptop und Lederhose“. Wir sind zukunftsstark wie kein anderes Land, weil wir im Freistaat so traditionsstark sind. Denn große Sprünge können nur jene machen, die wie wir Bayern auf einem festen Fundament stehen.

Dafür beneiden uns viele in der Welt. Es gehört zu den großen Leistungen von Franz Josef Strauß, dass er den Mächtigen der Welt auf Augenhöhe begegnen konnte. Mit seinen vielen Auslandsreisen und seinem internationalen Renommee hat er einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass Bayern heute in aller Welt geachtet und bewundert wird. Außenpolitisch wird unser Land zwar offiziell von der Bundesregierung vertreten. Aber noch kein Bayerischer Ministerpräsident nach Strauß hat sich je daran gehalten. Das Wort Bayern öffnet eben alle Türen – ich habe es bei meinen Besuchen bei vielen Staats- und Regierungschefs in aller Welt selbst erlebt. Und immer höre ich dasselbe: „Wir wollen dorthin, wo ihr in Bayern schon seid!“

In seinen späten Jahren hat Franz Josef Strauß einmal rückblickend notiert: „Ich möchte als Ergebnis meiner politischen Arbeit und als Summe meines politischen Lebens sagen können: ‚Ich habe vielen Menschen geholfen, dem Frieden gedient und meinen Beitrag geleistet, Deutschland zu erhalten, und Bayern auf dem Weg zum schönsten Land der Welt ein gutes Stück vorangebracht.‘“ Dies alles ist ihm bestens gelungen, und die Menschen in Bayern sind ihm dankbar dafür.

Nach diesem seinem Vorbild leisten wir auch heute einen Dienst für die Menschen. Wir können selbstbewusst feststellen: Deutschland geht es gut, und Bayern ist die Vorstufe zum Paradies. Ich bin ganz sicher: Franz Josef Strauß sieht es von dort oben mit Wohlgefallen. ■

Vater der VOLKSPARTEI

von **Dr. Edmund Stoiber**, Ministerpräsident a. D. und CSU-Ehrenvorsitzender

Franz Josef Strauß ist der Vater der Volkspartei CSU. Und er gehört zu den Vätern des erfolgreichen Prinzips Volkspartei im Nachkriegsdeutschland. Die Zersplitterung der Parteienlandschaft in der jungen Weimarer Republik, die Unfähigkeit der damaligen Parteien zum Kompromiss und das Überrollt-Werden dieser Klientelparteien durch den verbrecherischen Nationalsozialismus haben in Franz Josef Strauß die Überzeugung geprägt: Wir brauchen Parteien, die die Interessen des gesamten Volkes vertreten wollen, die konfessionelle Grenzen überwinden, die unterschiedliche Bevölkerungsschichten miteinander verbinden, die den Ausgleich suchen. Wer hätte dieses Prinzip Volkspartei besser verkörpern können als Strauß selbst? Metzgerssohn und bester Abiturient Bayerns, Landrat und Atomminister, oft Leberkäs und manchmal auch Champagner, geschätzter Gesprächspartner von Haushälterin Käthe und Kardinal Joseph Ratzinger oder Golo Mann, Wanderer und Flugzeugpilot, geschichtsbewusster Innovator, ausgleichend und durchsetzungsstark, Bayern im Herzen – Deutschland und Europa im Blick: In Franz Josef Strauß wurde die moderne Volkspartei lebendig.

Doch Vorsicht: Volkspartei à la Strauß – das ist kein konturenloser Mischmasch für alle. Das heißt nicht, einfach möglichst viele Facetten durch Einebnung miteinander zu verbinden. Sondern

Strauß war es, der den jungen Stoiber 1974 nach dessen Einzug in den Landtag „entdeckte" und zu seinem Generalsekretär und später zum Chef der Staatskanzlei machte.

das heißt, die gesamte Bandbreite der Politik mit klaren Positionen aktiv zu gestalten. Auf die asymmetrische Demobilisierung – das Konzept, mehr Anhänger der politischen Konkurrenten einzuschläfern als eigene – wäre Franz Josef Strauß sicherlich nicht gekommen. Er war kein wandelnder Kompromiss. Ganz im Gegenteil, er sprach die unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung unmittelbar und deutlich an. Die Bauern wussten genauso wie die Professoren: Er versteht uns, unsere ganz speziellen Bedürfnisse. Und dann, wenn es darauf ankommt, ist er für uns da.

Volkspartei à la Strauß – sie muss nicht nur gute Sachargumente haben. Sie muss auch emotionale Heimat bieten. Franz Josef Strauß war kein Politik-Automat. Seine Leidenschaft war legendär, sie war ansteckend und übertrug sich auf seine Anhänger. Ja, er hatte erbitterte Gegner. Aber viel mehr hatte er begeisterte Unterstützer. Emotionen schaffen eine stärkere Bindung, als der reine Pragmatismus es vermag. Sie tun unserer Demokratie gut – denn nicht alle können oder wollen sich intensiv inhaltlich mit Politik beschäftigen. Auch diese Mitbürger müssen politisch und demokratisch erreicht werden. Es hat schon Gründe, dass Wahlbeteiligungen früherer Zeiten von an die 90 Prozent schon seit Jahren nicht mehr möglich sind. Der Name Strauß steht für Politik mit Verstand – und mit Herz.

Dem Volk aufs Maul schauen, aber ihm nicht nach dem Munde reden – wie viel zitiert ist diese politische Handlungsanweisung von Franz Josef Strauß. Aber wie so oft im Leben: Sie ist leichter gesagt als getan. Im Grunde bringt Strauß hier unnachahmlich das Spannungsfeld, das permanente Dilemma der Politik auf den Punkt. Einführung der Bundeswehr, Klage gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR, Bau des heute nach ihm benannten neuen Münchner Flughafens – es gibt politische Leitentscheidungen, bei denen ein gewählter Volksvertreter mutig vorangehen muss. Die er vor dem Volk vertreten und verantworten muss – zur Not gegen den politischen Mainstream. Die dann zu seiner Bilanz gehören, über die beim nächsten Urnengang abgestimmt wird. Das ist die repräsentative Demokratie. Seit Strauß ist diese Herausforderung für Politiker bei bedeutenden Grundsatzentscheidungen noch größer geworden, angesichts permanenter Meinungsumfragen und Online-Votings. Aber sie bleibt. Doch richtig ist natürlich auch: Das allein ist kein Regierungsprinzip, das kann man nicht immer so machen. Volkspartei à la Strauß heißt genauso, sich permanent zu prüfen: Drückt die Politik die Befindlichkeiten der großen Mehrheit der Bevölkerung eigentlich noch aus? Oder umgibt sie sich mit der Tabuzone einer Political Correctness, die sie von der Lebenswirklichkeit der Bürger trennt?

Oft und gerade in diesem Jahr des 100. Geburtstags werde ich gefragt: Wäre ein Franz Josef Strauß heute so überhaupt noch denkbar? Meine Antwort ist: Ja. Natürlich wäre er intelligent genug, sich auf unsere Zeit einzustellen. Aber auch heute würde er politische Tabuzonen nicht einfach so akzeptieren. Mit Sicherheit würde er die Frage stellen: Wie viele Menschen aus anderen Sprach- und Kulturkreisen kann unser Land aufnehmen? Es gibt Obergrenzen für Verkehrsmittel, für Krankenhäuser, für Fußballstadien – gibt es auch Obergrenzen für ein Land? Was können wir leisten, was wollen wir leisten und was müssen wir tun, um auch in Zukunft ein starkes und zugleich humanes Land zu bleiben? Lasst uns darüber reden! Bei aller Begeisterung für Buntheit, die ich teile – wie viel Fremdheit verträgt ein Land? Was verstehen wir eigentlich wirklich unter Integration? Was genau ist die Aufgabe des Asylrechts, und welche Zuwanderung ist darüber hinaus möglich?

Volkspartei à la Strauß heißt, diese Diskussionen zu führen und auch über den Tellerrand zu blicken: Was sind die Fluchtursachen für Millionen junge Afrikaner, aus welchen Ländern kommen sie? Suchen wir, suchen die Europäer die Auseinandersetzung mit afrikanischen Potentaten und Gewaltherrschern, die ihre Länder ausbeuten und ausbluten lassen? Tut die zivilisierte Welt genug, um der barbarischen Welt entgegenzutreten? Diese Debatte fehlt doch völlig in der Europäischen Union! Franz Josef Strauß würde diese Diskussionen nicht auf die Willkommenskultur reduzieren, sondern auch die Fluchtursachen offensiv ansprechen. Wir stehen vor einem Zeitalter der Völkerwanderung, und Europa ist das große Ziel. Eine Volkspartei muss diese Themen aufgreifen, sonst wird sie von ihnen überrollt. Die CSU tut das, nicht nur für Bayern, auch für Deutschland.

Denn das Erbe von Franz Josef Strauß ist es, als regional begrenzte Partei mit bundesweitem und europäischem Anspruch Politik über Bayern hinaus zu gestalten. Als die Regierungspartei des stärksten deutschen Landes bestimmten Werten in unserer Bundesrepublik eine deutlich vernehmbare Stimme zu geben: Leistung und Anstrengung, Solidarität für die Schwachen durch Fordern und Fördern, Innovation und Fortschritt, Familie und Kinder, innere und äußere Sicherheit, Wachstum und solide Finanzen. Und zu diesem Erbe gehört es, als kleinere, aber erfolgreiche und homogene Schwester der stabile Pfeiler der Unionsparteien zu sein.

100 Jahre Franz Josef Strauß: Er ist der Vater der Volkspartei CSU, der größte politische Sohn Bayerns in den vergangenen hundert Jahren. Für mich bleibt er Lehrmeister und väterlicher Freund. Dankbar rückwärts, mutig vorwärts, gläubig aufwärts! ■

> Franz Josef Strauß war kein Politik-Automat. Seine Leidenschaft war legendär

Edmund Stoiber war von Mai 1993 bis September 2007 Ministerpräsident des Freistaats Bayern und von 1999 bis 2007 Vorsitzender der CSU. Seit 2007 ist er Ehrenvorsitzender der CSU.

STRAUß-

Ein liberal konservativer Parteigestalter

von **Dr. Theo Waigel,** Bundesfinanzminister a. D. und CSU-Ehrenvorsitzender

In manchen Porträts und zeitgeschichtlichen Abhandlungen wird Strauß als einer der letzten großen Konservativen bezeichnet. Noch heute beklagen manche Anhänger auch in Unionskreisen, dass den Unions-Parteien heute das konservative Profil, wie es Franz Josef Strauß verkörperte, fehle. Strauß war es, der 1968 in das neue Parteiprogramm der CSU hineinschreiben ließ, „die CSU sei auch eine konservative Partei“. Damals stellte er sich gegen den Zeitgeist, der liberale oder liberalistische Haltungen förderte. 1976 haben wir dann im neuen Parteiprogramm die Begriffe „liberal“, „konservativ“, „sozial“ und „christlich“ für die CSU festgeschrieben. Doch Strauß war von Anfang an ein liberaler Modernisierer der Partei. Das begann mit der Ausrichtung auf eine überkonfessionelle Union, die Christen beider Konfessionen vereinte und sich dem Agnostiker und Atheisten nicht verschloss, wenn er auf den Grundsätzen einer liberal-humanistischen und demokratischen Politikauffassung agierte. Strauß war damals auf der Seite des Parteigründers Dr. Josef Müller. Er erkannte die soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard als moderne Zukunftslösung für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Deswegen kämpfte er im Frankfurter Wirtschaftsrat für die Ideen von Ludwig Erhard und setzte innerhalb der CSU gemeinsam mit Konrad Adenauer die Koalition von CDU/CSU und FDP 1949 durch.

Seine strategische und geopolitische Begabung zeigte er schon 1952, als er für die europäische Einigung, eine europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine flexible Verteidigungsstrategie eintrat.

Gegenüber den mehrheitlich noch aus der Weimarer Republik stammenden Politikern der Nachkriegszeit setzte er sich mit moderner Naturwissenschaft und ihrer Bedeutung für politische Entscheidungen auseinander. Es ist geradezu paradox, dass ein Absolvent eines humanistischen Gymnasiums und Absolvent eines Geschichtsstudiums sich den Neuerungen der Physik und Chemie zuwandte und sich der Bedeutung der Kernenergie für die Energiepolitik, nicht zuletzt Bayerns, bewusst war.

In seiner Zeit als Finanzminister von 1966 bis 1969 fielen wichtige Entscheidungen über ein neues praktikables Verhältnis zwischen Bund und Ländern und zu einer antizyklischen Finanzpolitik. Er führte die mittelfristige Finanzplanung und die Verstetigung des Haushalts auf einen längeren Zeitraum ein. Das war damals schon das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik. Als Parteivorsitzender unterstützte er die Kräfte in der CSU, die einen gemäßigten Reformkurs in Bildung, Erziehung, Forschung und Lehre vertraten.

Strauß rettete die CSU

Er führte in den 60er-Jahren die CSU aus der Krise, als sich eine Mehrheit der Bevölkerung gegen den Fortbestand von Konfessionsschulen wandte. In den 70er-Jahren war er es, der einen ethisch vertretbaren Kurs in CSU und CDU durchsetzte, als es um Fristenlösung oder Indikationslösung im Hinblick auf den Schutz ungeborenen Lebens ging. Er war sich dessen bewusst, dass eine ausschließlich kirchenrelevante Lösung keine Mehrheit in der Bevölkerung fand, aber eine Fristenlösung oder zu weitgehende Indikationslösung mit dem christlichen Menschenbild der CSU nicht vereinbar war. Mit der Klage in Karlsruhe wurden auch auf diesem Feld eine radikale Lösung verhindert und der Schutz des ungeborenen Lebens grundsätzlich gesichert. Infrastruktur und Verkehrsanbindung sowie Energiepolitik in Bayern waren immer wieder wichtige Elemente seiner Politik für Bayern und seine Bürger. Der Flughafen München, der zu Recht seinen Namen trägt, war auch sein Werk, das er in seiner Zeit als bayerischer Ministerpräsident gemeinsam mit Anton Jaumann, seinem Wirtschaftsminister, entscheidend voranbrachte. Strauß war ein großer Europäer, und er wäre als Wegbereiter in die europäische Integrations- und Finanzpolitik eingegangen, wenn er 1982 bereit gewesen wäre, nochmals das Amt des Bundesfinanzministers zu übernehmen. Strauß wäre in der ersten Hälfte der 80er-Jahre mit Sicherheit ein konsequenter Konsolidierer gewesen und hätte eine symmetrische Finanzpolitik betrieben, das heißt Konsolidierung und Wirtschaftsförderung durch Steuerermäßigung gleichermaßen ins Werk gesetzt. Er hätte die europäische Zusammenarbeit, vor allen Dingen im technologischen Bereich, wohl mit Leidenschaft unterstützt, was er ja als Oppositionspolitiker und gleichzeitiger Vorsitzender des Aufsichtsrats von Airbus unter Beweis stellte. Seine europäische und jahrzehntelange Grundüberzeugung hätte ihn auch zum Wegbereiter einer gemeinsamen europäischen Währung gemacht, die er seit den 50er-, 60er- und 70er-Jahren für notwendig befunden hatte. Ich weiß nicht, ob er mit der Bezeichnung „Euro“ einverstanden gewesen wäre oder ob ihm ein klangvollerer Name aus der europäischen Geschichte eingefallen wäre. So wie Strauß in seinen letzten großen Reden den Siegeszug der westlichen Zivilisation durch moderne Technologie, Forschung, Wissenschaft und Philosophie voraussagte, so hätte er auch die europäische Einigung nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf sicherheits- und außenpolitischem Feld entscheidend propagiert. Er war ein Erneuerer, ein moderner Parteiführer auf der Höhe der Zeit. ■

Anfangs beäugten sie sich skeptisch, doch Strauß lernte die Intelligenz und Begabung des jungen Theo Waigel zusehends zu schätzen. In den wesentlichen Fragen der deutschen und europäischen Politik zogen sie an einem Strang.

> **Er war ein Erneuerer, ein moderner Parteiführer auf der Höhe der Zeit**

Theo Waigel war als direkter Nachfolger von Franz Josef Strauß von 1988 bis 1999 Vorsitzender der CSU. Von 1989 bis 1998 war er Bundesminister der Finanzen. Seit 2009 ist Theo Waigel Ehrenvorsitzender der CSU.

Vom Agrarstaat zum HIGHTECH-LAND

Die Rolle von Franz Josef Strauß bei der Modernisierung Bayerns

Von **Dr. Otto Wiesheu,** bayerischer Staatsminister für Wirtschaft a. D.

Franz Josef Strauß hat bei der Modernisierung Bayerns wesentliche, noch heute wirksame Beiträge geleistet. Strauß war als Generalsekretär der CSU (1948–1952), als Stellvertretender Vorsitzender (1952–1961) und dann bis zu seinem Tod als Vorsitzender der Partei stets in der Gesamtverantwortung für die Politik der CSU in Bayern, im Bund und auf europäischer Ebene.

> **Franz Josef Strauß hat bei der Modernisierung Bayerns wesentliche, noch heute wirksame Beiträge geleistet**

Die wirtschaftliche Ausgangslage nach 1945 war denkbar schlecht: Bayern als Land am Eisernen Vorhang hatte weder eine ausreichende Energiebasis noch Rohstoffvorkommen. Es war weitgehend agrarisch geprägt. 1950 war rund ein Drittel der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft tätig.

Einige ausgewählte Beispiele für das wirtschaftspolitische Engagement von Strauß:

1948 wurde er vom Bayerischen Landtag in den 52-köpfigen Bi-Zonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt entsandt, der die Grundsatzentscheidung zu treffen hatte über den künftigen Weg Deutschlands in der Wirtschaft. Die Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft mit Ludwig Erhard an der Spitze setzten sich knapp durch. Strauß unterstützte dieses Konzept. Das blieb bis zu seinem Lebensende sein wirtschaftspolitisches Credo.

Als Minister für Atomfragen 1955 bis 1956 trat er schon frühzeitig für die friedliche Nutzung der Kernenergie ein. Am 7. Mai 1956 unterzeichnete er in New York den Liefervertrag für den Forschungsreaktor in Garching. Das „Atom-Ei" war der Ausgangspunkt für die großartige Entwicklung der Technischen Universität München am Standort Garching.

Wesentliche Überzeugung des Verteidigungsministers Strauß (1956–1962) war, dass zivile und militärische Technik nahtlos ineinander übergehen, dass technologische Systeme bei Verteidigungswaffen (Lenkflugkörper, Panzerabwehrwaffen etc.) hoch relevant sind für die technologische Innovation in vielen zivilen Produktbereichen. Zitat: „In der Pershing II findet man den selben Chip wie im Computertomografen."

Als Bundesminister der Finanzen konnte er nicht nur 1969 den ersten ausgeglichenen Haushalt vorlegen – ein Ziel, das erst wieder im Jahre 2015 erreicht worden ist – sondern auch mit der großen Steuerreform und der Einführung von Gemeinschaftsaufgaben bedeutende Strukturreformen durchsetzen. Die Ablösung der alten Umsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer erlaubte die Entwicklung von vielen Zulieferunternehmen außerhalb der großen Konzerne. Und die Regionalförderung zielte auf die breite Streuung von kleinen, mittleren und großen Unternehmen über das ganze Land, die sich an grenznahen und damit strukturell schwächeren Gebieten ansiedeln sollten. Das war auch für Bayern wichtig.

Auch beim Hochschulbau hat die Gemeinschaftsabgabe dazu beigetragen, dass ärmere Länder ihre Hochschulen ausbauen, entwickeln und neue gründen konnten. Seine These war: „Wir haben nur den Rohstoff Geist." Von daher unterstützte er die Universitäts-Neugründungen in Bayern ebenso wie den Ausbau der bestehenden Universitäten einschließlich der Universitätskliniken und die Entwicklung von Fachhochschulen. Bayern sollte nach seiner Meinung an die Spitze des technisch-industriellen Fortschritts rücken.

Weitere Beispiele sind die Energie- und Infrastrukturpolitik für Bayern. Ihm war der Einfluss auf das Bundesverkehrsministerium stets ein besonderes Anliegen.

Und ein herausragendes Beispiel ist die Entwicklung von Airbus: 1956 wurde das nach dem Zweiten Weltkrieg geltende Flugzeugbauverbot von den Alliierten aufgehoben. Strauß sah darin die Möglichkeit, trotz eines gewaltigen Abstandes zur amerikanischen Flugzeugindustrie über die Wartung von Geräten, die Fertigung von Zulieferteilen und den Lizenzbau zur Eigenfertigung von Militär- und dann Zivilflugzeugen zu kommen. Mit dem visionären Ingenieur Bölkow hatte er einen kongenialen Partner. Ende der 80er-Jahre waren bei MBB insgesamt 40.000, in Ottobrunn 10.000 Mitarbeiter beschäftigt. Ottobrunn galt als große Technologie- und Ideenschmiede. Bei den politisch Verantwortlichen glaubte in Deutschland seinerzeit niemand daran, dass es möglich wäre, den Vorsprung der Amerikaner beim Flugzeugbau aufzuholen. Es war Strauß, der in Kooperation mit den Verantwortlichen in Frankreich die Gründung einer gemeinsamen deutsch-französisch geprägten Firma vorantrieb und von der SPD-FDP-Koalition 1970 als Vertreter Deutschlands im Aufsichtsrat vorgeschlagen wurde. Bis zu seinem Tod war er dessen Vorsitzender. Die SPD überließ ihm gerne diesen Posten, weil sie überzeugt war, dass das Ganze zu einem Flop wird – das Gegenteil trat ein.

Der Flughafen München trägt seinen Namen. Zum 100. Geburtstag präsentiert der Airport eine Franz-Josef-Strauß-Büste, die von Hubert Maier angefertigt wurde. Unter dem Titel „Hundert Sträuße zum 100." zeigt der Airport zudem eine Ausstellung mit 100 Strauß-Karikaturen, die der bekannte Karikaturist Dieter Hanitzsch im Laufe der Jahre gezeichnet hat.

> **Bayern sollte an die Spitze des technisch-industriellen Fortschritts rücken**

Und ein spezielles Infrastrukturprojekt sei erwähnt: Strauß befürwortete stets den Neubau eines Großflughafens als zentrale Drehscheibe für den internationalen Flugverkehr. Nach seiner Meinung musste ein führender Industriestandort in der Lage sein, von allen bedeutenden Wirtschaftszentren weltweit direkt erreicht zu werden und sie zu erreichen. Die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Bayern gibt ihm recht. Und der Flughafen trägt seinen Namen.

Und nicht zuletzt will ich die Rolle von Franz Josef Strauß in der Außenwirtschaftspolitik erwähnen: Strauß hat viele Länder auch deshalb besucht, um neben politischen Zielen wirtschaftliche Beziehungen zu ihnen zu entwickeln. Beispiel China: Unvergessen sind sein Treffen mit Mao 1975 und der Beschluss zur Gründung der Partnerschaft mit Shandong 1985. Beispiel Russland: Besuch bei Gorbatschow 1987, wo später dann Bayern mit Moskau eine Partnerschaft schloss.

Natürlich haben Ministerpräsidenten wie Erhard, Seidel und Goppel in die gleiche Richtung gearbeitet. Wirtschaftsminister wie Schedl und Jaumann haben zur Modernisierung Bayerns große Beiträge geleistet. Es war aber stets Franz Josef Strauß, der durch seine Visionen, seine Kreativität, sein Engagement und seine Nachhaltigkeit diese Entwicklungen vorangetrieben und zum Erfolg geführt hat. Wenn Bayern von einem nehmenden zum größten gebenden Land im Finanzausgleich geworden ist, dann ist nicht zuletzt das ein Zeichen für den Erfolg dieses über Jahrzehnte gehenden, an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Zielen orientierten Kurses. ■

Otto Wiesheu war von 1993 bis Ende 2005 Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Er ist seit 2009 Präsident des Wirtschaftsbeirates der Union und gehört dem Hochschulrat der TU München an.

100. Geburtstag Franz Josef Strauß

SILBER BAVARIA 2015

- 1 oz. reines Silber (ca. 31,10 g)
- Prägequalität „Polierte Platte"
- Auflage nur 2.500 Exemplare
- Tagespreis € 34,00 – € 36,00*

*zuzüglich € 4,95 Versand & Versicherung

Ø 40 mm

gebührenfrei bestellen: 0800 - 71 71 333

Online-Bestellung: www.silber-bavaria.de

Ausgabe durch: Solidus Münzen & Medaillen · 83259 Schleching

100 JAHRE FJS

Herrscher und REBELL

Der Historiker **Prof. Dr. Horst Möller** ordnet Erinnerung und historische Realität zur Figur Franz Josef Strauß ein.

Kaum ein Politiker aus den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland wird außer Konrad Adenauer so oft erwähnt wie Franz Josef Strauß, war er doch neben dem ersten Bundeskanzler der wirkungsmächtigste Politiker jener Zeit. Er war einer der stärksten und zugleich der am längsten – 27 Jahre lang – amtierenden Parteiführer und schrieb durch den maßgeblich mitbestimmten Aufbau der CSU, einer der erfolgreichsten modernen Volksparteien, die zwar auf Bayern beschränkt war, aber die Bundespolitik in den meisten Bundesregierungen, im Bundestag und im Bundesrat mitprägte, zweifellos Parteigeschichte.

Strauß beeinflusste sehr stark die Technologiepolitik als erster deutscher Atomminister, spielte als einflussreicher Vorsitzender der deutschen beziehungsweise europäischen Airbus-Industrie eine Schlüsselrolle beim Auf- und Ausbau der deutschen und europäischen Flugindustrie, baute als Verteidigungsminister in sechs Jahren die Bundeswehr auf und entwickelte sich an der Seite Adenauers zu einem der wichtigsten Vorkämpfer der politischen, ökonomischen und militärischen Westintegration des jungen westdeutschen Staates sowie der deutsch-französischen Kooperation. Und schließlich reformierte Strauß als Finanzminister in der Großen Koalition zwischen 1966 und 1969 das bundesdeutsche Finanzwesen und erreichte für 40 Jahre als einziger Finanzminister einen ausgeglichenen Bundeshaushalt.

Als zehn Jahre lang, 1978 bis 1988, amtierender Bayerischer Ministerpräsident trieb er die zwar schon vorher verfolgte Modernisierungspolitik voran, doch stand er dabei auch in eigener Kontinuität. Als Bundespolitiker seit den 1950er- wie auch als Parteivorsitzender seit den 1960er-Jahren hatte er immer wieder mit Initiativen oder nachhaltiger Unterstützung die Modernisierung Bayerns auf seine Fahnen geschrieben.

„Alles Große steht im Sturm“ – dieser Satz des Philosophen Platon beschreibt für Horst Möller das Leben und die Person Franz Josef Strauß.

Allein diese Stichworte zeigen: Es gibt genug Gründe, sich mit Strauß auch heute noch zu beschäftigen, zumal seine politische Arbeit in vielen Sektoren noch lange nach seinem Tod 1988 fortwirkte. Doch sind es in der Regel nicht diese Leistungen, die das heutige Bild von Strauß bestimmen, sondern Fernsehbilder, Skandalgeschichten, Mythen. Jeder, der seinen Namen kennt, hat ein bestimmtes Strauß-Bild. Die meisten sind sich sicher, dass er so war, wie sie ihn vom Fernsehen und aus immer wieder ausgestrahlten Sequenzen kennen. Es sind suggestive Bilder, die den scharfen Wahlkämpfer, den Polemiker, den vulkanischen, in keine Schablone passenden Redner prägen. Was er sagte, spielt für die Perzeption eine geringere Rolle, als wie er es sagte. Jeder von uns kennt das: Sieht man die Verfilmung eines literarischen Werkes, eines Romans von Thomas Mann beispielsweise, schieben sich beim Lesen die Bilder vor den Text. Die Bilder wirken authentisch und reduzieren auf eine Auslegung, bei den Anhängern von Strauß auf die der schlagkräftigen urwüchsig-bayerischen Kämpfernatur, bei seinen Gegnern auf die eines Wüterichs, eines hemdsärmeligen Polemikers, der durch die Gewalt seiner Persönlichkeit einschüchterte.

Schon deshalb gewann der publizistische Feldzug des „Spiegel“-Herausgebers Rudolf Augstein gegen Strauß eine scheinbare Plausibilität, stellte er ihn doch als eine Gefahr für die Demokratie dar, als machtbesessenen Mann, der keine Bedenken kannte, wenn es um seinen Vorteil ging – einen Politiker jedenfalls, der keinesfalls Bundeskanzler werden dürfe.

Am Beispiel von Strauß zeigt sich: Die Initialzündungen für die Gegnerschaft, ja Feindschaft gegen ihn lagen bereits in seinen Ressorts, in den politischen Zuständigkeiten seiner jeweiligen Ämter. Vereinfacht gesagt: Atomkraftgegner wurden auch Gegner des Atomministers, Gegner der Wiederaufrüstung wurden Gegner des Verteidigungsministers, Gegner der Westintegration in den 1950er-Jahren auch seine Gegner.

Gemeinsam ist den Anhängern und Gegnern nur, dass sie von Franz Josef Strauß fasziniert waren und sind, dass sie ihn als singuläre, unverwechselbare Erscheinung unter den Politikern seiner Zeit betrachten. Und damit haben beide Seiten recht. Doch all diese Erinnerungen sind statisch, sind geronnene Erinnerungen. Ob richtig oder falsch, es kommt nichts mehr hinzu, keine neue politische oder historische Erkenntnis, keine neue Facette seiner Persönlichkeit. Gerade diese Form der Erinnerung aber steht einer angemessenen historischen Erkenntnis im Weg.

Gegen solche erstarrte Erinnerung aber hilft nur der Rückgang auf die Quellen, unentbehrlich ist die Erforschung außergewöhnlich umfangreicher gedruckter, vor allem aber ungedruckter Quellenbestände. Ihre Auswertung ergibt ein sehr viel komplexeres, manchmal widersprüchliches Bild von Strauß, der einer der wenigen, wenn nicht **der** intellektuellste Politiker in der Bundesrepublik war. Sein singuläres Repertoire reichte von der klassischen Bildung bis zur Hochtechnologie, die Vielzahl und Tiefe seiner Kompetenzen war legendär. Neben seiner oft durchbrechenden Emotionalität und den zuweilen unkontrollierten Temperamentsausbrüchen stand eine ganz außergewöhnliche Intelligenz und Argumentationsstärke, standen soziale Hilfsbereitschaft und Familienbindung, standen jahrzehntelange Freundschaften, die Fähigkeit zum Kompromiss nach ausgestandenem Streit, standen vor allem große politische Leistungen. Zweifellos engagierte er sich für bayerische Interessen, zugleich aber für die Bundespolitik.

Franz Josef Strauß wurde verehrt und geliebt, gehasst und bekämpft – die erste große Biografie legt ein quellenkritisches Bild einer komplexen Persönlichkeit vor.

Immer wieder reflektierte er die Europa-Politik und entwickelte für sie konstruktive Programme: Sein weltweites politisches Ansehen und seine Kontakte zu nahezu allen führenden Politikern der Welt nutzte der leidenschaftliche Außenpolitiker Strauß, der zu seinem Leidwesen aber nie Außenminister wurde, nicht zuletzt für seine Heimat Bayern.

Und welches Bild ergeben die Quellen für die vielberufenen „Skandale“? Auch hier wird die geronnene Erinnerung unaufhörlich wiederbelebt, ohne jede Quellenkenntnis. Auch hier kommt zu den ständig wiederholten Klischees nichts hinzu, diejenigen, die sie ständig im Munde führen, haben nicht eine einzige Prozessunterlage gelesen, Überzeugungsstärke ersetzt die Kenntnis – für Leser und Zuhörer ein gleichermaßen langweiliges Geschäft. Vor allem aber sagt es mehr über diejenigen aus, die Stereotypen und Klischees seit vielen Jahren wiederholen, als über Franz Josef Strauß selbst. So kann man ihn gewiss nicht kennenlernen, lässt doch eine intensive Rekonstruktion der Vorwürfe und Behauptungen von den Skandalen nur Skandalisierungen durch einzelne Medien übrig. ■

Prof. Horst Möller ist einer der renommiertesten Zeithistoriker Deutschlands. Von 1992 bis 2011 war er Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, zugleich Ordinarius für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg (1992–1996), seit 1996 an der LMU München. 2015 legte der Autor die erste große Biografie von Franz Josef Strauß vor, die unausgewertete Archive und Quellen nutzte.

Fast 400 Jahre Glasmachertradition - mit immer wieder neuen Ideen!

… und zwar auch außerhalb des Kerngeschäfts (Parfum- und Kosmetikflakonherstellung), wie z. B. die Pflege der wegen fortschreitender Industrialisierung brach gefallenen Landwirtschaftsflächen in naturschonender extensiver Weise durch schottische Hochlandrinder, die Beherbergung des Europäischen Flakonglasmuseums im ältesten Gebäudeteil der heutigen Glashütte in Kleintettau und - last but not least - die Beheizung des Tropenhauses Klein-Eden mit der Restabwärme aus der Glashütte.

Das alles funktioniert aber nur so lange, wie die Glashütte selbst sichere und preiswerte Energie bekommt !!!

HEINZGLAS
family-owned since **1622**

HEINZ-GLAS GmbH & Co. KGaA
Glashüttenplatz 1-7 | 96355 Kleintettau
☎ +49 9269 77-0 | sales@heinz-glas.com
www.heinz-glas.com

100 JAHRE FJS

Erinnerungen, **WÜRDIGUNGEN** und viel Dankbarkeit

Auszüge aus dem Sonderheft „100 Jahre Franz Josef Strauß“ vom Dezember 2014 und mit einem Exklusiv-Beitrag von Hans-Dietrich Genscher.

Josef Ratzinger, Papst Benedikt XVI. (Papa Emeritus)

„Er war sich des hohen und gefährlichen Anspruchs des Wortes ‚christlich‘ im Namen seiner Partei sehr wohl bewusst und hat diese Grenzen auch deutlich unterstrichen. Er hat betont, dass niemand anderem damit die Christlichkeit abgesprochen werden solle und dass er selbst nicht in Anspruch nehmen möchte, dass seine Politik als solche einfach christlich zu nennen sei. Nicht von christlicher Politik wollen wir sprechen, sagte er, sondern von Politik aus christlicher Verantwortung in dem Wissen, dass unsere Vernunft in einer größeren Bindung steht, in der Bindung an das christliche Sittengesetz. Grundlage seines politischen Handelns war die Überzeugung, dass unsere Vernunft nur hell und wach und rein bleibt, wenn sie ihr innerstes Wesen und ihren Grund nicht verliert, der in diesem Sittengesetz ausgesprochen ist. Ihm war klar, dass der Politiker von ihm her handeln muss und dass eine ‚Vernünftigkeit‘, die meint, es besser zu wissen, in Wahrheit die Grundlagen ihrer selbst, die Grundlage der Freiheit zerstört. Deswegen war er unerbittlich in dem Ringen darum, dass dieser Grund aller Vernunft unangetastet bleibt, und hat darum auch den Widerspruch auf sich genommen, den solches Tun unausweichlich nach sich zieht.“

Helmut Schmidt

„Im Wahlkampf 1980 war Franz Josef Strauß bayerischer Ministerpräsident. Zwischen ihm und mir hatte es in den frühen Jahren scharfe Rededuelle gegeben, als unmittelbare Wahlkampfgegner haben wir uns 1980 gegenseitig nichts geschenkt. Aber wir hatten uns doch inzwischen oft genug auch privat unterhalten und hatten voneinander begriffen, dass auch der Gegner ein pflichtbewusster Mann war; wir hatten uns aus Anlass von runden Geburtstagen oder familiären Todesfällen freundliche, kollegiale Briefe geschrieben. Das persönliche Verhältnis war intakt. Franz Josef Strauß starb 1988, nur 73 Jahre alt. Ich erfuhr die Nachricht in Peking. Deshalb konnte ich meinem Gefühl nur über das Fernsehen öffentlich Ausdruck geben: Doch haben wir beide stets Respekt für den anderen empfunden – und auch menschliche Zuneigung. Franz Josef Strauß wird vielen seiner Freunde sehr fehlen, aber auch manchen seiner Gegner.“

Monika Hohlmeier

„Sein Credo – dies ist etwas, das ihn mit dem heutigen Bundespräsidenten Joachim Gauck eint – ist der Gedanke der Freiheit. Eine wichtige Maxime war ihm – auch hier mit Gauck vereint – der Gedanke von der Sozialen Marktwirtschaft. Eine Marktwirtschaft darf um keinen Preis unkontrolliert auf Kosten der Mehrheit von Menschen im Lande ausgetragen werden, wo sich einige wenige bereichern. Einer Globalisierung in Form von Oligarchentum und skrupelloser Finanzmarktzockerei würde er sich entgegenstellen. Grundpfeiler waren für ihn Frieden, Freiheit, Soziale Marktwirtschaft und der demokratische Rechtsstaat. Aber Gerechtigkeit bedeutete für ihn nicht die sozialistisch falsch verstandene Gleichmacherei, sondern die Akzeptanz der Unterschiedlichkeit der Menschen und eine auf fairen Grundregeln beruhende Gesellschaftsordnung. Er war sich bewusst, dass es keine 100-prozentige Gerechtigkeit geben kann, kein Paradies auf Erden. Die vier Grundpfeiler sind zu den primären Maßstäben seines politischen Handelns geworden.“

Hans-Dietrich Genscher

„Nun werden sie alle vereint sein. Die Freunde und die Gegner, die Rivalen und die Unterstützer, wenn es 100 Jahre her ist, dass ER das Licht der Welt erblickte. Er, der Bayer der Nachkriegszeit, der vieles wollte, der viel erreichte, dem es aber beschieden war, nicht alles, was er wollte, zu erreichen. Dennoch, da bin ich sicher, werden alle, die an diesem Tage seiner gedenken, das in einem in jedem Fall anerkennenden und in den meisten Fällen gewiss auch freundlichen Geiste tun. Der geneigte Leser wird sogleich erkennen, wer der Autor dieser Zeilen sein könnte. Wir haben manches Scharmützel ausgetragen, aber auch manche fröhliche Stunde miteinander verbracht, und der geneigte Leser mag das auf den ersten Blick nicht verstehen können, wenn ich sage, dass dann mir die Rolle zufiel, den Parteifreund, ich meine Dritten im Bunde, gegenüber dem Parteifreund zu verteidigen.

Das Wort ‚Urgestein‘ wird bei der Charakterisierung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gern verwendet. Bei ihm aber trifft es wirklich auch zu. So war es für meine Frau und für mich eine Ehrenpflicht, ihn auf seinem letzten Weg zu begleiten. Wenn ich das Auf und Ab unserer Kämpfe, gelegentlich auch Hahnenkämpfe, vor meinen Augen ablaufen lasse, dann endet die Betrachtung stets mit der Einsicht, mit seinem Tode ist nicht nur Bayern ärmer geworden, sondern das ganze Land. Das ist eine schöne Bilanz eines eindrucksvollen Lebens, wenn das der Kontrahent von gestern im respektvollen und freundlichen Gedenken sagen kann.“

Michail Gorbatschow

„Franz Josef Strauß kam im Dezember 1987 nach Moskau. Das war ein wichtiges Treffen. Strauß erklärte mir sein Verständnis von Deutschland, Europa und der Welt. Es gibt so manche Gespräche, bei denen man drum herumredet, ohne über die Wiederholung von längst bekannten Wahrheiten hinauszugehen. Doch das Gespräch mit Franz Josef Strauß verlief gänzlich anders. Ich sah vor mir einen Menschen sitzen, der seine Auffassungen nicht verhehlte, seine Position konsequent zu behaupten wusste, zugleich aber die Gabe hatte, die Situation in der Welt, in Europa, die Rolle der Sowjetunion und in der Bundesrepublik in einem breiten Kontext durchaus realistisch wahrzunehmen. Er war bei Stalingrad, und aus derartigen Erlebnissen zieht der Mensch immer seine Konsequenzen. Wir sprachen über die Gefahr eines Krieges, darüber, wie man ihr vorbeugen könnte. Wir stellten uns die Frage, ob Kriege immer geführt werden.“

Bestellen Sie das

SONDERHEFT „100 Jahre Franz Josef Strauß“

zum Jubiläumsjahr 2015 für nur 5 Euro bei:

Bayernkurier
Kerstin Kolb
Nymphenburger Straße 64
80335 München
kolb@bayernkurier.de
Telefon 089/12004-110
Fax 089/12004-133

100 JAHRE FJS

SAKKO anziehen, Herr Sigl!

Josef Sigl, langjähriger Fahrer von Franz Josef Strauß, erinnert sich an Erlebnisse mit seinem Chef und einzigartige Begegnungen.

Von Wolfram Göll

Herr Sigl, genauso habe ich Sie mir vorgestellt“: Mit diesen Worten begrüßte der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß im Jahr 1982 vor der damaligen Staatskanzlei, dem Prinz-Carl-Palais, seinen neuen Fahrer. „Wahnsinnig aufgeregt war ich da“, erinnert sich Sigl lachend.

74 Jahre ist Josef Sigl nun alt. Sechs volle Jahre, von 1982 bis zu dessen Tod 1988, hat er Franz Josef Strauß ein paar Hunderttausend Kilometer „durch die Weltgeschichte gefahren“ – und das übrigens immer im Sakko. „Denn der Chef wollte das so. ‚Sakko anziehen, Herr Sigl. Damit die Proportionen stimmen‘, hat er immer gesagt“, erzählt Sigl lachend. Einmal hat er den weitgereisten Ministerpräsidenten am Flughafen abgeholt und kurz vor der Ankunft dort gemerkt, dass er sein Sakko in der Staatskanzlei vergessen hatte. „Ach du Schreck! Was mach ich jetzt? Die Zeit reicht nicht mehr, um es zu holen. Na, vielleicht merkt er es nicht, dachte ich. Ja, woher denn? ‚Herr Sigl, Sakko anziehen, damit die Proportionen stimmen‘, sagte er gleich. ‚Ja, Herr Strauß, ich hab das Sakko leider in der Staatskanzlei vergessen.‘ Darauf sagte er: ‚Dann ist das verständlich. Nächstes Mal wieder!‘

O mei, war ich erleichtert. Aber gesehen hat er alles. Ihm konnte man nichts vormachen.“

Der reguläre Arbeitstag begann um Punkt 8.00 Uhr, in der Regel vor der Strauß-Wohnung in der Hirsch-Gereuth-Straße in München-Sendling. „In den paar Minuten bis zur Staatskanzlei hat er dann volle acht Zeitungen durchgelesen, überflogen, quergelesen, sagt man. Die SZ, die Frankfurter, den Merkur, Abendzeitung, tz, Die Welt und so weiter. Er saß immer auf dem Beifahrersitz, nie hinten. Danach hat er die Zeitungen hintergeschmissen. Da durfte ich danach eine halbe Stunde lang aufräumen“, erinnert sich Sigl. Seine Augen leuchten richtig, wenn er von Strauß erzählt. „Ich hab ihn sehr gern gefahren. Das war ein echter Charakterkopf. Manchmal ein wenig aufbrausend, aber nie ungerecht.“

Ein einziges Mal habe sich Franz Josef Strauß richtig über die Zeitungslektüre geärgert. Nicht etwa, weil die Journalisten schon damals meistens links waren – daran hatte er sich wohl schon gewöhnen müssen. Sondern nur, als einmal im Lokalteil sein eigenes Handeln unfair dargestellt worden sei. „Wir sind in St. Quirin am Tegernsee an einem schlimmen Verkehrsunfall vorbeigekommen. Strauß sagt, wenn wir da einfach vorbeifahren, ist das recht unpassend. Also ist er ausgestiegen und hat sich bei den Einsatzkräften erkundigt. Doch was passiert? Die Leute kommen und wollen Autogramme von ihm. Er erfüllt ihren Wunsch, und danach fahren wir weiter. Am nächsten Tag heißt es im Lokalteil, der Strauß hat den Unfall ausgenutzt, um Autogramme zu geben. Darüber hat er sich sehr geärgert. Ich hab nur zu ihm gesagt: Jo mei, wie man es macht, ist es falsch.“

Wenn Franz Josef Strauß sich einmal richtig geärgert hat, dann sollte man besser in Deckung gehen, so Sigl. Er selbst hat nur einmal ein richtiges Donnerwetter von Strauß abbekommen, erinnert sich Sigl. Das war nach einer Wildschweinjagd in der Nähe von Lenting. „Zuerst hab ich die richtige Ausfahrt verpasst, weil die Posten hinter der Ausfahrt standen und nicht davor. Dann hab ich ihm wie so oft beim Umziehen geholfen, danach ging es auf die Wildschweinjagd. Der Chef hat zehn bis 15 Wildschweine geschossen, und das Gewehr war ganz schmutzig, weil es in den Dreck gefallen war. Ich denk mir, um Himmels willen, wie krieg ich das jetzt sauber? Und nehme einen Gartenschlauch und spritze es ab. Geht die Tür auf, und der Strauß sieht mich. O mei, hat der mich zusammengeschimpft. Sind Sie wahnsinnig? Ein Gewehr mit dem Schlauch abspritzen? Na ja, es war kein bleibender Schaden, und sein Zorn war bald wieder verraucht.“

„Wenn er sich geärgert hat, war er schon grantiger als sonst. Das haben wir dann auch gemerkt. Einmal komm ich früh in die Wohnung, da war er zuerst noch recht gut gelaunt. Aber nach nur zehn Minuten kam er dann herunter zum Auto, und da war er stocksauer. Später hat mir die Haushälterin erzählt, dass er in den paar Minuten ausgerechnet mit Helmut Kohl telefoniert hat“, verrät Sigl grinsend. Von der Rivalität Strauß–Kohl, der viel zitierten „Männerfreundschaft“, haben also gelegentlich auch die Bediensteten einiges mitbekommen.

Das Ende des Arbeitstags sei in der Regel nicht vor 1 oder 2 Uhr nachts in Sicht gewesen – und dann hieß es, früh um 8 Uhr wieder antreten. „Anstrengend, aber schön“ sei diese Zeit gewesen, berichtet der ehemalige Chauffeur.

Vor allem der Kanzler-Wahlkampf 1980 sei sehr hektisch gewesen, erzählt Sigl. Strauß sei meistens zu den Rede-Auftritten nach Nord- oder Westdeutschland geflogen, per Flugzeug oder mit dem Hubschrauber. Aber dort musste schon ein „Panzer“ für Strauß bereitstehen. „Wir hatten im Wahlkampf 1980 drei Fahrer und drei Panzer im Einsatz.“ In diesem Wahlkampf seien für die Fahrer sehr viele Kilometer zusammengekommen. Folgenreich und aufregend sei die linksextremistische Terrorgefahr durch die RAF gewesen – und die scharfen Sicherheitsmaßnahmen. „Oft sind wir im Konvoi gefahren, ein Polizeiauto vorn, eines hinten. An der Ampel sind manchmal Bereitschaftspolizisten mit der MP ausgestiegen und haben gesichert. Das war schon hektisch.“ Die Autos, die er für Strauß fuhr, seien immer gepanzerte 7er-BMW gewesen, mit Achtzylinder-Motor. „Panzer“ nennt Sigl diese Gefährte heute noch. Bei den ersten Generationen hätten die Fenster überhaupt nicht geöffnet werden können. „Und schwer zu fahren waren diese Panzer. Die haben ja dreieinhalb bis vier Tonnen gewogen. Wenn man da das Steuer verreißt, ist es zu spät. Der Panzer schaukelt sich auf und ist nicht mehr zu kontrollieren.“

Es gab aber auch stille Momente, in denen man Franz Josef Strauß als Mensch erleben konnte, oft seien sie ohne Sicherheitsbeamte zu zweit gewesen. Da sei er nett, warmherzig und gütig gewesen. „Einmal, in seiner Wohnung, sagt er, warten Sie einmal. Dann geht er in den Keller runter und kommt zurück, mit einem Bocksbeutel links und einem Bocksbeutel rechts unter dem Arm. Er gibt sie mir und sagt: Einen für die Ehefrau und einen für Sie. Ein anderes Mal hat er mir drei Schoko-Löwen geschenkt, einen für die Ehefrau, einen für die Tochter, einen für mich. So war er halt.“

Prophetisch wirkt aus heutiger Sicht eine der letzten handschriftlichen Notizen von Strauß, die Sigl im Original bis zum heutigen Tag aufbewahrt und nun erstmals dem Bayernkurier zur Dokumentation vorlegt. Strauß war für den 1. Oktober 1988 abends um 19 Uhr zu einem Geburtstagsempfang in Starnberg eingeladen. Strauß notierte in Josef Sigls Auto mit Datum 29. September handschriftlich auf die Einladung: „Leider absagen – ich komme von Regensburg nicht rechtzeitig zurück.“ Strauß wusste nicht, auf welche Weise sich dieser Satz bewahrheiten sollte: Denn am Nachmittag des 1. Oktober erlitt der Ministerpräsident bei einem Jagdausflug nahe Regensburg einen Kollaps, brach zusammen und erlangte bis zu seinem Tod am 3. Oktober im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder das Bewusstsein nicht mehr. ■

Lesen Sie den ganzen Artikel auf www.bayernkurier.de

Josef Sigl wurde 1941 im Bayerischen Wald geboren, er ist ursprünglich gelernter Schreiner. Weil in den frühen 1970er-Jahren aber die Arbeitsplatzsituation im Bayerwald nicht so grandios war, ging er nach München und wurde 1972 hauptberuflich Fahrer in der Staatskanzlei. Nach dem Tod von Franz Josef Strauß 1988 hat Sigl auch die Ministerpräsidenten Max Streibl und Edmund Stoiber chauffiert, bis zu seiner Pensionierung 2005.

Zum Jubiläum des ehemaligen Landesvaters neu aufgelegt:

FJS

Das Signet von Franz Josef Strauß ziert, umrahmt von Lorbeerkränzen, diverse Erinnerungsstücken.
Wir finden: **ein absoluter Hingucker!**

Die auf 240 Stück limitierte Briefmarken-Kollektion zeigt zudem verschiedene Stationen aus FJS' politischer Karriere.

Unvergessene Bilder, neu in Szene gesetzt und schön verpackt!

www.csu-shop.de

Der Mittelstand stellt über 60 Prozent der Arbeitsplätze bereit. Er ist Rückgrat und Motor der deutschen Wirtschaft.

Echt stark – der MITTELSTAND

Der Mindestlohn bleibt ein BÜROKRATIE-MONSTER!

Im Interview mit dem Bayernkurier fordert **Hans Michelbach** weitere Veränderungen bei der Erbschaftsreform und fordert die SPD auf, nachzukorrigieren. Nur ein starker Mittelstand kann auch künftig der Motor der Gesellschaft sein – zu viel Bürokratie schadet.

Dr. h.c. Hans Michelbach ist Vorstandsmitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Vorstandsmitglied im Parlamentskreis Mittelstand und Mitglied und Obmann im Finanzausschusses des Bundestags.

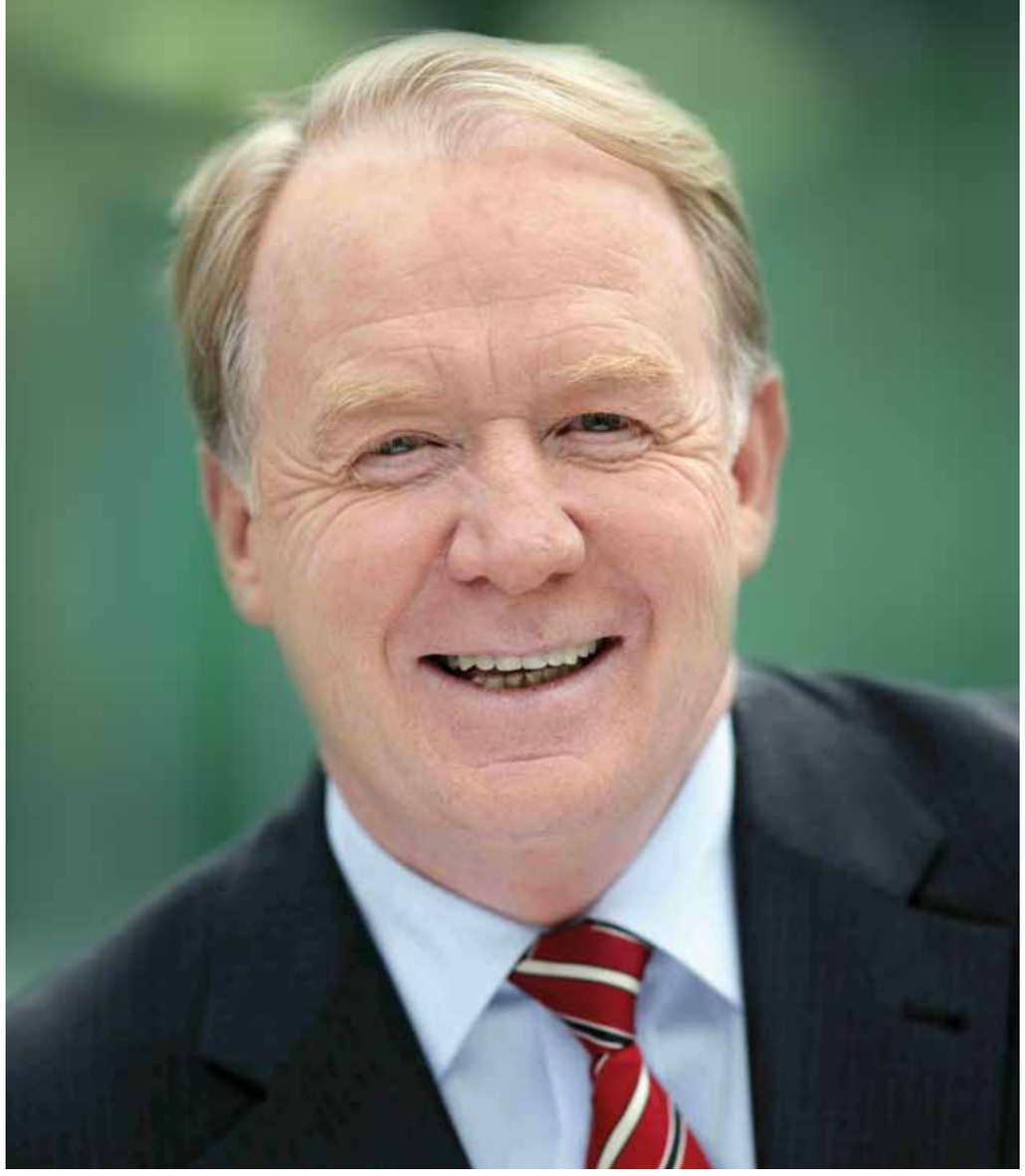
Multikonzerne verändern traditionelle Arbeitsstrukturen, insgesamt verändert sich die Arbeitswelt rasant. Was bedeutet dies für den Mittelstand?
Erst einmal bedeutet das einen stark verzerrten Wettbewerb. Der Mittelstand zahlt in Deutschland ordentlich seine Steuern; Konzerne wie Amazon dagegen schieben Gewinne und Verluste so lange hin und her, bis praktisch kaum noch eine Steuerlast übrig bleibt. Das verschafft ihnen einen unfairen Vorteil. Hier ist die Politik gefragt. Der Wirtschaftsflügel hat in dieser Frage Dampf gemacht. Der Bundesfinanzminister hat das Thema auf die internationale Tagesordnung gesetzt. Wir brauchen aber noch raschere Fortschritte.

Ein zentrales Anliegen der bayerischen Politik ist die Stärkung des Mittelstands und die Förderung des Unternehmertums; hier gibt es eine enge Verzahnung zwischen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Universität. Also Bayern ist gut aufgestellt, wo sehen Sie aber noch Handlungsbedarf? Anders gefragt: Wo sehen Sie derzeit die größten Herausforderungen, die kleine und mittelständische Unternehmen belasten?
Mit der bayerischen Staatsregierung können wir überwiegend zufrieden sein, was Bayern betrifft. Unsere Probleme liegen mehr auf der Bundesebene. Ich nenne beispielhaft Erbschaftsteuerreform, Flexibilisierung des Renteneintrittsalters nach oben, weiterer Bürokratieabbau. Wir hätten nichts dagegen, wenn es von der Staatsregierung und der CSU in Berlin noch mehr Rückenwind gäbe. Gerade das Thema Entbürokratisierung wird auch auf dem Bayerischen Mittelstandstag Mitte September in Deggendorf eine große Rolle spielen. Wir brauchen automatische Überprüfungen und Verfallsdaten von Gesetzen und Verordnungen. Der Bundestag muss Rechtsverordnungen von den Ministerien wieder „zurückholen“ können. Das wäre eine effektive Waffe gegen Bürokratie-Monster.

Worin liegen die Stärken mittelständischer Unternehmen, und wie kann das Rückgrat der Gesellschaft in Zukunft noch besser gestärkt werden?
Mit mehr als drei Millionen Unternehmen, die mehr als 80 Prozent der Ausbildungsplätze und zwischen 60 und 70 Prozent aller Arbeitsplätze bereitstellen, ist der Mittelstand Rückgrat und Motor der deutschen Volkswirtschaft und des Arbeitsmarktes. Seine großen Stärken sind seine Flexibilität und seine Innovationskraft. Nicht umsonst ist eine besonders erfolgreiche Exportbranche wie der Maschinenbau stark mittelständisch geprägt. Und wenn wir von den Hidden Champions sprechen, dann geht es dabei in aller Regel um mittelständische Firmen. Der Mittelstand wird seine starke Stellung aber nur halten können, wenn man ihm nicht unfaire Lasten aufbürdet oder dem Arbeitsmarkt mutwillig Fachkräfte entzieht.

Kleine und mittlere Unternehmen sind oft innovativer als Großunternehmen. Woran liegt das?
Sie sind einfach beweglicher. Die Firmeninhaber sind näher an den Kunden und näher an den Mitarbeitern. Ideen werden schneller umgesetzt. In den technisch orientierten mittelständischen Firmen gehört Tüfteln ganz einfach immer noch zum Selbstverständnis. Das schafft besondere Kompetenz für individuelle Lösungen. Und solche Lösungen werden immer öfter benötigt.

Der Deutsche Mittelstand hinkt bei der Industrie 4.0 noch nach. Wie kann hier Abhilfe geschaffen werden? Mehr als ein Drittel der Unternehmer hat keine Digitalstrategie!



Der Mittelstand wird seine starke Stellung nur halten können, wenn man ihm nicht unfaire Lasten aufbürdet oder dem Arbeitsmarkt mutwillig Fachkräfte entzieht

Wir sollten unseren Mittelstand nicht schlechter machen, als er ist. Ein Blick auf die Messen zeigt: Bei Industrie 4.0 kann sich unser Mittelstand sehen lassen. Aber der Wettbewerb ist hart. Insgesamt sind die Herausforderungen beim Thema Digitalisierung so groß und so unterschiedlich wie die ganze Breite der mehr als drei Millionen mittelständischen Betriebe.

Wird die Digitalisierung letztendlich nicht mehr Jobs kosten, als sie erschaffen kann?
Diese Furcht wird gern von jenen geschürt, die am liebsten alles beim Alten lassen wollen. Dabei zeigt doch unsere Erfahrung: Wer sich dem Fortschritt verweigert, bleibt am Ende auf der Strecke.

Was bedeutet der demografische Wandel für den Mittelstand?
Demografischer Wandel ist eine langfristige Entwicklung. Was dieser Wandel letztendlich bedeutet, hängt davon ab, wie wir uns darauf einstellen. Wenn wir uns nicht anpassen, bekommen wir Probleme bei der Gewinnung von Fachkräften, bei der Finanzierung unserer Sozialsysteme und vielem mehr. Hier sehe ich erheblichen Handlungsbedarf und Mut zur Veränderung. Demographischer Wandel bedeutet aber auch Wandel der Nachfrageprofile. Ältere Kunden haben andere Bedürfnisse als jüngere. Darauf müssen sich vor allem die Konsumgüterindustrie und der Handel einstellen.

Sie bestehen auf eine Nachbesserung der Erbschaftsreform,

Der Blick nach vorn: Am Mittelstandstag der Union in Bamberg überreichte Hans Michelbach Ministerpräsident Horst Seehofer ein Fernglas.

wie diese gerade von Bundesminister Wolfgang Schäuble vorgelegt wurde. Welche Nachteile bringt der jetzige Stand der Reform für den Mittelstand, und welche Nachbesserungen sind nötig? Die Wirtschaft hat die Reform abgelehnt, weil Familienbetriebe dadurch zu sehr belastet würden. Philipp Graf Lerchenfeld bezeichnete den Gesetzesentwurf in Teilen als „Rückschritt zum Referentenentwurf".
Es spricht gleich mehreres gegen die Reformvorlage. Die Erbschaftsteuer greift ins Eigenkapital ein. Dies kann zur Gefahr für Betriebe und Arbeitsplätze werden. Sie benachteiligt die inhabergeführten mittelständischen Unternehmen gegenüber den Konzernen, die eben nicht mit einer Erbschaftsteuer belastet sind. Hinzu kommt, dass der Gesetzentwurf die Vermögensteuer durch die Hintertür wieder einführt. Hier versucht die SPD massiv, ihren Sozialneid auszuleben. Ich erwarte vom Bundesfinanzminister und von der Bundeskanzlerin, dass sie die SPD auf Kurs bringen.

Dieses Mindestlohngesetz war und ist so überflüssig wie ein Kropf. Es wird immer ein Bürokratie-Monster bleiben. Da helfen auch die jüngsten Minimaländerungen nicht

Thema Mindestlohn: Trotz Nachbesserungen beim Mindestlohn im Juni 2015 durch das Arbeitsministerium sind viele bayerische Hoteliers und Gastwirte mit dem erhöhten Bürokratieaufwand unzufrieden. Viele mittelständische Unternehmen sehen sich durch das „Bürokratie-Monster à la Nahles" überfordert. Sind wir mit diesem Mindestlohngesetz auf dem richtigen Weg?
Dieses Mindestlohngesetz war und ist so überflüssig wie ein Kropf. Es wird immer ein Bürokratie-Monster bleiben. Da helfen auch die jüngsten Minimaländerungen nicht. Und anders als die SPD behauptet, haben die Arbeitnehmer praktisch nichts davon. Ihre Gesamteinkommen liegen heute letztlich nicht höher als vorher. Man sollte die Lohnfindung dort lassen, wo sie hingehört: in den Verhandlungen der Tarifparteien.

Immer mehr Mittelständler beklagen sich über den Fachkräftemangel, die Abwanderung Auszubildender in die Großstädte bzw. zu den großen Konzernen, die mit Top-Gehältern werben. Welche Chance hat hier der Mittelstand auf lange Sicht, und wie kann man die Position der mittelständischen Unternehmen stärken?
Wir sollten hier nicht in Schwarzmalerei verfallen. Natürlich wird der Wettbewerb um die Fachkräfte härter. Aber die mittelständischen Betriebe in der Fläche stehen so schlecht nicht da. Es zieht Arbeitnehmer und Auszubildende vor allem dann in die Großstädte, wenn die Politik die Fläche vernachlässigt. Die bayerische Staatsregierung fährt hier einen klugen Kurs. Sie stärkt die Fläche und damit auch den Mittelstand. Zum Beispiel durch die dualen Studienangebote, die Fachkräftebedarf und Qualifikation gut miteinander verbinden und gleichzeitig hochwertiges Know-how in die Regionen tragen. Sorge machen mir eher selbst ernannte Bildungsexperten, die glauben machen wollen, möglichst alle müssten ein Abitur machen. Der Mensch beginnt aber nicht erst beim Akademiker.

Welche Rolle wird die Gesellschaft 4.0 für den Mittelstand spielen?
Der Mittelstand wird sich einer solchen Entwicklung stellen und sie ebenso erfolgreich meistern wie andere Veränderungen vorher. ■

Die Fragen stellte Stefan Groß

Höffner Möbelgesellschaft GmbH & Co. KG
Ludwig-Koch-Straße 3 • 81249 München
Tel. 089 / 85793-02 • www.hoeffner.de • www.facebook.com/Moebel.Hoeffner
Öffnungszeiten: Mo-Fr von 10–20 Uhr, Sa 9:30–20 Uhr

Wir brauchen MEHR START-UPS!

Nimmt die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte Deutschlands bald ein Ende? In Deutschland fehlt es an Neugründungen von Unternehmen. Wir brauchen einen besseren Zugang zu Wagniskapital, müssen die Infrastruktur für Gründer optimieren, Investments erleichtern und steuerrechtliche Hürden einebnen.

Ein Zwischenruf von Katrin Albsteiger und Dr. Robert Pfeffer

Deutschland wird in aller Welt für seinen erfolgreichen Mittelstand bewundert. Mehr als die Hälfte der 1.300 Weltmarktführer im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen sind Teil des Erfolgskonzepts „made in Germany“. Allerdings ist die Zukunft dieses Erfolgskonzepts zunehmend gefährdet. Bis zum Jahr 2050 droht unserem Land eine Lücke von rund einer Million Unternehmen. Unsere Unternehmen haben ein Nachwuchsproblem. Neben dem demografischen Wandel bedroht auch die schwache Neigung zu Gründungen die Zukunft unseres Mittelstands. Gerade im Vergleich mit angelsächsischen Ländern ist der Mut zu Start-ups eher schwach ausgeprägt. Gleichzeitig formiert sich in den Schwellenländern eine immer stärkere Konkurrenz für den deutschen Mittelstand. Wenn unser Land auch in Zukunft einen soliden Mittelstand haben soll, brauchen wir einen deutlichen Zuwachs an Unternehmensgründungen. Zeit zu handeln!

Weniger Bürokratie

Eine wichtige Aufgabe ist die Verringerung des bürokratischen Aufwands, der mit nahezu allen selbstständigen Arbeiten verbunden ist. Umsatzsteuervoranmeldungen, Einnahmenüberschussrechnungen für Kleinunternehmer oder Verbote für neue Geschäftsmodelle sabotieren und sind nicht dazu geeignet, eine neue Gründerzeit zu schaffen. Deutschland darf neue Ideen und Geschäftsmodelle nicht länger durch Überregulierung und unnötige Bürokratie ersticken. Ebenso ist es an der Zeit, das deutsche Arbeitsrecht in Teilen zu entstauben und an die Digitalisierung der Arbeitswelt anzupassen.

Steuerrecht vereinfachen, Kapitalzugang erleichtern

Gleiches gilt im Übrigen auch für das Steuerrecht. Dieses verhindert in seiner derzeitigen Form in vielen Fällen die ausreichende Finanzierung von Unternehmensgründungen. Ausländische Investoren tragen ihr Geld oftmals lieber nach Großbritannien, den USA oder nach Asien, um sich nicht mit dem deutschen Steuerrecht und einer zum Teil unsicheren Rechtslage quälen zu müssen. Dabei könnte Deutschland diese Investitionen gut brauchen. Eine große Zahl an Unternehmensgründungen scheitert bereits in der Frühphase, da es kaum Möglichkeiten gibt, eine ausreichende Finanzierung zu erhalten. Deutschland muss mehr Wagniskapital aktivieren; dies wird allerdings nur dann gelingen, wenn auch ausländische Investoren ihr Geld in unserem Land anlegen.

Bessere Infrastruktur schaffen

Viele Unternehmen benötigen heute die Möglichkeit, schnell mit großen Datenmengen umgehen zu können. Das Internet ist für die überwältigende Mehrheit der neu gegründeten Unternehmen von zentraler Bedeutung. Der Ausbau unserer Infrastruktur muss daher auch für uns zur Priorität werden.

Bayern wird hier in den kommenden Jahren allein rund 1,5 Milliarden Euro aufwenden, um die digitale Zukunft des Freistaats zu sichern. Auch im Bund werden durch den Bundesverkehrsminister mehr als zehn Milliarden Euro für den Ausbau von Breitbandanschlüssen bereitgestellt. Insgesamt investieren der Bund und das Land Bayern also bereits erheblich in den notwendigen Ausbau unserer Infrastruktur. Das aber reicht nicht. Gleiches muss auch für den Ausbau von Gründerzentren, Technologieparks und Inkubatoren gelten, die Gründern die geeigneten Räumlichkeiten und Bedingungen geben, ihre Ideen und Geschäftsmodelle zu entwickeln.

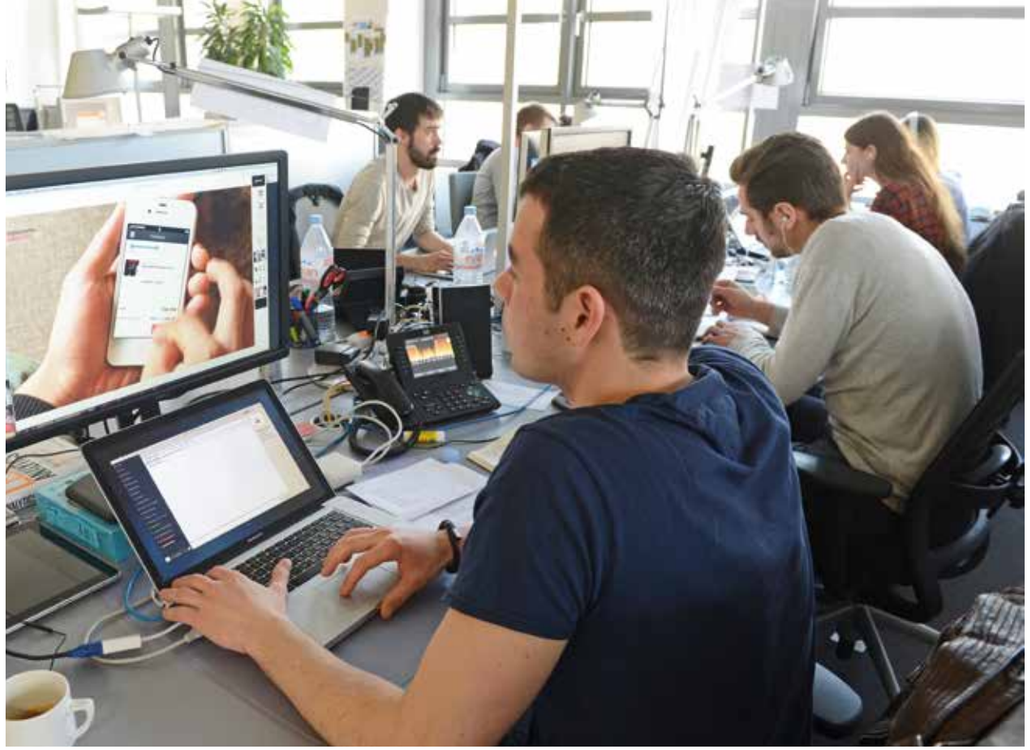
Es lohnt sich für Stadt und Land

Das ist auch für die eher ländlich geprägten Gebiete durchaus lohnenswert. In Großstädten wie Berlin, Hamburg und München würde sich neben diesen Maßnahmen auch die Einrichtung von sogenannten One-Stop-Shops lohnen. Das sind zentrale Anlaufstellen, in denen alle Schritte, die zur Gründung eines Unternehmens notwendig sind, an einem Ort erledigt werden können.

Ein gutes Fundament für eine neue Gründerzeit legen

Die hier beschriebenen Möglichkeiten sind natürlich keineswegs abschließend; in einem großen und hoch entwickelten Land wie unserem gibt es zahlreiche Stellschrauben, mit denen man arbeiten kann. Die erwähnten Maßnahmen können allerdings ein gutes Fundament für eine neue Gründerzeit sein – und dieses Fundament müssen wir jetzt legen. Unter dem Titel „Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft: Erwirtschaften vor Verteilen – Leistung muss sich lohnen“ nimmt sich auch die Mittelstands-Union auf ihrer Landesversammlung im September dieses Themas an. Neben dem Abbau von Bürokratie stehen die Sicherung unseres Wohlstands sowie die Entlastung von Bürgern und Betrieben im Fokus. Die Förderung von Gründern liegt im Interesse unseres ganzen Landes, denn die Gründer von heute werden die Unternehmer und Arbeitgeber von morgen sein. ■

Die Gründer von heute werden die Unternehmer und Arbeitgeber von morgen sein



Marc Linneweber (vorn), Gründer des Start-ups Stylemarks, und weitere Mitarbeiter arbeiten mit Unterstützung des Telekom Accelerator hub:raum an der neuen Plattform. Stylemarks war so erfolgreich, dass es nach einem Jahr am Markt von Juniqe aufgekauft wurde. Der Shop für „junge, urbane Kunst“ ist selbst ein erfolgreiches Start-up. Die Stylemarks-Gründer sind weiterhin beratend für Juniqe tätig.

Katrin Albsteiger, MdB, hat zuletzt in die Mittelstands-Union ein Papier „Gründungsförderung“ eingebracht. Die 31 Jahre alte Politikwissenschaftlerin stammt aus dem schwäbischen Neu-Ulm und sitzt seit 2013 im Deutschen Bundestag. Sie trat 2003 der JU bei und war von 2011 bis 2013 deren erste weibliche Landesvorsitzende.

Dr. Robert Pfeffer ist seit Oktober 2008 Chief Financial Officer bei Cerbomed. Cerbomed ist ein innovatives Medizintechnikunternehmen mit Sitz in Erlangen, das sich auf den Bereich der Neuromodulation spezialisiert hat. Pfeffer wechselte von der Finanzbranche in das aufstrebende Unternehmen.

Papier VON WELT

In Asien, Arabien, Australien, USA, Russland und ganz Europa wird auf Gmund-Papier geschrieben. Die Gmunder Büttenfabrik im Tegernseer Tal ist einer von Bayerns erfolgreichen mittelständischen Betrieben und liefert Papier in 50 Länder.

And the Oscar goes to … 2015 ging die begehrte Auszeichnung an Hollywood-größen wie Julianne Moore und Eddie Redmayne, verkündet auf Gmunder Feinstpapier.

Bei genauerem Hinsehen steckt hinter dem Qualitätssiegel „made in Germany“ oft ein „made in Bavaria“. Und da sind es auch immer mehr mittelständische Unternehmen aus Bayern, die global Furore machen. Wie zum Beispiel die Büttenpapierfabrik in Gmund am Tegernsee mit ihren einzigartigen, edlen Feinstpapieren. Sie sind weltweit begehrt und geschätzt.

Es mag sich vielleicht vermessen anhören: Aber es sind oftmals bayerische Tugenden, die Mittelständler zum Welterfolg führen. Bei der besitzergeführten Büttenpapierfabrik Gmund, die seit vier Generationen in der Hand der Familie Kohler ist, jedenfalls ist das so. Der aktuelle Unternehmenschef, Florian Kohler, ist ein überzeugter Bayer. Wenn er auf Geschäftsreisen geht, egal ob nach New York, Abu Dhabi oder Tokio, dann tut er das im Trachtenanzug. „Mal abgesehen davon, dass ich mich in Tracht wohlfühle, ist es für mich auch eine Form der Höflichkeit, meinen Gegenübern, die mitunter Dischdaschas, Saris oder Kimonos tragen, in Landestracht zu begegnen“, sagt Florian Kohler. Aber freilich drückt die Tegernseer Joppe schon auch Kohlers Haltung aus.

Und die ist zunächst einmal heimat- und damit auch naturverbunden. „Das Tegernseer Tal ist ein inspirierender Ort. Hier entstehen ästhetische, wertvolle Produkte, die das in einem Industriegebiet so nicht könnten“, sagt Gmund-Geschäftsführer Florian Kohler stolz. Allein schon deshalb fühlt sich der 53-jährige Familienvater verpflichtet, umweltfreundlich zu produzieren und natürliche Ressourcen zu schonen. „Wir sind die umweltfreundlichste Papierfabrik der Welt“, sagt Kohler. Dafür hat schon sein Vater Ludwig Maximilian, der das Unternehmen von 1952 bis 2004 führte, den Grundstein gelegt. In den vergangenen 15 Jahren wurde kräftig in hauseigene Anlagen investiert, die bis zu 75 Prozent des Stroms, der für den Betrieb und die Produktion nötig sind, durch Wasserkraft, Sonnenenergie und eine Kraft-Wärme-Kopplung erzeugen – und das CO_2-frei. Zudem werden die Wassermengen, die zur Herstellung des Papiers verwendet werden, möglichst gering gehalten. Indem zum Beispiel das Brauchwasser durch eine Ozon-Wasser-Reinigungsanlage bis zu sieben Mal wiederverwendet wird, konnten in den vergangenen 20 Jahren 70 Prozent des Wasserverbrauchs eingespart werden. Das Restwasser wird gereinigt, läuft durch die Kläranlage und wird danach wieder in die Mangfall zurückgeführt. Außerdem wird Gmund-Papier aus FSC®-zertifiziertem Zellstoff aus schnell nachwachsenden Rohstoffen, etwa aus Eukalyptus, hergestellt. Und selbstverständlich werden in der Büttenpapierfabrik Gmund Abfälle getrennt gesammelt und dem Recycling zugeführt. Die nächste Investition fließt in eine Abgassäuberungsanlage, die bereits genehmigt und noch 2015 realisiert werden soll.

Freilich findet sich diese Heimat- und Naturverbundenheit auch im Design einiger Papiere wieder. Etwa im Bierpapier, in das Biertreber gearbeitet wird und das es in den Farben „Weizen“, „Lager“, „Pils“, „Ale“ und Bock“ gibt. Oder im Cotton-Papier mit Baumwolle, dem Stroh-Papier und dem Holz-Papier, das sogar zweifarbig – und deshalb der Oberfläche von richtigen, längs geschnittenen Brettern zum Verwechseln ähnlich – eine hölzerne Struktur aufweist. „Es sind dann sehr oft europäische Firmen – meist italienische oder französische –, die gleichzeitig Hochwertigkeit vermitteln wollen und auf Understatement setzen und ihre Produkte in Verpackungen aus diesen Papieren verkaufen“, sagt Florian Kohler mit Blick auf die vielen Muster internationaler Marken in seinem Showroom. Da steht dann ein goldumrandetes und -beschriftetes Schächtelchen aus Bierpapier für eine fran-

> **Es sind auch immer mehr mittelständische Unternehmen aus Bayern, die global Furore machen**

Es gibt weltweit nicht viele Papiere, die so außergewöhnliche Oberflächen, Tiefe, Struktur und Glanz haben

zösische Edel-Foie-Gras neben einer Flasche Hennessy-Cognac, die in robustes und wasserabweisendes, orangefarbenes „Alezan"-Papier verpackt ist, das von der Haptik und der Prägung aussieht wie feinstes Leder. „Heute setzt man ‚natürlich' mit ‚hochwertig' gleich", erklärt Kohler und deutet stolz auf die Broschüre für den BMW i8 Plug-in-Hybrid. Das Papier dafür wurde eigens so entwickelt, dass die im Fahrzeug angelegte Umweltfreundlichkeit darin sichtbar wird. Zudem wird es zu 50 Prozent aus Wasserkraft gefertigt. „Viele internationale Firmen setzen auf Ökologie und kommunizieren zurückhaltend, aber hochwertig. Wir entwickeln passend zur Marke die jeweilige Farbe und Oberfläche", macht er deutlich.

Anders in arabischen und asiatischen Ländern: „Dort präferiert man aufwendige schillernde Prägungen mit Beschichtung und metallischen Effekten", weiß der Experte. „In Arabien entscheidet man sich oft gleich komplett für goldenes Papier, wie unser Oscar-Papier, das seit vier Jahren beim Academy Award in Los Angeles zum Einsatz kommt." Auch „Gmund 925" mit echten Silberpartikeln, das sich anfühlt wie gebürsteter Stahl, „Tatjana" mit mehrschichtiger Prägung, „Stone" mit seiner an Steine erinnernden Oberfläche oder „Shade" und „Mohair", die sich gar nicht mehr wie Papier, sondern eher wie ein Textil anfühlen, seien im Orient sehr gefragt. Wie in Tausendundeiner Nacht werden sie kombiniert mit goldener, silberner oder roter Prägung. Ein bisschen erinnert das aber schon auch an die Üppigkeit, der ein König Ludwig II. in seinen Schlössern frönte, die man im Cuvilliés-Theater oder auch im Bayerischen Barock findet. Vielleicht sind sich beim Thema „Pracht" der bayerische und der arabische Geschmack gar nicht so unähnlich? Jedenfalls werden die Feinstpapiere aus Gmund bereits seit den 1970er-Jahren in arabische Länder exportiert. „Schon damals lag unser Exportanteil bei 30 Prozent. Heute liefern wir über 70 Prozent ins Ausland", sagt Kohler.

Stark nachgefragt wird Gmund-Papier auch in asiatischen Ländern, in denen allein schon historisch bedingt – China wird die Erfindung des Papiers zugeschrieben – eine hohe Wertschätzung für Papierprodukte vorherrscht. „Es gibt weltweit nicht viele Papiere, die so außergewöhnliche Oberflächen, Tiefe, Struktur und Glanz haben", stapelt Kohler tief, weil sein Unternehmen im Grunde das einzige ist, das eine derartige Qualität anbietet. Meist sind die Kommunikationsmittel in Asien Rot, Gold oder Pink und mit kunstvollen Schriftzeichen und Symbolen in Metalleffekten bedruckt. „Unsere Oberflächen passen perfekt zu den chinesischen Ornamenten", meint Kohler und verweist auf seinen Urgroßonkel, Ludwig Alois Kohler, der die Fabrik 1904 schon mit der Absicht kaufte, neben größerer Farbigkeit auch die dritte Dimension in das Papier zu bringen. Die Struktur von Leinen war die erste Art von Prägung. Seither haben Prägungen einen hohen Stellenwert im Portfolio. Offensichtlich treffen sich hier die chinesische und die bayerische Liebe zur Tradition.

Beim japanischen Markt ist es mehr die Liebe zu Qualität und die Achtung vor Handwerksleistungen, die verbindet. So kam Akira Ito, Präsident des weltweit bekanntesten Papierkaufhauses Itoya, höchstpersönlich an den Tegernsee, um sich davon zu überzeugen, dass die Gmund-Papiere, die jetzt auf jeder Etage seines Kaufhauses zu finden sind, wirklich handwerklich und im Mangfalltal entstehen. „Er war so beeindruckt, dass er sein bis dato gültiges Inneneinrichtungskonzept von Itoya über den Haufen warf und unser Papiersortiment sowie das von uns neu entwickelte Shop-in-Shop-System für den Schreibwarenhandel integriert hat", sagt Florian Kohler stolz. Dass Gmund im Itoya vertreten ist, ist ein ebensolcher Adelsschlag wie der jährliche Auftritt der goldenen Umschläge bei der Oscar-Nacht. Gmund-Papier gibt es insgesamt in 50 Ländern auf fünf Erdteilen. Dafür sorgen ein Stab aus 15 Vertriebsexperten, die Teilnahme an jährlich etwa zehn internationalen Messen und vor allem aber Kohlers Vorträge. Als Fachmann für Materialkommunikation wurde er bereits nach Hongkong, Tokio, Singapur, nach Spanien, Frankreich, England, die Niederlande und nach Miami und New York eingeladen. Dort wurde er beim Digital-Life-Design-(DLD-) Kongress als „last analog man standing" gefeiert. Nicht nur weil seine Papierfabrik im Zeitalter der Digitalisierung wächst und expandiert – immerhin in den letzten paar Jahren um 20 Prozent (von 100 auf 120 Mitarbeiter), um 3.500 Quadratmeter Nutzfläche und um drei Auszubildende (ein Papiertechnologe, ein Elektriker und eine Industriekauffrau) –, sondern auch, weil Kohler mit seinen Produkten Papier von einem Informationsträger zu einem Kommunikationsmedium gemacht hat. „Wenn ich etwas kommunizieren möchte, das mir wichtig ist und mit dem ich meine Wertschätzung ausdrücken möchte, dann wähle ich heute gezielt das richtige Medium; in etwa so, wie ich eine bestimmte sprachliche Ausdrucksform für bestimmte Nachrichten verwende", sagt Kohler. Wenn man beispielsweise emotional hoch involviert sei, würde man edles, stilvolles Papier als Kommunikationsmedium wählen. „Einen Zahnarzttermin bestätige ich ebenso wenig auf einer schicken Klappkarte, wie ich meine Hochzeitsanzeige per E-Mail verschicke", macht er deutlich. Papier – zumal wie in Gmund hergestellt in einem handwerklichen Prozess und präzise bearbeitet mit der neuen Hightech-Schneideanlage – hat heute einen ungleich hohen Stellenwert. Es habe seinen Preis, sei aber kein Luxusobjekt, meint Kohler, dem es ein Anliegen ist, dass Papier als Kommunikationsmittel zum Leben dazugehört und ein Gebrauchsgegenstand im besten Sinne ist.

Dass das Gmund-Papier weltweit so einen großen Erfolg hat, führt Florian Kohler selbst auf die Besonnenheit zurück, mit der in der Büttenpapierfabrik Gmund Dinge entschieden werden. Zwar sammelt der Chef auf jeder seiner Reisen Eindrücke, hält sie in unendlich vielen Fotos fest und bringt diese Trends und Einflüsse in seine tägliche Arbeit mit ein, indem er sie etwa in Farben und Prägemuster einfließen lässt. „Aber wir hinterfragen uns, unsere Marketing- und Kundenprojekte ständig und mehrmals", stellt er klar und witzelt mit einem Augenzwinkern: „Wir haben die Zeit dafür, weil unsere Maschinen, die aus den Jahren 1886 und 1979 stammen, so langsam laufen." Mit bayerischer Gemütlichkeit darf man die Tugend der Besonnenheit allerdings nicht verwechseln. Entscheidungen mit Sinn und Verstand dauern halt etwas länger: Im Fall der „richtigen" Farbe Rot, des „54er Rot" der Kollektion Gmund Colors, dann eben auch mal zwei Monate. Dafür sorgte es aber neben 47 weiteren Farben des Gmunder Farbsystems weltweit nicht nur in der Papierbranche, sondern auch in der Modebranche für Furore. Im Mai erst diente eine ganzer Papierpalast aus Gmund-Papier in der Kunsthalle Bonn als Rahmen für die Kreationen von Karl Lagerfeld. Gmund-Papier sowie die Haltung, die dahintersteht, kommt überall einfach gut an. ■

Alexandra Korimorth

Florian Kohler leitet in vierter Generation die Papierfabrik.

Der neueste Shop der **Gmunder Büttenpapierfabrik** wurde 2015 in **Tokio** eröffnet.

Aufwendige Lasercut-Kreationen aus Gmunder Feinstpapier bei der **Karl Lagerfeld Schau der Bundeskunsthalle in Bonn.**

„Die ERBSCHAFTSTEUER würde ich völlig anders gestalten!“

Im Interview spricht der Unternehmer **Thomas Bauer** über die Risiken der Erbschaftsteuerreform und fordert Nachbesserungen im Gesetzentwurf. Er plädiert für den ehrbaren Kaufmann, die Tugend der Verantwortung und setzt beim Thema Fachkräftemangel auf Zuwanderung.

„Die Chance, die eigenen Anteile an die nächste Generation zu vererben, steht bei 60 Prozent“, haben Sie einmal betont. Für die Erbengeneration bleibt das Risiko, mehr Steuern zu zahlen, als das Unternehmen wert sei. Nun hat das Bundeskabinett am 8. Juli 2015 den Gesetzentwurf zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts beschlossen. Sind die Gefahren für den Mittelstand dadurch verringert oder sehen Sie Nachbesserungsbedarf?

Viele Bürger und Politiker haben die Vorstellung, dass Unternehmen etwas sind, das auf Ewigkeit ausgerichtet ist und niemals seinen Wert verliert. Diese Vorstellung ist völlig absurd. Als Bauunternehmer beobachte ich seit über drei Jahrzehnten das Aufwachsen und den Untergang von Unternehmen. In der Bauwirtschaft sind in den vergangenen 20 Jahren etwa 80 Prozent aller Großbaufirmen vom Markt verschwunden – großteils durch Konkurs oder Notverkauf. Bei den Kleinbaufirmen verschwinden 60 Prozent innerhalb von etwa 15 Jahren wieder vom Markt. Das ist nur ein Beispiel aus einer Branche, in der es marktbedingt besonders viel Misslingen gibt. Jeder Unternehmer kennt dieses Risiko. Schlimm ist ein Erbschaftsteuergesetz, das diese Risiken nicht sinnvoll berücksichtigt. Bargeld oder Grundstücke haben eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie nicht untergehen. Firmen haben leider eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie misslingen.

Wenn ein erfolgreicher Unternehmer plötzlich stirbt, dann berechnet sich die Erbschaftsteuer im Moment seines Todes. War das Unternehmen sehr stark von seiner Person abhängig, dann sinkt der Wert des Unternehmens

Hauptverwaltung der Bauer AG in Schrobenhausen.

Auch die Pfähle für Münchens Megatunnel am Luise-Kiesselbach-Platz stammen von Bauer.

allein durch seinen Tod zum Beispiel auf die Hälfte ab. Muss ein Erbe nun 30 Prozent Erbschaftsteuer zahlen, was bereits bei kleineren mittelständischen Unternehmen leicht der Fall sein kann, so muss bei dem beispielhaft dargestellten Wertverlust nahezu das ganze Unternehmen verkauft werden, um die Erbschaftsteuer zu bezahlen. Aus den nun nur noch 50 Prozent Erlös für den Verkauf der Anteile muss nämlich auch noch Einkommensteuer bezahlt werden, da der Wertzuwachs seit dem Erwerb durch den Erblasser auch noch zu versteuern ist. Ohne geeignete Erbschaftsteuerregelung ist die Firma dann mit Sicherheit weg.

Derartige Wertveränderungen innerhalb kurzer Zeit sind bei Unternehmen übrigens keinesfalls selten. Mein Unternehmen, die Bauer AG, war vor der Finanzmarktkrise an der Börse das Vierfache dessen wert, was es heute nach all den Turbulenzen wert ist. Wäre jemand aus der Familie damals gestorben und er hätte sich auf eine Stundungsregelung für die Erbschaftsteuer eingelassen, er müsste heute sehr viel mehr Erbschaftsteuer bezahlen, als er für seine Anteile heute erhalten könnte. Derartige Regeln sind extrem ungerecht. Auch das neue Erbschaftsteuergesetz mit der Verschonungsregel birgt diese enormen Gefahren für die Erben. Ich halte das für unerträglich. Die Loyalität der Erben zu ihrem Unternehmen müssen diese mit enormen Risiken erkaufen.

Für mich heißt das: Diese Risiken müssten eigentlich aus dem Gesetz entfernt werden. Das private Eigentum an Unternehmen ist schützenswert, egal wie groß die Unternehmen sind. Die Risiken bei großen Unternehmen sind nicht geringer wie die bei kleinen Unternehmen. Stundungsregeln nutzen niemandem. Sie sind enorm gefährlich.

Als Unternehmer habe ich mein ganzes Leben Angst davor gehabt, dass irgendwann die Erbschaftsteuer „mein“ Unternehmen zerstören wird. Etliche Entscheidungen habe ich nur wegen der Erbschaftsteuer getroffen. Diese waren oft nicht gut für die Firma, sie hatten nur den Sinn, das Risiko zu senken. Ich weiß bei meinem Unternehmen, dass die Erbschaftsteuer nur schädlich für das Unternehmen war. Ich glaube, das gilt für viele andere Unternehmen in gleicher Weise. Es macht deshalb auch keinen Sinn, wenn Bayern und der deutsche Staat viele hundert Millionen Euro dafür ausgeben, dass neue Unternehmen entstehen, wenn gleichzeitig mit einer Erbschaftsteuer in ähnlicher Größenordnung Firmenentwicklungen so gestört werden, dass in Summe kein „Mehr“ herauskommt.

Die deutsche Erbschaftsteuer bleibt – egal wie die Reform nun ausgeht – ein System mit enormen Risiken für die Erben von Unternehmen und für die Unternehmen selbst. Ich würde die Erbschaftsteuer völlig anders gestalten.

> „Viele Eigentümer deutscher Firmen sind schon lange ins Ausland gegangen, um dort die Erbschaftsteuer zu sparen

Bislang sind nur Unternehmen bis zu drei Mitarbeitern von der Lohnsummenprüfung ausgeschlossen, hier ist eine Erhöhung auf fünf bis 20 Mitarbeiter im Gespräch. Wären damit die Sorgen für kleine mittelständische Unternehmen vom Tisch? Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZWE) geben dem Korrekturentwurf seitens der CSU recht.
Hier bin ich nicht im Detail Experte. Die ganz kleinen Firmen sind wegen der Freibeträge und wegen der hier noch sehr niedrigen Sätze nicht das ganz große Problem. Hier wurde im Gesetzentwurf an etwas herumgeschraubt, das nicht mehr Gerechtigkeit und auch nicht mehr Geld für den Fiskus bringt – nur mehr Bürokratie. Die bayerische Staatsregierung hat recht, wenn sie hier Nachbesserungen verlangt.

Bringt die Erbschaftsteuer bundesdeutschen Unternehmen einen Standortnachteil, weil diese im Ausland weniger verbreitet ist?
Ja, sogar ganz erheblich! Viele Eigentümer deutscher Firmen sind schon lange ins Ausland gegangen, um dort die Erbschaftsteuer

Der Unterschied beginnt beim Namen

Wir sind den Menschen verpflichtet: 50 Millionen Kunden mit 50 Millionen unterschiedlichen Bedürfnissen. Deshalb verkaufen wir nicht einfach Finanzprodukte, sondern erklären sie so, dass jeder sie versteht. Da, wo unsere Kunden sind, da sind auch wir zu Hause. Deshalb bieten wir nicht nur Sicherheit für ihr Geld, sondern Unterstützung für die ganze Region. Als Finanzierungspartner Nr. 1 fördern wir das Wachstum des Mittelstands und einen Großteil der Existenzgründungen in Deutschland: Das sichert Arbeitsplätze. Wir entwickeln die Lösungen von morgen, weil wir an Sie und die Zukunft glauben. Schon heute haben wir zum Beispiel die meistgenutzte Finanz-App. Erleben Sie den Unterschied. Bei Ihrer Sparkasse vor Ort und auf www.sparkasse.de
Wenn's um Geld geht – Sparkasse

Entdecken Sie mehr Unterschiede auf **sparkasse.de**

„

Die Loyalität der Erben zu ihrem Unternehmen müssen diese mit enormen Risiken erkaufen

zu sparen. Liebherr und Müller sind bekannte deutsche Namen. Diese Firmen müssen sich nicht mehr um die Erbschaftsteuer Sorge machen. Sie können sich voll auf die Entwicklung der Firmen konzentrieren und mit dem gesparten Geld harte Konkurrenz gegen heimische Firmen machen, um deren Markt zu erobern.

Die Bauer AG ist einer der großen Mittelständler, besser gesagt: ein internationaler Konzern mit über 10.400 Mitarbeitern, Tendenz steigend. Die Finanzkrise hat in vielen Wirtschaftsbereichen nachhaltig ihre Spuren hinterlassen! Auch für Sie ist Sparen ein Diktat, und Sie fordern dabei „Detailarbeit“. Was haben wir darunter zu verstehen?
Für die Bauer AG haben die Finanzmarktkrise, die Probleme im Nahen Osten, aber speziell auch die massiv entstandene Konkurrenz aus China dazu geführt, dass wir in den vergangenen Jahren erheblich mit den Verwerfungen auf unseren internationalen Märkten zu kämpfen hatten. Nur äußerste Sparsamkeit und totale Fokussierung auf ein immer noch besseres Produkt ermöglichen es uns, im Wettbewerb zu bestehen. Leider ist dabei die Profitabilität deutlich weniger geworden. Derartige Entwicklungen sind für Unternehmer Teil des Auf und Ab im Wirtschaftsleben. Der Staat tut aber mit der Erbschaftsteuer so, als ob es so etwas nicht gibt. Erfreulicherweise scheint sich derzeit manches für die Bauer AG wieder besser zu entwickeln. Wir waren wahrscheinlich ganz am Anfang einer Entwicklung, die viele andere Firmen noch gehen müssen.

Ob Amazon, Google, Alibaba oder andere Internetkonzerne – die Digitalität ist eine der Herausforderungen für die Gesellschaft und die Unternehmer. Wie sind der Mittelstand und insbesondere die Baubranche auf die Internetrevolution 4.0 vorbereitet?

Die Bauer AG ist nicht nur auf der weltweit größten Baumaschinen-Messe Bauma in München vertreten, sondern auch international präsent.

Digitalisierung ist für die meisten Unternehmen, auch am Bau, schon geübte Realität im Arbeitsalltag. Das Internet bestimmt die Kommunikation vor allen anderen Mitteln. Die Zukunft wird uns aber noch viele neue Möglichkeiten bieten. Für den Bau lautet hier das Stichwort BIM (Building Information Modeling). Hier wird die Zusammenarbeit aller am Bau Beteiligten – Baufirmen, Planer, Auftraggeber etc. – über standardisierte Datenaustauschsysteme gestaltet. Daraus ergeben sich viele Chancen zur Verbesserung der Abläufe, aber speziell auch zur Fehlervermeidung. Digitalisierung ist für die Zukunftsentwicklung enorm wichtig. Wir dürfen aber nicht der Gefahr erliegen, dass wir dabei andere Themen der Innovation vernachlässigen.

Was früher das Maschinenzeitalter war, ist heute die virtuelle Welt samt der technischen Optionen. Verliert der Mensch hierbei seine Rolle als produktiv wertschöpfende Kraft?
Nein, mit Sicherheit nicht. Den Computer, der uns das Denken abnimmt, gibt es noch nicht, und es wird ihn noch lange nicht geben. Die virtuelle Welt beschleunigt aber die Abläufe in den Wertschöpfungsketten enorm. Die Wirtschaft wird damit insgesamt noch deutlich schneller und damit auch produktiver. Dies wird die Wohlstandsmehrung der Zukunft entscheidend mitgestalten.

Für den Ethos in der Wirtschaft steht der ehrbare Kaufmann. Gibt es diesen noch, und wie würden Sie seine Rolle heute spezifizieren?
Für mich ist hier der wichtigste Begriff das Wort Verantwortung. Mit Verantwortung kann man nahezu jedes Handeln sehr gut messen – ist es verantwortlich oder nicht? Ich bin überzeugt, dass die meisten Führungskräfte diesem Wert noch höchste Bedeutung zumessen. Der Unanständige kann über einige Zeit der Sieger sein – auf Dauer wird aber immer der Anständige gewinnen. Die wichtigste Aufgabe der Politik ist es, nicht durch ein Übermaß an Regelungen den Menschen die Verantwortung abzunehmen. Compliance- und Governance-Systeme sind schon gut, übertreibt man aber mit solchen Systemen oder auch mit Gesetzen, dann geht Verantwortung verloren. Und wer keine Verantwortung mehr hat, der kann auch nicht mehr verantwortlich handeln. In der Führungspraxis stehen wir sehr oft vor Entscheidungen, bei denen alle Alternativen unbefriedigend sind. Da hilft einem nur das eigene Verantwortungsgefühl, um die Dinge richtig zu machen.

Thema Fachkräftemangel: Was kann die Politik oder die Wirtschaft hier in Zukunft leisten, muss sich das Bildungs-, und Studienwesen reformieren? Welche Rolle spielt die Zuwanderung beim Transformationsprozess in einer demografisch alternden Gesellschaft?
Wir haben in Deutschland und speziell in Bayern ein ausgezeichnetes Bildungssystem. Wir dürfen uns nicht irre reden lassen von all den internationalen Vergleichen, bei denen Deutschland bei den Akademikern schlecht abschneidet. Unser duales Bildungssystem ist der wichtigste Pfeiler unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Wir müssen unser System weiterentwickeln, auf keinen Fall aber grundsätzlich verändern. Was Zuwanderung betrifft, sollten wir uns darauf einstellen, dass diese etwas ganz Normales sein wird. Wenn wir die heutige Realität bei unseren jungen Menschen anschauen, dann gehen sehr viele in die Welt hinaus, um Erfahrung zu sammeln oder auch um anderswo ganz normal zu arbeiten. Es ist doch natürlich, dass sich viele in der Ferne wohlfühlen, eventuell dort heiraten und dann dort ihr Leben verbringen. Genauso normal ist es aber auch, dass Menschen nach Deutschland kommen. Dieser Austauschprozess wird die Zukunft in zunehmendem Maße bestimmen. Da soll man sich nicht unvernünftig dagegen wehren. Das hat auch nichts mit Überfremdung zu tun. In der Firma Bauer haben wir viele Ausländer, die bei uns in Deutschland arbeiten. Sie fühlen sich in der Lederhose genauso wohl wie wir Bayern. Ich glaube, dass regionale Kultur mit Menschen aus vielen Ländern möglich ist. Das muss man nur wollen. Außerdem ist Zuwanderung unausweichlich, wenn in einem Land zu wenig Kinder geboren werden.

„

Die wichtigste Aufgabe von Politik ist es, nicht durch ein Übermaß an Regelungen den Menschen die Verantwortung abzunehmen

Worin sehen Sie die Hauptverantwortung des Unternehmers?
Ein Unternehmer muss sich um die Zukunft sorgen und immer auf der Suche nach Neuem sein. Er muss sich auch vor allem anderen um die Kultur des Unternehmens kümmern. Nur in einem Unternehmen mit einer ausgeprägten und auf den Menschen orientierten Kultur kann auf Dauer Erfolg entstehen.

Sie sind Landesschatzmeister der CSU, haben eine Professur an der TU München, sind Präsident des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie e. V. und üben darüber hinaus eine fast unübersehbare Vielzahl von Ämtern aus: Was motiviert Sie und welche Eigenschaften sind für den unternehmerischen Spirit Voraussetzung?
Ich glaube, dass Unternehmer die Pflicht haben, sich gesellschaftlich einzubringen. Das hat zwei Gründe: Wer viel von der Gesellschaft bekommt, so der erste Grund, der hat auch die Pflicht, etwas zurückzugeben. Viele Unternehmer meinen, dass der eigene Erfolg nur selbst geschaffen ist. Das ist nie der Fall. Erfolg ist zuerst einer Chance geschuldet, die einem eine Gesellschaft gibt. Und Erfolg hat auch sehr viel mit Glück zu tun, das sollte sich jeder immer wieder vergegenwärtigen. Für mich war es immer eine Selbstverständlichkeit, dass ich mich für die Gesellschaft einsetze. Das braucht keine weitere Motivation. Der zweite Grund ist sehr vernunftgeprägt: Unternehmer sind in der Gesellschaft die Minderheit. Engagieren sie sich nicht mehr als der Rest der Bevölkerung, werden sie nichts erreichen. Ich konnte aber auch lernen, dass Engagement einem sehr viel zurückgibt: Erfahrung, Einblick und auch Spaß. Wer sich breit engagiert, der hat für viele Themen einen deutlich besseren Blick und kann dann besser entscheiden. ■

Die Fragen stellte Stefan Groß

Prof. Thomas Bauer ist unter anderem Vorstandsvorsitzender der Bauer AG in Schrobenhausen, Landesschatzmeister der CSU, Präsident des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie und Vizepräsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Er hat eine Professur an der Technischen Universität München inne.

Für eine **REALISTISCHE** Russland-Politik

Trotz der Krisenkomplexität muss die Konfliktlösung mit Russland höchste Priorität haben, um die wankende europäische Sicherheitsarchitektur wieder nachhaltig zu stärken und die Integrität der Ukraine zu sichern. **Oliver Rolofs** von der Münchner Sicherheitskonferenz plädiert für eine Fortsetzung des Dialogs mit Moskau.

Seit eineinhalb Jahren ist der Osten der Ukraine trauriger Schauplatz einer militärischen Auseinandersetzung mit ungleichen Gegnern, Tausenden von Toten und über zwei Millionen Flüchtlingen. Neben dem politisch-militärischen Konflikt mit Russland, der zunehmend auch das inner-ukrainische Gefüge von einem oligarchisch-bürokratischen Regime hin zu einer Militärokratie verwandelt, steht die Ukraine wirtschaftlich vor dem Kollaps. An der östlichen EU-Außengrenze droht ein „Failing State“ zu entstehen.

Mit der Annexion der Krim im März 2014 und der bis heute andauernden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung der prorussischen Separatisten im Osten der Ukraine hat Russlands Präsident Putin die Grundprinzipien der europäischen Sicherheitsordnung mit Füßen getreten. Sein vor allem aus innenpolitischen Gründen motiviertes aggressives Vorgehen hat den Beginn einer von Konfrontation und Instabilität geprägten Zeitphase eingeläutet, die für die europäische Sicherheit brandgefährlich ist. Nicht wenige Kommentatoren sprechen in diesem Kontext bereits von einem neuen (zweiten) Kalten Krieg, der sich als gefährlicher und undurchsichtiger erweisen könnte als der erste. Eine rasche Konfliktlösung erscheint angesichts der Komplexität der derzeitigen Ausgangsbedingungen schwierig.

Zur Destabilisierung angrenzender Staaten wendet die Nuklearmacht Russland neben klassischen militärischen Maßnahmen hybride Kriegselemente an. Sie reichen von diplomatischen Druckmitteln und wirtschaftlichem Zwang über mediale Desinformation und Cyber-Attacken bis hin zum Stopp von Gaslieferungen. Die Verknüpfung von militärischen und zivilen Mitteln setzt bisherige Regeln außer Kraft und erschwert es dem Westen, im Ukraine-Konflikt die richtigen Maßnahmen zu ergreifen. Überdies lassen mediale Falschinformationen die Missverständnisse zwischen Ost und West wachsen. Die insbesondere von Russland geführte Propagandaschlacht kann in einer medial aufgeheizten Lage schlimmstenfalls auf beiden Seiten Überreaktionen und fatale Fehlentscheidungen begünstigen:

Wenn etwa russische Kampfflugzeuge unangemeldet und mit ausgeschalteten Transpondern über der Ostsee oder dem Baltikum NATO-Luftverbänden bedrohlich nahe kommen, kann das bei weiterhin kurzen militärischen und nuklearen Vorwarnzeiten durch den Irrtum eines einzelnen Soldaten plötzlich zu einem Desaster führen. Die Gefahr ist heute deswegen so groß, da sich eine neue Konfrontation schnell ohne die Stabilisierungs- und Deeskalationsmechanismen entwickeln kann, die noch während des vorherigen Kalten Krieges solche Katastrophen verhindern konnten.

Die regionale und globale Ordnung ist von erheblichen Zerfallserscheinungen gekennzeichnet. In der allgemeinen Krisenbewältigung zeigt der Westen verstärkt Überlastungserscheinungen. Die Gleichzeitigkeit von verschiedenen Krisen – etwa die vorläufige Abwendung der Staatspleite in Griechenland, die Flüchtlingskrise, die Bedrohung durch den Islamischen Staat und der Konflikt in der Ukraine – führt zu einer wachsenden Überforderung insbesondere der europäischen Sicherheitspolitik. Immer

Bundeskanzlerin Angela Merkel und der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko bei den Friedensverhandlungen in Minsk.

öfter mangelt es an zeitlichen Ressourcen und Kapazitäten, um ein effektives und proaktives Krisenmanagement zu betreiben sowie notwendige Schwerpunkte in der Konfliktbearbeitung zu setzen.

Trotz der Krisenkomplexität muss die Konfliktlösung mit Russland höchste Priorität haben, um die wankende europäische Sicherheitsarchitektur wieder nachhaltig zu stärken und die Integrität der Ukraine zu sichern. Für den weiteren Dialog mit Moskau halte ich folgende strategische Überlegungen für wichtig:

Es geht darum, mit Russland wieder ins Gespräch zu kommen, um die derzeitige Sprachlosigkeit in einer Vielzahl von Gremien zu überwinden und Missverständnisse auszuräumen

ERSTENS: Die Russland-Politik braucht eine realistische Einschätzung der eigenen Möglichkeiten und realistische Ziele. Das erfordert einen unaufgeregten Umgang mit Moskau, der eine beidseitige verbale Abrüstung voraussetzt. Hierbei muss deutlich gemacht werden, dass EU und NATO keine Absichten hegen, die russischen Sicherheitsinteressen zuwiderlaufen. Es geht darum, mit Russland wieder ins Gespräch zu kommen, um die derzeitige Sprachlosigkeit in einer Vielzahl von Gremien zu überwinden und Missverständnisse auszuräumen, wie es erst der deutsche Spitzendiplomat Wolfgang Ischinger in einem Interview mit der Wochenzeitung „Das Parlament" deutlich gemacht hat. Klar sein muss auch, dass das derzeitige Verhalten Putins nicht zu entschuldigen ist. Die Annexion der Krim und das weitere Schüren eines Krieges in der Ost-Ukraine werden immer ein eklatanter Bruch des Völkerrechts bleiben, der die gegenwärtigen Sanktionen rechtfertigt und eine starke militärische Rückversicherung der östlichen NATO-Partner legitimiert. Und solange Moskau die Einsetzung eines UNO-Tribunals zur Untersuchung des Abschusses von Flug MH-17 blockiert, muss auch von einer russischen Mitverantwortung für dieses Unglück ausgegangen werden. Allerdings sollten wir im künftigen Diskurs mit den russischen Machthabern besser die historischen, kulturellen und emotionalen Aspekte verstehen, die Hintergrund ihrer Politik sind: Anti-westliche Ressentiments, imperiale Nostalgie, Intoleranz und Paternalismus sind schon immer Teil der politischen Kultur Russlands gewesen.

ZWEITENS: Der Konflikt in der Ukraine lehrt uns, dass Moskaus Außenpolitik von jeher zwei Seiten hat. So beschrieb es bereits 1946 der amerikanische Diplomat George F. Kennan eindrucksvoll in seinem legendären „langen Telegramm". Er stelle damals fest, dass „die Sowjetunion Außenpolitik gleichzeitig auf einer ‚offiziellen' Ebene sowie im ‚Untergrund' betreibe, wo sich Agenten betätigen, für die die sowjetische Regierung die Verantwortung von sich weist". Heute erscheint aus Moskauer Sicht eine „Bosnisierung" der Ukraine attraktiver als deren Europäisierung, sprich lieber von einem „Sicherheitskordon" dauerhaft instabiler Territorien umgeben zu sein, die Moskau direkt oder indirekt kontrollieren kann, als einen Einflussverlust gegenüber dem Westen zu riskieren. Gerade vor diesem Hintergrund ist fraglich, ob sich die beiden Abkommen, Minsk I und Minsk II, zur Deeskalation und Befriedung der Ost-Ukraine so noch umsetzen lassen, während die unbewaffneten Beobachter der OSZE täglich Hunderte Fälle

von Beschuss registrieren und Russland weiter behauptet, nicht Kriegspartei zu sein.

DRITTENS: Für eine erneute Annäherung mit Moskau brauchen wir strategische Geduld und viel Pragmatismus. Hierfür brauchen wir eine Politik, die nicht nur um sich selbst kreist, sondern sich in die Eigenheiten des Gegenübers hineindenkt. So antagonistisch heute das beidseitige Verhältnis sein mag, so gibt es doch gemeinsame Interessenansätze, an die man mittels verschiedener Elemente der klassischen Ostpolitik von Egon Bahr anknüpfen kann. Beispiele wären Energiefragen, die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, die Drogenproblematik oder die Zukunft Zentralasiens. Dass Kooperation möglich sein kann, wurde erst kürzlich bei der Aushandlung des Atomabkommens mit dem Iran unter Beweis gestellt. Kurzfristig müssen zur beidseitigen Entspannung praktische Lösungen im Vordergrund stehen: Ein erster Ansatz wäre, wie kürzlich vom European Leadership Network vorgeschlagen, die Entwicklung von Maßnahmen der militärischen Vertrauensbildung zwischen den operativen Ebenen der NATO und Russland, um etwa die zunehmend gefährlichen militärischen Muskelspiele zwischen beiden Streitkräften künftig zu verhindern. Konkrete und transparente Verabredungen, zum Beispiel die Festlegung von Mindestentfernungen für Luft- und Seemanöver, könnten ein großes Unglück verhindern. Auch sollte die Diskussion um die ukrainische NATO-Perspektive beendet werden. Eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wird im Bündnis auf lange Zeit keine Befürworter haben – ein Festhalten daran durch die Regierung in Kiew dürfte den Konflikt mit Moskau aber weiterhin intensivieren. Stattdessen könnte die Ukraine außerhalb der russischen Einflusssphäre nach dem Neutralitätsvorbild Finnlands oder Österreichs eine Brückenfunktion zwischen Ost und West übernehmen. Allerdings muss die Ukraine als souveräner Staat selbst eine solche Entscheidung treffen, die Moskau zu respektieren hat. Schließlich braucht es in dieser Konfliktlage die fest in die europäische Sicherheitspolitik eingebundenen USA. Die USA haben sich nach dem Ende des Kalten Krieges selbst als europäische Macht definiert und an europäischen Veränderungsprozessen mitgewirkt. Ohne eine aktive Beteiligung der USA an der Ukraine-Kontaktgruppe wird die Verhandlungsposition Europas politisch und militärisch geschwächt bleiben.

Ohne eine aktive Beteiligung der USA an der Ukraine-Kontaktgruppe wird die Verhandlungsposition Europas politisch und militärisch geschwächt bleiben

VIERTENS: Die Beziehungen zu Russland werden zu stark auf Putin und sein Herrschaftssystem reduziert. In der heutigen Russland-Politik fehlt der Blick auf die Zeit nach Putin. Strategische Geduld schließt auch die Erkenntnis mit ein, dass die Generation Putin endlich ist und seine Außenpolitik zu enormen Kosten führt, die das Land nicht dauerhaft tragen kann. Die russische Politik gibt sich der Illusion hin, dass eine Orientierung zu Asien die Beziehungen zu Europa ersetzen kann. Weder China noch Zentralasien werden dem unprofitabel wirtschaftenden Russland hier zu den Impulsen verhelfen, die der Westen bietet. Eine dringend notwendige Modernisierung seiner Wirtschaft und staatlichen Strukturen wird Russland langfristig nur mit Europa erreichen können. Die Russland-Politik sollte folglich strategisch stärker auf

eine Post-Putin-Phase ausgerichtet sein, in der auf die junge Generation Russlands als Garant für die Zukunft gesetzt wird. Diese ist nicht mehr im sowjetischen System sozialisiert worden, ist vielfach westlich ausgebildet und international vernetzt. Sie wird eines Tages mit der Herausforderung konfrontiert sein, ein marodes Staats- und Wirtschaftssystem in die Zukunft zu führen. Europa sollte auf dieses sich im Veränderungsprozess befindende Russland vorbereitet sein und signalisieren, dass dem Land weiterhin die Tür offen steht.

Die Wiederherstellung eines normalisierten Verhältnisses zwischen Russland und dem Westen wird viel von uns abverlangen und wohl eine ganze Generation beanspruchen

FÜNFTENS: Der Ukraine-Konflikt hat inzwischen alle Bereiche in den Beziehungen zwischen dem Westen und Russland politisiert und beschränkt die Austauschmöglichkeiten bei den wenig problematischen Themen. Das beidseitige Verhältnis war besonders in den vergangenen beiden Jahrzehnten von intensiven gesellschaftlichen Beziehungen geprägt, die vor allem auf einer Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Medien, Sport, Wissenschaft etc. beruhten. Schon jetzt ist auf beiden Seiten, nicht zuletzt durch einen Propagandakrieg befeuert, eine besorgniserregende gesellschaftliche Entfremdung zu beobachten. Gerade in der jetzigen Situation gilt es, den Kontakt zu Russland auf allen möglichen Dialogebenen nicht abbrechen zu lassen. Der Austausch sollte vielmehr verstärkt werden, um einen wachsenden Antagonismus zwischen den Völkern zu verhindern. Eine Neubelebung des europäischen Jugend- und Akademikeraustauschs mit Russland sowie der Ukraine kann helfen, stereotype Denkweisen zu überwinden, und generationenübergreifend Impulse für ein besseres gegenseitiges Verständnis und Verhältnis setzen.

Die Wiederherstellung eines normalisierten Verhältnisses zwischen Russland und dem Westen wird viel von uns abverlangen und wohl eine ganze Generation beanspruchen. Prioritär muss die Lage in der Ostukraine deeskaliert und befriedet werden, um ein weiteres gefährliches nachtwandlerisches Balancieren über dem Abgrund zu vermeiden. Dabei muss ein realistischer und pragmatischer Umgang mit Moskau stattfinden, der auch die Denkweisen der Gegenseite antizipiert. Unser Handeln sollte dabei stets vom Grundsatz geleitet sein, dass eine tragfähige Sicherheitsarchitektur nur mit und nicht ohne Russland gestaltet werden kann. Zugleich aber müssen alle seine Destabilisierungsversuche in Europa eingedämmt werden. Eine Zusammenarbeit mit Moskau, womöglich bei einer gleichzeitigen Demonstration sicherheitspolitischer Entschlossenheit, stellt keinen Widerspruch dar. Ein Prinzip sollte jedoch immer klar sein: Die territoriale Integrität als Garant des Friedens auf dem europäischen Kontinent wird auch künftig nicht verhandelbar sein.

Oliver Rolofs ist Pressesprecher und Leiter Kommunikation der Münchner Sicherheitskonferenz. Er schreibt regelmäßig zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen mit Schwerpunkt Ost- und Südosteuropa sowie Cyber- und Energiesicherheit.

Kopfnoten für Jubilare

Ein Genie der Menschlichkeit, eine unendliche Königin und ein großer Kaiser, eine Fußballgröße und zwei Fürsten mit umstrittenem Glanz – die Jubiläen dieses Monats.

Albert Schweitzer
50. Todestag

Note 1

Der Theologe, Pazifist und Arzt wurde im elsässischen Kaysersberg geboren. Der große Menschenfreund gründete ein Krankenhaus in Lambarene (Gabun) und begründete die moderne Entwicklungshilfe. Doch er war auch ein begnadeter Interpret des Orgelwerks von Johann Sebastian Bach. Er bekam den Friedensnobelpreis und starb vor 50 Jahren.

Königin Elizabeth II.
Eisernes Thronjubiläum

Note 2

In diesem Monat übertrifft die Regentin des Commonwealth ihre legendäre Vorfahrin Queen Victoria. Sie regierte 63 Jahre, sieben Monate und zwei Tage, vom 20. Juni 1837 bis zum 22. Januar 1901. Am 6. Februar 1952 bestieg Elizabeth den englischen Thron, und sie ist weltweit beliebt – wir leben im elisabethanischen Zeitalter.

Helmut Schön
100. Geburtstag

Note 1

Vor genau 100 Jahren wurde Deutschlands bislang erfolgreichster Nationaltrainer in Dresden geboren. Erst Nationalspieler, dann Spielertrainer, ab 1964 Bundestrainer, Gewinner der Europameisterschaft 1972 und der Weltmeisterschaft 1974. Dazu eine Vizeweltmeisterschaft 1966 und der zweite Platz bei der EM 1976. Unerreicht!

Ludwig XIV.
300 Jahre – Tod des „Sonnenkönigs"

Note 5

„L'État, c'est moi!" – Diesen Satz hat Ludwig XIV. nie gesagt, aber so war es: Dieser König ist bis heute der Inbegriff eines absoluten Monarchen; er sorgte für eine kulturelle Blütezeit, doch er ruinierte sein Land finanziell total und führte zahlreiche blutige Kriege. Am 1.September 1715 starb Ludwig XIV. nach über 60 Jahren Regentschaft.

Kaiser Friedrich III.
600. Geburtstag

Note 2

Genau vor 600 Jahren wurde Kaiser Friedrich III. geboren. 1452 wurde er als letzter deutscher Kaiser vom Papst in Rom gekrönt. Seine 53-jährige Herrschaftszeit war die längste im Heiligen Römischen Reich. Friedrich III. führte keine großen Kriege, stattdessen fädelte er die Hochzeit seines Sohnes Maximilian mit Maria von Burgund ein.

Fürst von Metternich
Abschluss der Heiligen Allianz

Note 4

Die Heilige Allianz war die nötige Antwort Europas auf die Kriegsgräuel Napoleons – vor 200 Jahren wurde sie unter Führung von Fürst Metternich geschlossen. Doch so wichtig der Anstoß auch war, bereits drei Jahre später war es ebendiese Allianz, die mit den Karlsbader Beschlüssen die Meinungsfreiheit in Europa quasi abschaffte.

Grüne **Multikulti-Völkerwanderung –** nein danke!

CSU-Generalsekretär **Andreas Scheuer** rezensiert ein Interview der Grünen-Chefin Simone Peter mit der „Augsburger Allgemeinen".

„Da ist es absolut gefährlich, den Ton so zu verschärfen und eine Stimmung zu erzeugen, die den Stammtisch anheizt"

Simone Peter in der „Augsburger Allgemeinen"

Das ist ein ungeheuerlicher Vorwurf von Ihnen. Wir haben alle große Verantwortung. Diesen Zusammenhang herzustellen ist einfach übler Stil. Wenn Sie vor den Problemen die Augen verschließen, dann riskieren Sie ein Implodieren der Gesellschaft.

Kein Thema beschäftigt die Deutschen mehr als die Flüchtlingsfrage. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer hat im Gespräch mit unserer Zeitung ein Gesetz gegen Asylmissbrauch gefordert. Was halten Sie davon?
Peter: Wir erleben derzeit noch eine hohe Akzeptanz in Deutschland. Viele Menschen wollen den Flüchtlingen helfen. Da ist es absolut gefährlich, den Ton so zu verschärfen und eine Stimmung zu erzeugen, die den Stammtisch anheizt, wie die CSU das gerade macht. Mich beunruhigt sehr, dass es zu immer mehr Übergriffen auf Asylbewerberheime kommt. So etwas darf man als Politiker nicht noch befeuern.

Insbesondere Bayern ist hilfsbereit wie keine andere Region in Europa. Zu uns kommen in diesem Sommer wöchentlich Tausende Flüchtlinge. Und die Bayern zeigen Herz und helfen, wo sie nur können.

Die CSU heizt nicht an, sie hört zu. Die Menschen in Deutschland haben berechtigte Sorge, wie es mit dieser großen Flüchtlingsbewegung weitergehen soll. Wir sprechen mit ihnen und haben konkret ein Maßnahmenpaket vorgelegt.

Sie meinen, dass es wegen Äußerungen wie der von Herrn Scheuer zu solchen Angriffen kommt?
Peter: Ich will nicht sagen, dass es einen direkten Zusammenhang gibt. Aber Politik kann Stimmungen verschärfen, die zu solchen Taten führen. Das haben wir schon in den 90er-Jahren erlebt. Deshalb halte ich es für fatal, permanent von Asylmissbrauch zu schwadronieren.

Ihre perfide Polemik kann nicht davon ablenken, dass es sehr wohl Asylmissbrauch gibt. Und den werden wir von der CSU auch so nennen. Schon deswegen, um die wirklich hilfsbedürftigen Kriegsflüchtlinge zu schützen.

Ein großer Teil dieser Anträge wird abgelehnt werden. Vor allem von Asylbewerbern vom Westbalkan. Trotzdem müssen sie zeitintensiv bearbeitet werden. Warum sind Sie dagegen, weitere Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer zu deklarieren, um Asylbewerber schneller wieder dorthin zurückschicken zu können?
Peter: Wir halten es für sinnvoller, den Menschen schon in ihren Heimatländern oder durch eine Rückführungsberatung hier bei uns zu verdeutlichen, dass sie kaum eine Bleibeperspektive haben.

Komisch nur, dass das Ihr grüner Ministerpräsident Kretschmann inzwischen so sieht wie die CSU. Es gibt sichere Herkunftsländer, und die sollten wir auch so benennen. Ansonsten werden Hunderttausende kommen, nur um hier rasch an Sozialleistungen zu gelangen, die andere hart erarbeitet haben.

Fakt ist aber doch, dass Zehntausende nahezu aussichtslose Anträge die Behörden aufhalten und dadurch die Luft fehlt, sich um Flüchtlinge aus Kriegsgebieten wie Syrien zu kümmern, oder?
Peter: Ich bin gegen eine Unterteilung in zwei Klassen von Flüchtlingen. Das Menschenrecht für Asyl muss für alle gelten. Aber eine zügige Bearbeitung der Anträge würde Entlastung schaffen.

Das Asylrecht macht aber genau diese Unterscheidung. Und der gesunde Menschenverstand auch. Wirklich Verfolgte und Geschundene sollten bei uns Obdach bekommen, das ist auch ein christliches Gebot. Aber wir können nicht wahllos alle Millionen aufnehmen, die in Deutschland mehr Geld erwarten als zum Beispiel in den Balkanstaaten. Das würde unser Land überfordern.

Sie rechnen damit, dass in diesem Jahr 500.000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Sehen Sie einen Anlass, Zuwanderung zu begrenzen?
Peter: Ich halte es für falsch, als wirtschaftsstarkes Land in Europa Obergrenzen festzulegen.

Sie plädieren also für eine offene Multi-Kulti-Völkerwanderung. Sie wollen eine radikale Politik der offenen Tür mit Zigmillionen Zuwanderern. Das unterscheidet Grüne von Bürgerlichen grundlegend. Denn wir schauen auf die eigenen Bürger, auf unser Land, auf unsere Kultur. Die ist es wert, dass man sie nicht einfach aufgibt.

→ Bayern und die CSU stehen zur humanitären Verantwortung bei Kriegsflüchtlingen.
→ ABER: Das Asylrecht ist nicht für Leute Wirtschaftsflüchtlinge ohne Bleibeperspektive gemacht.

→ klare Unterscheidung zwischen schutzbedürftigen Kriegsflüchtlingen und bloßen Wirtschaftsflüchtlingen ohne Bleibeperspektive
→ grüne Ideologie trifft auf Realität, d.h. Deutschland kann nicht alleine alle Flüchtlinge, die nach Europa kommen, aufnehmen.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags und Deggendorfer Landrat, Christian Bernreiter, sandte einen Hilferuf an den Ministerpräsidenten.

Dramatisch und ERSCHÖPFT

Die Unterbringungskapazitäten für Flüchtlinge sind beinahe ausgeschöpft, fast überall ist schon ein Notfallplan in Kraft. In Bayern kommen derzeit mehr als 30.000 Asylbewerber pro Monat an, aktuelle Prognosen rechnen mit bis zu 120.000 Asylbewerbern, die 2015 in Bayern untergebracht werden. Die Bundesregierung hat ihre Asylbewerberprognose für dieses Jahr inzwischen stark nach oben korrigiert – bis zu 800.000 Flüchtlinge werden nach Deutschland kommen. Bayern nimmt nach dem festen Verteilungsschlüssel unter den Ländern über 15 Prozent der Flüchtlinge auf. Ein Gespräch mit dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags und Deggendorfer Landrat, **Christian Bernreiter.**

Auf dem CSU-Bezirksparteitag in Essenbach berichtete Ministerpräsident Horst Seehofer über einen Hilferuf von Ihnen mit den Worten: „Eine SMS von Christian Bernreiter bedeutet immer SOS.“ Was haben Sie ihm in so kurzen Worten mitgeteilt?
Im Juni und Juli waren die Zugangszahlen dramatisch, das hat sich auch im August nicht geändert. Da gab es an Spitzentagen mehr als 1.000 aufgegriffene Neuankömmlinge pro Tag. Allein in der Erstaufnahmeeinrichtung Deggendorf kamen mehr als 500 Asylbewerber an einem Tag an. Das war für alle Beteiligten, Kommunen, Regierung von Niederbayern, Helfer, Polizei und weitere Behörden, fast nicht mehr zu bewältigen. Zwar werden viele Asylbewerber in ganz Deutschland verteilt, aber allein in Niederbayern bleiben davon täglich mindestens 40, die wir aufnehmen müssen. Unsere Unterbringungskapazitäten sind schon jetzt beinahe ausgeschöpft, fast überall ist bereits der Notfallplan in Kraft. Daher mein Hilferuf an den Ministerpräsidenten. Wir Landräte jammern nicht grundlos, aber wir befinden uns dicht vor dem Abgrund. Wenn wir um Hilfe rufen, dann ist es mindestens fünf vor zwölf.

Es ist aber doch anzunehmen, dass der Flüchtlingsansturm noch Jahre anhält, wenn nicht Jahrzehnte. Wie soll das denn überhaupt funktionieren, sagen wir schon in ein, zwei Jahren?
Weitere Notunterkünfte zu aktivieren ist heute schon fast unmöglich. Die Turnhallen müssen doch vor Schulbeginn wieder leer sein. Aber wir brauchen jede Woche neue Notunterkünfte. Planung und Bau einer entsprechenden Zahl neuer Unterkünfte würden zu lange dauern. Abgesehen davon kostet es viel Geld und stößt auf immer mehr Widerstand in den Kommunen und bei den Bürgern. Es gestaltet sich auch immer schwieriger, eine faire Lastenverteilung unter den Gemeinden zu organisieren. Die Aufnahmeeinrichtung in Deggendorf ist für 500 Asylbewerber ausgelegt, aber derzeit für 2.180 Menschen zuständig, auch wenn die nicht alle in Deggendorf untergebracht sind. Wenn das so weitergeht, fährt nicht nur das ganze System an die Wand, sondern wir verlieren auch immer mehr die Akzeptanz der Bevölkerung.

Jetzt werden also Turnhallen belegt. Werden diese wirklich wieder rechtzeitig zum Schulbeginn frei?
Ich habe zugesichert, die derzeit belegten Turnhallen bis zum Schulanfang wieder frei zu machen. Das will ich auch einhalten.

Sind dann Traglufthallen wie die zwei bei Ihnen im Landkreis in Metten und Hengersberg geplanten vorerst die Lösung? In Metten kommt sie sogar in ein Überschwemmungsgebiet.
Auch das können nur vorübergehende Lösungen sein. Bei einem bedrohlichen Hochwasser kann eine Traglufthalle wie die in Metten zudem innerhalb eines Tages abgebaut werden.

Und wo sollen die anerkannten Flüchtlinge in ein, zwei Jahren wohnen, wenn in einigen Großstädten schon jetzt für die Einheimischen Wohnungen fehlen?
Das ist zweifellos ein großes Problem. Wir müssen schnellstens neue Wohnungen in allen Regionen Bayerns bauen, sonst bleiben die anerkannten Flüchtlinge in den Asyleinrichtungen und blockieren den Platz für die Neuankömmlinge. Wir haben in Niederbayern derzeit mehr als 1.000 solcher „Fehlbeleger“. Für den Wohnungsbau brauchen wir die Unterstützung vom Freistaat und insbesondere vom Bund. Der Bund muss viel mehr Geld für Wohnungsbauprogramme einsetzen! Bayern hat das bereits angekündigt.

> „Wenn das so weitergeht, fährt nicht nur das ganze System an die Wand, sondern wir verlieren auch immer mehr die Akzeptanz der Bevölkerung.

Aus Ihren Gesprächen mit Bürgern, Helfern, Behörden: Sehen Sie einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung?
Ja, es ist ein allmählicher Stimmungsumschwung erkennbar. Die Akzeptanz der Bevölkerung, Flüchtlinge aufzunehmen, schwindet merklich. Besonders die belegten Sporthallen werden kritisch aufgenommen. Wenn das für ein paar Wochen in den Sommerferien ist, trägt das die

Schutz und Sicherheit
für
Ihre Altersvorsorge

NÜRNBERGER
VERSICHERUNGSGRUPPE
seit 1884

Telefon 0911 531-5
info@nuernberger.de, www.nuernberger.de

Deggendorfs Oberbürgermeister Christian Moser, Regierungspräsident von Niederbayern Heinz Grunwald und Landrat Christian Bernreiter.

breite Mehrheit unserer Bevölkerung mit. Aber wenn wir das nicht schaffen sollten, trifft es erst die Schulkinder und abends dann die Vereinssportler. Dann wird es kritisch. Aber auch wenn kommunale Leistungen gekürzt oder fast nur noch für Asylbewerber eingesetzt werden müssen, wird das negativ gesehen. Beispiel die Jugendhilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Zurzeit müssen in besonders belasteten Kommunen bereits andere wichtige Aufgaben des Amtes für Jugend und Familie unerledigt bleiben.

Was kostet ein Asylbewerber die Landratsämter, was ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling und was ein anerkannter Flüchtling?
Zunächst einmal: Die Landratsämter sind zuständig für Unterkunft, Gesundheitsversorgung, Verpflegung und Taschengeld. Das große Glück in Bayern ist, dass die Landkreise fast alle Kosten vom Freistaat ersetzt bekommen. Das ist eine große Leistung! Das gibt es in anderen Bundesländern nicht, dort sind die Kreise viel stärker belastet. Nehmen Sie Baden-Württemberg: Dort kriegen die Kreise 13.600 Euro pro Kopf für 18 Monate, das ist natürlich viel zu wenig. Auch wir bekommen aber nicht jede Verwaltungskraft ersetzt, die wir für den Zustrom der Asylbewerber einsetzen müssen.

Was bedeutet es konkret, wenn die Landratsämter „für Unterkunft und Versorgung" sorgen müssen?
Es gilt, Unterkünfte im Auftrag des Freistaates Bayern zu finden und anzumieten, dazu Essen, Reinigung, Wäscherei, Verwaltungspersonal und gegebenenfalls auch ein Sicherheitsdienst. Obendrauf die Gesundheitsversorgung. Da gehen die Asylbewerber ganz normal zum Arzt oder ins Krankenhaus. Wir prüfen die Rechnungen anschließend bei den Gemeinschaftsunterkünften und in der „dezentralen Unterbringung" und zahlen das dann im Auftrag des Freistaates als staatliche Aufgabe.

Aber noch mal: Was kosten die Asylbewerber nun im Einzelnen?
Ohne Krankheitskosten sind das 1.200 bis 1.500 Euro pro Asylbewerber pro Monat. Bei den unbegleiteten Minderjährigen betragen allein die Heimkosten schnell mal bis zu 5.000 Euro pro Monat, das sind im Jahr rund 60.000 Euro. Ein anerkannter Flüchtling ohne Arbeit erhält Leistungen wie ein Hartz-IV-Bezieher, das zahlt dann der Bund. Nur deren Unterkünfte zahlen die Kommunen, das hängt dann also von der jeweiligen Miete ab.

Würde es Ihrer Ansicht nach helfen, wenn verstärkt wieder alle Geld- durch Sachleistungen ersetzt würden?
In Deggendorf gibt es wie in allen Erstaufnahmeeinrichtungen nur Sachleistungen – abgesehen vom Taschengeld.

Und die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge und jungen Erwachsenen?
Die aktuellen Regelungen zum Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und junge Erwachsene sind in der Tat ein Problem. Hier übernehmen die Landratsämter keine Aufgabe des Freistaates, sondern es ist originär eine kommunale Aufgabe. Und hier wird der Freistaat erst ab 1. Januar die Kosten übernehmen. 2014 haben die bayerischen Bezirke für die Unterbringung dieser Flüchtlinge 51 Millionen Euro aufgewendet, von denen der Freistaat bisher nur 3,7 Millionen Euro übernommen hat. Der Rest wird über die Bezirksumlage finanziert, trifft also die Kommunen und Landkreise. Ab dem 1. Januar werden diese Minderjährigen endlich auch bundesweit verteilt. Das ist aber viel zu spät. Bis dahin halten wir nicht mehr durch! Zum Glück werden sie mittlerweile schon innerhalb Bayerns verteilt, sonst müssten die Landratsämter in Passau oder Rosenheim längst kapitulieren. Um das mit Zahlen deutlich zu machen: In Deutschland haben wir rund 20.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, und davon halten sich aktuell 9.200 in Bayern auf. Was für ein Missverhältnis! Zur Betreuung der Flüchtlinge brauchen wir außerdem Fachkräfte, laut Jugendhilfegesetz Sozialpädagogen oder allenfalls Erzieher, und der Markt für diese ist leergefegt. Und Gymnasiallehrer und Realschullehrer können höchstens als Hilfskräfte eingesetzt werden. Die derzeitigen gesetzlichen Standards müssen deshalb der Realität angepasst werden. Die unbegleiteten Jugendlichen müssen aus dem Jugendhilferecht herausgenommen werden. Das ist aber ein Bundesgesetz, und für eine Änderung braucht man Mehrheiten.

Eine Kritik an den rot-grün regierten Ländern und ihren Bundespolitikern?
Offensichtlich sind besonders die Bundespolitiker weit weg von der Realität. Regierende Landespolitiker jeder Couleur sehen das meist schon anders, Kommunalpolitiker sowieso.

Und wieder ein Blick in die Zukunft: Wer soll das alles in ein, zwei Jahren zahlen, wenn es so weitergeht?
Auch ein reiches Bundesland wie Bayern wird irgendwann seinen finanziellen Spielraum ausgereizt haben. In anderen, weniger wirtschaftsstarken Bundesländern wird sich das sicher negativ auf die ab 2019 geltende Einhaltung der Schuldenbremse auswirken.

Wie sehen Sie die Pläne der bayerischen Staatsregierung, die Zuwanderer vom Westbalkan in zentralen Aufnahmezentren zusammenzufassen und bei Ablehnung des Asylantrags schnellstmöglich abzuschieben? Schließlich liegt die Anerkennungsquote für diese Länder deutlich unter einem Prozent.
Das ist vermutlich die einzige Chance, um unser Aufnahmesystem zu entlasten. An der konsequenten Abschiebung von Asylbewerbern ohne Bleiberecht führt kein Weg vorbei. Zwei Drittel der 2014 bei uns angekommenen 300.000 Asylbewerber hatten kein Bleiberecht. Also hätten doch eigentlich bis zu 200.000 Menschen wieder in ihre Heimat zurückkehren müssen, oder? Tatsächlich waren es nur 10.800. So geht es doch nicht weiter! Es ist zwingend notwendig, rechtsstaatlich zu handeln. Wenn wir den wirklich Verfolgten helfen wollen, denen, die um Leib und Leben fürchten, dann müssen wir entsprechend handeln!

In Manching ist schon eine Einrichtung gefunden, nahe Passau ist eine zweite im Gespräch. Wann hoffen Sie auf eine Entlastung?
Das muss jetzt schnell gehen! Es muss noch vor dem Winter funktionieren und Wirkung zeigen.

Was muss jetzt noch getan werden?
Kurzgesagt: alles, um die Zugangszahlen zu reduzieren. Die geplanten Maßnahmen der Staatsregierung zeigen dabei in die richtige Richtung. Asylbewerber müssen unterschieden werden in diejenigen mit Schutzbedarf und die ohne Bleiberecht. Aber auch der Bund und die EU müssen tätig werden. Die Asylgesetzgebung ist schließlich Bundesrecht, und ich habe das Gefühl, in Berlin hat man immer noch nicht den Ernst der Lage erkannt.

Wenn es ums Geld geht, fordern alle EU-Staaten lautstark Solidarität von Deutschland ein. Geht es um die Verteilung von Flüchtlingen, scheint das Wort Solidarität in den meisten EU-Staaten zum Unwort des Jahres zu mutieren.
Ja, das stimmt. In Bayern kommen derzeit mehr als 30.000 Asylbewerber pro Monat an, und die EU kann sich nicht mal auf die Verteilung von 40.000 in ganz Europa einigen! Diese Zahlen sagen alles. Um den europäischen Gedanken zu verwirklichen, muss da mehr kommen. ■

Autor: Andreas von Delhaes-Guenther
Fotos: Peter Kallus

> **Es ist zwingend notwendig, rechtsstaatlich zu handeln. Wenn wir den wirklich Verfolgten helfen wollen, müssen wir entsprechend handeln**

Positions-Check
GRÜNE GENTECHNIK

Die bayerische Sicht

ZUM HINTERGRUND

25 Jahre ist es her, dass im ersten deutschen Freilandversuch 1990 in Köln 60.000 gentechnisch veränderte Petunien angepflanzt wurden. Seit 2013 werden in Deutschland keine Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen mehr durchgeführt, in Bayern bereits seit 2009. Zwar existiert nach 25 Jahren intensiver Forschung ein weitgehender wissenschaftlicher Konsens darüber, dass die Anwendungen der Grünen Gentechnik nicht mit höheren Risiken verbunden sind als konventionelle Verfahren der Pflanzenzüchtung – bisher jedenfalls. Dennoch wächst der Widerstand: Nach einer Umfrage des Bundesamts für Naturschutz lehnen 84 Prozent der Bürger hierzulande den Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) ab. Die weltweite Anbaufläche für gentechnisch veränderte Pflanzen ist auf mehr als 180 Millionen Hektar angestiegen, hauptsächlich Soja, Mais und Raps. Innerhalb der EU wächst nur in Spanien auf rund 100.000 Hektar Genmais, und es gibt kleinere Felder in Portugal, Tschechien, Slowakei und Rumänien. Andere Staaten lehnen Grüne Gentechnik ab, darunter auch Deutschland.

Neben der Grünen Gentechnik gibt es auch die Rote (Medizin), die Weiße (Mikroorganismen in der industriellen Produktion), die Blaue (Anwendungen auf Lebewesen des Meeres wie Tiefseebakterien) und die Graue Gentechnik (Abfallwirtschaft), die in der Gesellschaft akzeptiert sind.

> „Die CSU hat sich auf allen Ebenen für ein nationales Anbauverbot von Gentechnikpflanzen eingesetzt. Mit dem Vorschlag der Opt-out-Regelung konnten nicht nur der Bundesrat und die Bundesregierung, sondern auch die Vertreter der EU und der Mitgliedsstaaten überzeugt werden. Ohne uns würde es kein nationales Anbauverbot für Gentechnikpflanzen geben. Wir haben Wort gehalten.“
>
> CSU-Generalsekretär **Andreas Scheuer**

DIE POSITION

Bereits 2009 hatte die CSU auf europäischer Ebene erfolgreich ein Gesetz eingefordert, das den Mitgliedsstaaten ein Selbstbestimmungsrecht beim Anbau von GVO gibt. Nach langem Tauziehen haben sich 2015 das Europäische Parlament, die Kommission und die Mitgliedsstaaten auf neue Regeln zum Gentechnikanbau geeinigt. Diese entsprechen einem

von Union und SPD getragenen Bundestagsbeschluss vom 20. Mai 2014 und damit den Forderungen der CSU. Wie bisher soll die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA die Sicherheit der neuen Genpflanzen prüfen, für die die Unternehmen in jedem Einzelfall eine EU-Zulassung beantragen müssen. Zugelassen durfte die Pflanze früher EU-weit angebaut werden. Anbauverbote waren nur auf eine juristisch schwache Ausnahmeregel gestützt. Wie von der CSU schon lange gefordert, können die EU-Mitglieder in Zukunft selbst entscheiden, ob sie den Anbau von gentechnisch veränderten Organismen erlauben oder nicht (Opt-out).

Künftig können Unternehmen eine Region bereits im Zulassungsverfahren aus einer Beantragung herausnehmen. Tun sie dies nicht, haben die Mitgliedsstaaten die Gelegenheit, den Anbau etwa aus sozioökonomischen Gründen oder aufgrund von agrarpolitischen Zielen zu untersagen. Nicht nur neue Forschungserkenntnisse sind also ausreichend für ein Verbot, es reicht schon ein Verweis auf die „öffentliche Ordnung“ – eine Umschreibung für Widerstand in der Bevölkerung. Zusätzlich müssen Länder, die den Anbau von Gentechnikpflanzen zulassen, deren Übergreifen auf angrenzende Gebiete durch Mindestabstände und andere Hürden verhindern. In Deutschland gelten diese schon: 150 Meter zu einem Feld mit konventioneller Landwirtschaft, 300 Meter zu Ökolandbauflächen.

DIE NÄCHSTEN SCHRITTE

Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) hat nun den deutschen Gesetzentwurf vorgelegt, der aus Gründen der Rechtssicherheit die Bundesländer entscheiden lassen will, ob sie gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen oder nicht. Die Maßnahme greife schließlich in Grundrechte wie den Schutz des Eigentums und die Freiheit der Berufsausübung ein, argumentiert Schmidt.

Von alldem unberührt bleiben auch nach dem Willen der CSU Gentechnik-Forschungsvorhaben. Die Rahmenbedingungen für eine wirkungsvolle und unabhängige GVO-Forschung sollen auch weiter in Deutschland gewährleistet bleiben, um eine eigene Chancen- und Risikobewertung leisten zu können. Niemand kann nämlich heute schon sagen, welcher Nutzen vielleicht in fünf oder zehn Jahren aus dieser Technologie gezogen werden könnte – oder welcher Schaden.

Parallel setzt sich die Bundesregierung auch für eine europaweit einheitliche Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren ein, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert wurden. ■

Autor: Andreas v. Delhaes-Guenther

Und immer wieder BERLINER LUFT ...

Rund 600 Kilometer trennen die zwei Welten, die das politische Leben von Gerda Hasselfeldt bestimmen. Hier Dachau und Fürstenfeldbruck, Wahlkreis und erste politische Basis, da Berlin, zweite politische Heimat. Auch im Sommer, wenn alle verreisen.

Hier, nordwestlich von München, ist Gerda Hasselfeldt direkt gewählte Abgeordnete für den Bundestag, und das schon zum siebten Mal hintereinander. Dort ist sie Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, die Statthalterin der CSU in Berlin, sitzt am Schreibtisch von Franz Josef Strauß und vertritt die Interessen der CSU in der Berliner Koalition.

„Wahlkreis und Hauptstadt, das sind zwei Seiten derselben Medaille. Jeder Kollege, der als direkt gewählter Abgeordneter einen Wahlkreis im Bundestag vertritt, kennt diesen Spagat“, schildert Hasselfeldt. „Beides unter einen Hut zu bekommen, dem Wahlkreis wie den bundespolitischen Angelegenheiten gerecht zu werden, ist der große Reiz dieses Berufs. Es ist aber auch stetige Herausforderung.“ Eine Herausforderung, die Hasselfeldt seit nunmehr fast 30 Jahren gern annimmt. Die gebürtige Niederbayerin ist seit 1987 Mitglied des Deutschen Bundestags und hat es als erste Frau an die Spitze der CSU-Landesgruppe in Berlin geschafft. Nur zwei Hände voll Abgeordneter gehören dem Bundestag ähnlich lange an. Sie ist eine der einflussreichen Strippenzieherinnen der Partei. Als Landesgruppenvorsitzende sei sie eine Art reitende Botin, die für die CSU verhandelt und die hauptstädtische Perspektive nach Bayern vermittelt, schrieb eine Zeitung vor einiger Zeit. Sie übermittle nach Berlin, was die CSU fordere. Und sie kommuniziere Richtung München, wozu der Rest der Koalition wohl bereit wäre. Hasselfeldt findet diese Jobbeschreibung durchaus passend. Nur reiten tue sie nicht zwischen Berlin und München, merkt sie lachend an. Stattdessen pendelt die 65-Jährige fliegend zwischen der Bundeshauptstadt und der Isar-Metropole. „In Sitzungswochen bin ich meist von sonntags bis freitags in Berlin, in sitzungsfreien Wochen und auch in der sitzungsfreien Zeit im Sommer bin ich überwiegend im Wahlkreis und in Bayern unterwegs und fliege meist nur für zwei oder drei Tage nach Berlin rund um die Kabinettsbesprechung am Mittwoch“, berichtet Hasselfeldt. Dazu kommen natürlich immer wieder auch kurzfristige Termine, die Anwesenheit in Berlin erfordern. Dort bestimmen Besprechungen mit Koalitionspartnern, Bundeskanzlerin, Landesgruppe, Akten, Besuchergruppen, Medientermine und Plenarreden den Alltag. Im Wahlkreis liegt Hasselfeldt der Kontakt zu den Menschen sehr am Herzen. „Wenn man die Woche über heftig, zum Beispiel um die Reform der Erbschaftsteuer oder weitere Hilfen für Griechenland, gerungen hat, freue ich mich immer sehr auf die Begegnungen im Wahlkreis. Dort erfährt man hautnah, für wen wir das in Berlin eigentlich alles machen“, beschreibt Hasselfeldt. Das Beste für die Menschen im Land zu erreichen, das sei der Antrieb für ihr politisches Engagement.

Die Wurzeln dieses Engagements liegen im elterlichen Wirtshaus in ihrer niederbayerischen Heimat. Schon Vater Alois war Mitglied des Deutschen Bundestags. Als die heimische Junge Union Ende der 1960er-Jahre mangels Vorsitzenden zu zerbrechen drohte, übernahm Gerda Hasselfeldt als damals 18-Jährige kurzerhand das Ruder. Das war der Beginn ihrer politischen Arbeit. Von da an ging es stetig aufwärts: Auf das kommunalpolitische Engagement folgte 1987 der Einzug in den Bundestag. Bereits zwei Jahre später berief Helmut Kohl die studierte Volkswirtin Hasselfeldt in sein Kabinett, erst als Bauministerin, später als Gesundheitsministerin. Es folgten Jahre in führenden Positionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bevor Hasselfeldt von 2005 bis 2011 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags war. Seit 2011 ist sie nun Vorsitzende der CSU-Landesgruppe. Ein Amt, das sie nicht angestrebt hat, wie sie sagt, das sie aber mit großer Leidenschaft und viel Einsatz ausübt und das sie selbst als „das schönste Amt in meinem politischen Leben“ bezeichnet. ■

„... Ich freue mich immer sehr auf die Begegnungen im Wahlkreis. Dort erfährt man hautnah, für wen wir das in Berlin eigentlich alles machen“

Im Wahlkreis in Fürstenfeldbruck.

An diesem Schreibtisch saß einst auch Franz Josef Strauß.

Mit Austauschschülern im Kloster Andechs.

Rede und Antwort im „ARD-Morgenmagazin“.

Der CHEF der Wiesn

Josef Schmid, der Zweite Bürgermeister Münchens, leitet das Referat für Arbeit und Wirtschaft und ist in dieser Funktion Festleiter des Oktoberfests.

Josef Schmid im Münchner Rathaus

Das 182. Oktoberfest startet am 19.September. In den 16 Tagen, die das berühmteste Volksfest der Welt dauert, kommen etwa sechs Millionen Besucher auf die Münchner Theresienwiese. Es finden dort in der Zeit 12.000 Menschen Arbeit, und eine Wirtschaftskraft von etwa einer Milliarde Euro wird in die Stadt gespült. Doch der Münchner Wirtschaftsreferent verantwortet nicht nur das Bierfest. Über das vermutlich interessanteste Amt der ganzen Stadt sprach mit ihm Andreas von Delhaes-Guenther.

Die Preise einer Wiesnmaß liegen heuer erstmals über 10 Euro. Überhöhte Bierpreise haben in Bayern schon etliche Revolutionen der in dieser Hinsicht anarchisch veranlagten Bayern ausgelöst. Haben Sie keine Angst, als Wiesnreferent und Teil der städtischen Ordnung von einem solchen Aufstand hinweggefegt zu werden?

Josef Schmid: *(Lacht)* Die Preise legen ja bekanntlich nicht die Stadt, sondern allein die Wiesnwirte fest. Die Stadt kann nur bei einer völligen Überhöhung der Preise einschreiten. Daher würden eher die Wirte von einer Revolution hinweggespült. Die Chancen stehen aber ganz gut, dass die Gäste des Oktoberfests das gute Münchner Bier eher in sich hineinspülen werden, als andere hinwegzuspülen. Es wäre nicht die erste Revolution, die hierzulande der Gemütlichkeit zum Opfer fiele. Das ist auch gut so, die Geschichte lehrt uns ja, dass Revolutionen selten glimpflich ausgehen.

Was erwartet uns sonst Neues auf der diesjährigen Wiesn?

Eventuell erleben wir heuer die Novität, dass Dieter Reiter beim Anzapfen der ersten Maß nicht fluchen wird. Auf jeden Fall neu ist, dass es für die Münchnerinnen und Münchner an den Samstagen, Sonn- und Feiertagen eine Reservierungsmöglichkeit zwischen 12 und 15 Uhr geben wird – und zwar ohne Mindestverzehr. Wir wollen dieses Jahr mal ausprobieren, ob und wie stark dieses Angebot angenommen wird. Ich finde es toll, dass sich die Wirte an diesem freiwilligen „Einheimischen-Modell“ beteiligen. Natürlich gibt es darüber hinaus auch dieses Jahr wieder viele neue Attraktionen auf der Wiesn. Beispielsweise die Konga-XXL-Mega-Schaukel, die weltweit höchste und schnellste ihrer Art. Oder das „Daemonium“, die weltweit größte mobile Geisterbahn. Dort lässt sich’s mindestens genauso gut gruseln wie in den vergangenen Jahren mit Rot-Grün. Für alle, die es etwas familiärer, trachtiger und traditioneller mögen, ist die „Oide Wiesn“ genau das Richtige. Die pausiert nächstes Jahr wegen des zentralen Landwirtschaftsfests, also sollte man sich heuer die Chance eines Besuchs nicht entgehen lassen.

Wo ist Ihr Lieblingsplatz auf dem Oktoberfest?

Mein Lieblingsplatz ist am Fuß der Bavaria, wenn rund tausend Vorschulkinder mit glänzenden Augen anlässlich des Familien-

Am 22. September 2014 posierten 1.000 Vorschulkinder auf den Stufen der Bavaria mit Josef Schmid und dem Stadtschulrat .

tages auf den Stufen sitzen. Die Aktion hat die Landeshauptstadt auf Initiative von Vera Rattenhuber, der Leiterin des Hortes Fröttmaning, ins Leben gerufen. Langjährige Partner und Sponsoren der Aktion sind die Schausteller und Marktkaufleute des Oktoberfests sowie die kleinen und großen Wiesnwirte. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bedanken.

Wie oft wird man Sie selbst auf der Wiesn sehen?
Ich bin regelmäßig täglich auf der Wiesn – sowohl in meinem Büro im Servicezentrum Theresienwiese als auch zu Fuß auf dem Festgelände unterwegs.

Was macht eigentlich der Wiesnreferent vor und während der Wiesn?
Die Wiesn beschränkt sich ja nicht nur auf die 16 Tage, sondern ist ein ganzjähriges Thema. Da sind zum Beispiel die Ausschreibung vorzubereiten, Beschlussvorlagen für den Stadtrat über Bewertungskriterien oder Zulassungen zu fertigen, Abschlussberichte in Zusammenarbeit mit anderen Behörden zu erstellen, der interfraktionelle Arbeitskreis durchzuführen, Gespräche mit Schaustellern, Wirten und anderen städtischen und staatlichen Dienststellen zu führen, die Sicherheitskonzepte fortzuschreiben und vieles mehr. Auch die Vorbereitung von Presseterminen gehört dazu. Während der Wiesn gibt es eine tägliche Lagebesprechung, bei der alle Informationen – vom Wetterdienst bis hin zu Sicherheitsthemen – zusammengeführt werden. Im Übrigen gibt es zahlreiche Pressetermine, es gibt Delegationen aus Brasilien oder China, die begrüßt werden wollen, Carabinieri aus Italien oder Polizeikräfte aus Frankreich. Auch Wohltätigkeitstermine kommen hinzu oder das Dirigieren des großen Standkonzerts.

Der Wiesnchef Josef Schmid dirigiert auf dem Oktoberfest 2014 beim traditionellen Standkonzert der Oktoberfest-Kapellen.

Sie sind jetzt über ein Jahr im Amt. Wie läuft die Zusammenarbeit mit der SPD?
Es war ja nicht unbedingt eine Liebesheirat, sondern eher eine Zweckehe. Die Fraktionen arbeiten aber inhaltlich gut zusammen. Das anfängliche Fremdeln wird – so habe ich zumindest den Eindruck – immer mehr überwunden. Auch die Zusammenarbeit zwischen mir und dem OB klappt gut. Wir haben es allerdings immer noch nicht geschafft, uns mal auf ein gemeinsames Bier zu treffen. Aber bis 2020 ist ja noch eine Weile hin, da wird sich schon noch die eine oder andere Gelegenheit ergeben.

Können Sie uns einen Überblick über Ihr Amt geben?
Wiesnchef zu sein ist nur ein kleiner Teil meines Aufgabenspektrums als Referent. Ich fand es wichtig, dieses Referat für Arbeit und Wirtschaft, das sich um die erfolgreiche Münchner Wirtschaft kümmert, selbst zu führen. Denn eine erfolgreiche Wirtschaft begründet den Wohlstand unserer Stadt. Hauptsächlich geht es mir darum, eine moderne, innovative und sozial ausbalancierte Wirtschaftspolitik für München auf den Weg zu bringen. Das reicht von der Start-up-Förderung bis hin zur Etablierung eines dritten Arbeitsmarkts für Langzeitarbeitslose.

Die CSU gilt mittlerweile als Motor der Großen Koalition. Was haben Sie in der unter Rot-Grün erstarrten Stadt alles bewegen können?
In den ersten zwölf Monaten meiner Amtszeit war es mir und der CSU-Fraktion in der Tat wichtig, erst einmal den Investitionsstau, der unter Rot-Grün entstanden ist, aufzulösen. Das Programm zur Sanierung der Münchner Schulen, die Wohnungsbauoffensive und der endlich erfolgte Startschuss für den U-Bahn-Ausbau tragen ganz klar unsere Handschrift. Die Einwohnerzahl Münchens wird in den nächsten 20 Jahren rapide wachsen. Auf diese Entwicklung müssen wir unter anderem mit einem massiven Ausbau der Infrastruktur reagieren. Ich bin froh, dass uns das Wahlergebnis vom vorigen Jahr die Möglichkeit gegeben hat, bei diesen Entwicklungen nun Taktgeber und Innovationsmotor zu sein. Ich finde übrigens, dass München auch im kulturellen Bereich in der jüngeren Vergangenheit ziemlich erstarrt ist. Als Kulturbürgermeister, der ich ja auch bin, versuche ich, auch auf diesem Feld neue Wege zu gehen. Wichtig ist mir dabei, dass Kultur in München nicht nur Hochkultur bedeutet. So setze ich mich auch für Street-Art, bezahlbare Proberäume und Atelierräume oder die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft ein. München steht mit Städten wie Berlin im Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Auch in diesem Zusammenhang tut neues Denken unserer Stadt sehr gut.

Wo soll der neue Münchner Kultursaal Ihrer Ansicht nach hin? Welcher der vier Standorte ist Ihr Favorit?
Ich habe mich ja schon vor einiger Zeit für einen Konzertsaal auf dem Gelände des Olympiaparks ausgesprochen. Dort, wo jetzt noch die Eishalle steht. Diese soll durch eine neue Eissporthalle am Standort des ehemaligen Radstadions beziehungsweise der Event-Arena ersetzt werden. Ich halte jedoch auch den Standort auf dem ehemaligen Pfanni-Gelände am Ostbahnhof für sehr geeignet.

Die Wiesn in Zahlen

Die Theresienwiese ist **42 Hektar** groß, alle vier Jahre gibt es eine „kleine Wiesn". Dann findet auf dem Gelände auch das Bayerische Zentral-Landwirtschaftsfest statt; das nächste 2016.
In den Festhallen gibt es **119.000 Sitzplätze.**

Im vergangenen Jahr kamen **6,3 Millionen Menschen** zum Oktoberfest. Es wurden **7,7 Millionen Maß Bier** ausgeschenkt, **509.420 Hendl** verzehrt und **112 Ochsen** gebraten.

Im Jahr 2015 liegt der Bierpreis zwischen **10,00 und 10,40 Euro.**

Die überwiegende Mehrheit der Besucher, nämlich **72 Prozent, kommt aus Bayern. 60 Prozent** der Besucher stammen aus München, **12 Prozent aus dem übrigen Bayern. 9 Prozent** der Wiesngäste reisen aus den **übrigen deutschen Bundesländern** an. Die restlichen **19 Prozent** der Festgäste kommen aus dem **Ausland.** Von diesen ausländischen Gästen sind **17 Prozent aus Italien, 14 aus den USA, 12 aus England, 11 aus Australien, 9 aus Österreich, 7 aus der Schweiz, 4 aus Frankreich, 3 aus Kanada sowie jeweils 2 aus Irland und Neuseeland.**

Erst kürzlich wurde der dritte Tunnel am Mittleren Ring, dieses Mal am Luise-Kiesselbach-Platz, eröffnet. Diese drei Tunnels hat die CSU mit durchgesetzt in einem Bürgerentscheid. Und wieder hat ein SPD-OB das Band zur Eröffnung durchgeschnitten, aus der Partei, die so entschieden gegen die Tunnels gekämpft hat. Viele werden deshalb wieder denken, es sei sein Verdienst und das der SPD. Stört Sie das eigentlich? Wenigstens ein bisschen?
(Lacht) Nein, ich bin da ganz gelassen. Die Bürger wissen schon, wie stark diese drei Tunnels mit der CSU verbunden sind. Jeder muss für sich selbst entscheiden, inwieweit er sich mit fremden Federn schmücken will. Ich persönlich schaue auch mehr nach vorn als zurück. In diesem Sinne mache ich in der Koalition jetzt Druck, die weiteren Untertunnelungen – zum Beispiel an der Landshuter Allee – anzugehen. Es ist in einer stark wachsenden Stadt wie München ein gutes Rezept, Verkehr unter die Erde zu legen. Das macht stadtplanerisch und ökologisch sehr viel Sinn. Sie sehen: Wir arbeiten mit Hochdruck daran, Zukunftskonzepte für München zu entwickeln. Es gibt für mich keine schönere Aufgabe. ■

> „Wiesnchef zu sein ist nur ein kleiner Teil meines Aufgabenspektrums als Referent

Der Sommer in BAYREUTH

Auch dieses Jahr trafen sich Festspielfreunde in Bayreuth auf dem roten Teppich. Das Who's who der deutschen Politik war dabei – und natürlich viele Wagner-Begeisterte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf dem Weg zum Festspielhaus.

Worum es bei der Premiere ging? Das berichtet Bayreuther-Festspiele-Kennerin Monika Beer.

Mit ihrer „Tristan"-Neuinszenierung versucht Katharina Wagner, es allen recht zu machen. Die im Vorfeld von etlichen Medien als regieliche Meisterprüfung ausgerufene „Tristan"-Inszenierung wurde mehrheitlich wohlwollend aufgenommen. Als ob die lange Vorbereitungszeit von acht Jahren auch ein entsprechend intensives Ergebnis gezeitigt hätte, wovon aber leider nicht die Rede sein kann. Denn erstens scheitert die Regisseurin darin, allen Figuren der Handlung ein schlüssiges und die Zuschauer berührendes Profil zu geben: Dass ein Bühnentier

Bayerns Ministerpräsident **Horst Seehofer** und seine Frau **Karin.**

Der ehemalige Vorsitzende der CSU, **Erwin Huber,** und seine Frau **Helma.**

Ex-Ministerpräsident **Günther Beckstein** und Frau **Marga** auf dem Balkon des Festspielhauses.

Finanzminister **Markus Söder** und seine Frau **Karin** beim Selfie.

Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft **Christian Schmidt** mit **Tochter Kyra.**

Umweltministerin **Ulrike Scharf** mit Begleitung.

Kultusminister **Ludwig Spaenle** und seine Ehefrau **Miriam** auf dem roten Teppich in Bayreuth.

wie Evelyn Herlitzius schauspielerisch eine packende Isolde abgeben würde, war von vornherein klar, hat aber handwerklich kaum etwas mit der Personenführung zu tun. Was sich unschwer an dem eher bräsig wirkenden Tristan von Stephen Gould ablesen lässt. Erst recht an Georg Zeppenfeld als König Marke, den die Widersprüche zwischen dem, was er zu singen und zu spielen hat, eigentlich zerreißen müssten.

Zweitens setzt Katharina Wagner eher halbherzig ein papierenes, die Gegebenheiten der Oper umstülpendes Konzept um, das nur behauptet und nichts beglaubigt. Es reicht eben nicht, dass Tristan und Isolde im Treppenlabyrinth des ersten Akts aufeinander zurasen, in der Folterkammer des zweiten Akts unter Suchscheinwerfern ihr Liebesnest mit Leuchtsternen behängen und später Selbstmord in einem Theaterblut spendenden Fahrradständer begehen wollen. Wozu dann noch der dritten Akt? Damit Tristan in seinem Fieber- oder Sterbewahn in magischen Dreiecken immer wieder surreale Isolden sieht? Damit, weil das so noch keiner gemacht hat, Marke als Bösewicht in Senfgelb und wie ein Mafioso mit Schnappmesser agiert?

Die Wagner Urenkelin bedient sich einer zeitlos-abstrakten Ausstattungsästhetik, die zwar in sich nicht schlüssig ist, dafür aber sängerfreundlich und eine Folie für schöne Momentaufnahmen (Bühne: Frank Philipp Schlößmann, Matthias Lippert; Kostüme: Thomas Kaiser, Licht: Reinhard Traub). Das schönste und längste Bild liefert der zweite Akt, wenn Tristan und Isolde Hand in Hand, mit dem Rücken zum Publikum, die herniedersinkende Liebesnacht besingen und sich gespiegelt in einer Projektion langsam und voneinander getrennt entfernen. Hier verbinden sich Szene und Musik am stärksten, wenigstens hier streift die Produktion das Metaphysische. Zum Ende hin klappt das weniger gut. Wenn Isolde ihr verklärtes „unbewusst – höchste Lust!“ verhaucht hat, müssen die letzten Takte unschön gedehnt werden, damit Marke Isolde an sich reißen und wie ein Beutetier abschleppen kann ins künftige Eheleben. Dass die brutale Schlusslösung nicht ausgebuht wurde, liegt unter anderem am brillanten Festspielorchester und an dem auch bei der zweiten Vorstellung souverän, frisch und analytischer dirigierenden Christian Thielemann. ■

Lesen Sie die ganze Premierenkritik auf **www.bayernkurier.de**

SCHNAPPSCHÜSSE des Monats

Am 30. Juli 2015 besuchen Bayerns Justizminister **Winfried Bausback** (r.) und sein sächsischer Kollege **Sebastian Gemkow** (CDU) den Neubau eines Hochsicherheitsgerichtssaals in der JVA Stadelheim.

Andreas Scheuer, Dorothee Bär, Josef Schmid und **Ozan Iyibas** bei der CSU After Work Party „Lounge in the City" mit Gästen aus Politik und Wirtschaft im „P1"-Club, München.

Die Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, **Ilse Aigner,** während der Auftaktveranstaltung des Zentrums Digitalisierung.Bayern. Aigner schüttelt am Messestand des Roboy-Student-Teams die Hand eines Roboters, dahinter: **Manfred Broy** (Gründungspräsident des Zentrums Digitalisierung.Bayern).

Der Bayerische Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, **Joachim Herrmann,** und **Georg Eisenreich, MDL,** fahren durch den Luise-Kiesselbach-Tunnel. Nach fast sechsjähriger Bauzeit wurde der Tunnel am 25. Juli 2015 in München eröffnet.

Landtagsabgeordnete **Carolina Trautner** besuchte die **Wertachklinik Schwabmünchen.** Chefarzt Michael Küchle, OP-Schwester Petra Krass, Carolina Trautner, MdL, und Vorstand Martin Gösele (von links).

Bundestagsabgeordnete **Daniela Ludwig** gewinnt 20 Fahrradhelme für den Kindergarten am Tonwerk in Kolbermoor.

RAMPENLICHT

Gastgeberin **Barbara Stamm** beim Sommerempfang des Landtags auf Schloss Schleißheim am 21. Juli 2015.

Nächtliche Abendstimmung – eine Traumkulisse über **Schloss Schleißheim.**

CSU-Generalsekretär **Andreas Scheuer** und **Frau Sabine** vor der Eröffnung der Thurn-und-Taxis-Schlossfestspiele mit Puccinis Oper „La Bohème" in Regensburg.

Die bayerische Europaministerin **Beate Merk** im Innenhof des Fürstenschlosses St. Emmeram.

Ob Sommerempfang auf **SCHLOSS SCHLEIßHEIM** oder **REGENSBURGER SCHLOSSFESTSPIELE** – der Bayernkurier zeigt die festlichen Momente

Ministerpräsident **Horst Seehofer** und seine Frau **Karin** beim Sommerempfang des Bayerischen Landtags auf Schloss Schleißheim.

Der ehemalige Ministerpräsident **Edmund Stoiber** mit Ehefrau **Karin** auf Schloss Schleißheim.

Theo Waigel mit Ehefrau **Irene Epple-Waigel** in Schleißheim.

CSU-Fraktionschef **Thomas Kreuzer** und Ehefrau **Karin** im Innenhof des Fürstenschlosses St. Emmeram.

Sehr angetan

Zu Bayernkurier, Ausgabe 2/15:

Zufällig habe ich am Sonntag im Münchner Hauptbahnhof die zweite Ausgabe des neuen Bayernkurier gesehen und gekauft. Ich bin sehr angetan sowohl von der optischen Aufmachung als auch vom Inhalt. Schön finde ich es, dass nicht nur politische, sondern auch andere Themen (etwa die Artikel über Christian Jürgens oder Joseph Vilsmaier) enthalten sind.

Manfred Brenner
76327 Pfinztal

Mehr Schuldenabbau

Zu „Bayerns Kommunen bauen weiter Schulden ab", Bayernkurier Online vom 3. August:

Seit fast 50 Jahren bin ich CSU-Mitglied. Ich bin von der CDU/CSU so sehr enttäuscht und überlege, ob es überhaupt noch Sinn hat, in der Partei zu bleiben. In einer Zeit, in der die Steuereinnahmen nur so sprudeln, werden immer neue Schulden gemacht, statt zu sparen. Die Regierung Adenauer-Erhard-Fritz-Schäffer hat vom 21. Juni 1948 bis 31. Dezember 1949 etwa sieben Milliarden DM in einer schwierigen Zeit gespart.

Heute gibt es nur noch wenige Politiker von Format. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dazugehört. Aber sie ist seit Beginn der Großen Koalition von ihrem Kurs dermaßen abgewichen und umgefallen, besonders in der Griechenland-Frage und in Europa-Angelegenheiten. Griechenland zieht Europa und besonders Deutschland in den Sumpf. Lettland, Portugal und Spanien, die sich langsam erholen, werden bestraft – und sozialistische Länder wie Frankreich, Italien und andere werden ermuntert, weiterhin neue Schulden zu machen. Die Sache mit Griechenland geht in die Hose. Die Kanzlerin und die Union werden dafür bei den Wahlen vom Volk bestraft werden.

Günter Gleußner
97483 Eltmann

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) spricht mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (l., CDU) und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (r., SPD). In einer Sondersitzung stimmen die Abgeordneten über neue Milliardenhilfen für Griechenland ab.

Bundesjustizminister Heiko Maas (r., SPD) und der scheidende Generalbundesanwalt Harald Range (l.) unterhalten sich am 19. August 2015 im Paul Löbe Haus in Berlin zu Beginn der Sitzung. Thema der Sitzung ist die Affäre um die Landesverratsermittlungen gegen die Macher des Blogs Netzpolitik.org.

Maas maßlos

Zu „Justizminister entlässt Generalbundesanwalt", Bayernkurier Online vom 4. August:

Das war ein Pyrrhussieg und vielleicht sogar ein Flop von Maas, den Generalbundesanwalt zu entlassen. Ist es nicht maßlos von Maas, in einem laufenden Verfahren diesen bislang unbescholtenen Mann fristlos zu entlassen? Maas will doch damit nur vom eigenen Versagen ablenken. Dieses Trauerspiel ist noch nicht zu Ende und kann Maas noch gehörig leid tun oder sogar schaden!

Und außerdem: Ist das nicht ein journalistisches Schmierentheater mit dem Hilferuf nach „Meinungsfreiheit"? Richtig ist, dass wir dem Grundgesetz verpflichtet sind. Dazu gehört natürlich auch, dass Landesverrat kein Kavaliersdelikt ist, sondern umgehend und vehement bestraft gehört. Es ist nun mal die Pflicht aller unserer Staatsschützer, hier aktiv zu werden. Wenn das Treiben dieser Internet-Blogger staatsgefährdend war oder ist, dann gehören sie umgehend vor den Kadi.

Aber warten wir erst mal die Untersuchungsergebnisse ab und verachten wir vielmehr das unsägliche Geschrei im Blätterwald und von den Linksparteien, die doch wahrhaftig lautstark über das angebliche Ende unserer Meinungsfreiheit lamentieren. So ein Unsinn. Ruhe und Besonnenheit sind nun angesagt – keine Schnellschüsse wie nun von Maas praktiziert.

Erhard Bartsch
89278 Nersingen

Unverständlich

Zu „Wir treiben in den Bevormundungsstaat", Bayernkurier, Ausgabe 2/15:

Obwohl ich den Essay zweimal las, habe ich nicht verstanden, wer uns in den Bevormundungsstaat treibt: „Staat", „Betreuer", „einige" Menschen? Menschen haben einen Namen. Diese Namen und damit die dazugehörenden Personen müssten doch bekannt sein und damit auch namentlich in dem Bericht erwähnt werden können! Warum wird dem Leser nicht mitgeteilt, wer ihn in einem Bevormundungsstaat haben will? Was unternehmen gewählte Politiker, um drohenden Schaden und Freiheitsverlust vom Bürger abzuwenden?

Christian Gollwitzer
per mail

Das Betreuungsgeld wurde aus rein formalen Begründungen für verfassungswidrig erklärt.

Die Maden freuen sich

Zu „Einigung im griechischen Schuldendrama", Bayernkurier Online vom 13. Juli:

Griechenland-Rettung wozu? Bei Griechenland ist es bildlich gesprochen, als würde man einen toten Vogel füttern. Fett werden nur die Maden.

Georg Huttner
94166 Stubenberg

Eine Freude

Zu Bayernkurier, Ausgabe 2/15:

Vielen Dank an den Bayernkurier für die pünktliche und sehr zuverlässige Zusendung. Ich freue mich sehr über das völlig neu gestaltete Format mit inhaltlich hoch qualifizierten Texten Ihres Teams.

Dr. Benjamin Pierre Roschmann
90018 Nürnberg

Quatsch

Zu „Das Betreuungsgeld bleibt – jedenfalls in Bayern", Bayernkurier Online vom 22. Juli:

Das Bundesverfassungsgericht hat mit einer rein formalen Begründung das Betreuungsgeld für verfassungswidrig erklärt. Der Bund durfte dieses Gesetz gar nicht erlassen. Dafür wären allein die Länder zuständig gewesen.

Unsere Familienministerin Schwesig aber interpretiert dieses Urteil offenkundig falsch: „Die Entscheidung zeigt: Das Betreuungsgeld ist der falsche Weg und hat keine Zukunft."

Quatsch! Beim Betreuungsgeld geht es um Kinder unter drei (sic!) Jahren. Sylvia Löhrmann, die NRW-Pädagogin, freut sich für die Kleinen mit folgender Erklärung: „Die Anti-Bildungs-Prämie Betreuungsgeld ist vom Tisch."

Quatsch! Seit Jahrtausenden sind Kinder in der Obhut ihrer Eltern geliebt und erzogen worden, darunter auch unsere deutschen Erfinder und Nobelpreisträger. Und plötzlich soll nur noch die Kita-Erziehung der bis Dreijährigen zu gebildeten Erwachsenen führen?

Quatsch! Natürlich waren auch andere Linke und Grüne sofort nach Verkündung des Urteils mit suboptimalen bis unterbelichteten Kommentaren zur Stelle: die selige Katrin Göring-Eckardt, die Sexualaufklärerin und baden-württembergische Familienministerin Katrin Altpeter und Linksaußen Bernd Riexinger.

Dieter Rakete
22393 Hamburg

Nehmer bleiben Nehmer

Zu „So geht es nicht weiter", Bayernkurier, Ausgabe 2/15:

Die Größe eines deutschen Bundeslandes macht ein Land noch nicht zum Geberland. Siehe NRW mit 17,6 Millionen Einwohnern. Eine Zusammenlegung von Nehmerländern ist darum auch nicht weiterführend.

Hans Werner Forster
01277 Dresden

So erreichen Sie uns

per Post:
BAYERNKURIER
– Leserbriefe –
Nymphenburger Straße 64
80335 München

per Fax: 089 / 129 30 50

per Mail:
leserbriefe@bayernkurier.de

im Internet:
www.bayernkurier.de

Folgen Sie uns auf facebook oder twitter:
www.facebook.com/Bayernkurier

www.twitter.com/Bayernkurier

IMPRESSUM

Eigentümer und Verleger
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.
Nymphenburger Straße 64
80335 München

Gründungsherausgeber
Dr. h. c. Franz Josef Strauß †

Herausgeber
Horst Seehofer, CSU-Vorsitzender

Chefredakteur
Marc Sauber (verantwortlich)

Verlag
BAYERNKURIER
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Tel. +49 (0) 89 12004-0
Fax. +49 (0) 89 12004-133
Mail: redaktion@bayernkurier.de
www.bayernkurier.de

Herstellung
Weimer Media Group
Maximilianstraße 13
80539 München

Anzeigenleitung
Karin Freese (verantwortlich)
Verlag Bayernkurier
Nymphenburger Straße 64
80335 München
Tel. +49 (0) 89 12004-131
Fax. +49 (0) 89 12004-133
Mail: freese@bayernkurier.de

Bankverbindungen
Hypo Vereinsbank
IBAN: DE44670020270000520300
BIC: HYVEDEMMXXX

Postbank

IBAN: DE86700100800014048803
BIC: PBNKDEFF

Druck
Mayr Miesbach GmbH
Am Windfeld 15
83714 Miesbach

Bundesweite Auflage
20.000 Printexemplare und 30.000 E-Paper-Versand

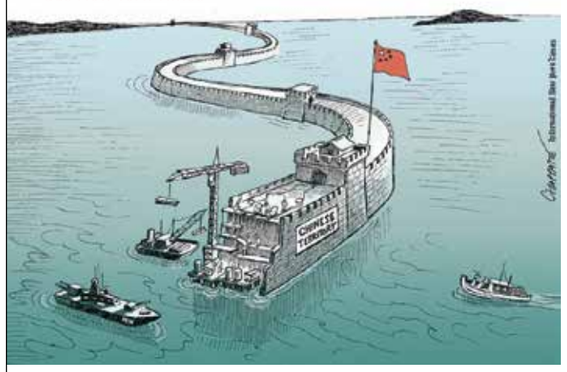
Bildnachweise
picture alliance; Imago, Wolfgang Wilde; Stefan Groß; Büttenpapierfabrik Gmund; Peter Kallus; Süddeutsche Zeitung; Hanns-Seidel-Stiftung/Winfried Rabanus; Piper-Verlag; SZ-Foto; Fotolia; Stephan Bär; osce; Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH /David Ertl; Bauer AG; Shutterstock; Wolfgang B. Kleiner; CSU

Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Datenträger, Dokumente und Fotos

WER ZULETZT LACHT

aus Spiegel/Postillon

aus New York Times



aus Wirtschaftskurier

Ärztliche Eingriffe

aus Cicero

ERLEBE DIE
REINE KRAFT.
Erlebe Adelholzener Mineralwasser.
Adelholzener
ALPENQUELLEN
CLASSIC
MIT KOHLENSÄURE
NATÜRLICHES MINERALWASSER

Underberg®

auf die
Kräuter kommt es an

TREUE TOPS & MORE PROGRAMM

Massvoll-geniessen.de

© Copyright 2015 by Underberg GmbH & Co KG Rheinberg